ARCHIV-NACHRICHTEN

Niedersachsen

Mitteilungen aus
niedersächsischen Archiven

3/1999

ARCHIV-NACHRICHTEN Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

Hervorgegangen aus: ANKA-NACHRICHTEN. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer Kommunalarchivare e.V. (ANKA) ***und*** ARCHIVE IN NIEDERSACHSEN. Hrsg. von der niedersächsischen Archivverwaltung

Bezugsadresse: siehe Seite 96

Redaktion:

Dr. Birgit Kehne
c/o Nds. Archivverwaltung
Am Archiv 1
30169 Hannover

Tel 0511 / 120-6898
Fax 0511 / 106-2910
Birgit.kehne@stk.niedersachsen.de

Dr. Karljosef Kreter
c/o Stadtarchiv Hannover
Am Bokemahle 14-16
30171 Hannover

Tel 0511 / 168-42173
Fax 0511 / 168-46590
47@hannover-stadt.de

Rose Scholl
c/o Stadtarchiv Garbsen
Lehmstraße 1
30826 Garbsen

Tel 05131 / 454425
Fax 05131 / 454427
stadtarchiv@garbsen.de

Beiträge an die Redaktion bitten wir an die Adresse von Dr. Birgit Kehne zu senden.
Redaktionsschluss: 1. Dezember 2000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Heftes:

CLAUS AHRENS, Stadtarchiv Oldenburg
DR. ERNST BÖHME, Stadtarchiv Göttingen
DR. MANFRED VON BOETTICHER, Hauptstaatsarchiv Hannover
DR. HEIKE DÜSELDER, Staatsarchiv Oldenburg
PROF. DR. ALBRECHT ECKHART, Staatsarchiv Oldenburg
DR. WOLFGANG HENNINGER, Staatsarchiv Aurich
DR. DIETMAR KOHLRAUSCH, Stadtarchiv Rotenburg/Wümme
DR. HANS-PETER KLAUSCH, Staatsarchiv Oldenburg
DR. DAGMAR MÜLLER-STAATS, Gemeindearchiv Neu Wulmstorf
SABINE MAEHNERT, Stadtarchiv Celle
BRIGITTA NIMZ, Westfälisches Archivamt Münster
DIRK RIESENER, Hannover
DR. RAINER SCHULZE, London
ECKARD STEIGERWALD, Stadtarchiv Barsinghausen
WOLFGANG VOGELSANG, Stadtarchiv Leer

bk DR. BIRGIT KEHNE
rs ROSE SCHOLL

INHALT

Editorial

ANKA-Tagung 1998

Heiner Schüpp: Die Modernisierung des Emslandes: 50 Jahre Emsland GmbH 9

Rainer Schulze: Die Britische Militärverwaltung in Niedersachsen und ihre Quellen in Großbritannien. Bedeutung und Nutzungsmöglichkeiten für die niedersächsische Lokalgeschichte 27

Brigitta Nimz: Ausbildungsberuf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste: Ein neuer Lehrberuf in Deutschland 47

Wolfgang Vogelsang: Das Stadtarchiv Leer 53

Aus der Arbeit der Archive

Dirk Riesener: Judengeschichtliche Quellen in kirchlichen Archiven 55

Albrecht Eckhart/Heike Düselder/Hans-Peter Klausch: Quellen zur Geschichte und Kultur des Judentums im westlichen Niedersachsen vom Mittelalter bis 1945 61

Manfred von Boetticher: Zur Erschließung der Auswandererakten im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover 67

Manfred von Boetticher: Die 2,3-Kilometer-Abgabe oder: Entschädigungsakten im Hauptstaatsarchiv 69

Aktuell und interessant

Der 1. Norddeutsche Archivtag – ein Experiment 71

Frisch auf dem Markt: die neue Auricher Beständeübersicht 72

Zur Geschichte des Krankenversicherungswesens 73

Die Staatsarchive im Internet – eine Begegnung der besonderen Art 77

Umfrage zur Situation der Ehrenamtlichen in der ANKA 79

Tagungen und Termine

Programm des 1. Norddeutschen Archivtages 83

Junge Städte in ihrer Region: Tagung in Garbsen 85

Fortbildung in eigener Regie: Angebote Juni bis November 2000 86

Berichte aus den Regionalgruppen 87

Es wird hiermit bekannt gemacht... 91

Das Letzte zum Schluss

„Rostige Büroklammer" geht 1999 als Wanderpreis nach Neustadt a. Rbge. 93

13 Jahre Warten und kein Ende: Die unendliche Geschichte der Neustädter Archivalien 93

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,

zu allem Anfang – das Redaktionsteam bittet, das verspätete Erscheinen dieses Heftes zu entschuldigen.

Wir ziehen aus den Ursachen dieser Verspätung u.a. die Konsequenz, künftig als Erscheinungstermin nicht mehr das Jahresende anzustreben, sondern ihn auf das Frühjahr zu verlegen. Sie werden also das Heft 4/2000 im März 2001 erhalten. Dieser Termin hat auch den Vorteil, dass aktuelle Informationen zur ANKA-Tagung und zum Fortbildungsprogramm berücksichtigt werden können.

Die zahlreichen Anfragen, wann die Ausgabe 1999 nun erscheint, sind auch Zeichen dafür, dass ein solches Informationsheft für das niedersächsische Archivwesen gewünscht wird. Wir hoffen, dass die lange Wartezeit das Interesse daran nicht beeinträchtigt hat!

Birgit Kehne Karljosef Kreter Rose Scholl

HEINER SCHÜPP

DIE MODERNISIERUNG DES EMSLANDES: 50 JAHRE EMSLAND GMBH*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es war bisher guter Brauch auf den jährlichen Tagungen der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchivare, daß der Archivar der gastgebenden Körperschaft am ersten Abend der Tagung die Kolleginnen und Kollegen mit einem historisch orientierten Vortrag auf den Tagungsort und seine Geschichte einstimmte. In diesem Jahr möchte ich in Meppen ein wenig von diesem Brauch abweichen, nur ein wenig und wie ich hoffe zur Bereicherung des Brauches. Ich bin nicht sicher, glaube aber, daß zum ersten Mal in der Geschichte der ANKA-Tagungen der Einführungsvortrag als „Öffentlicher Vortrag" stattfindet. Mit mindestens zwei guten Gründen:

1. Immer wieder diskutieren wir auf unseren Tagungen darüber, daß die Archive stärker in die Öffentlichkeit gehen sollten, um sich – ihre Angebote und Leistungen – bekannter zu machen. Warum sollte das nicht genauso für die ANKA als Organisation der niedersächsischen Kommunalarchivare gelten?
2. Mein Vortrag wird sich hauptsächlich mit der neuesten Geschichte des Emslandes, genauer mit den letzten 50 Jahren befassen. Im nächsten Jahr sind nämlich 50 Jahre vergangen, seit der Deutsche Bundestag am 5. Mai 1950 den sogenannten Emslandplan verabschiedet hat; den Plan, der für die Entwicklungsgeschichte des Emslandes von entscheidender Bedeutung war und die wesentlichen Voraussetzungen dafür gelegt hat, daß das Emsland so geworden ist, wie es sich heute darstellt. Der Vortrag soll also auch darauf einstimmen, was im nächsten Jahr, unter anderem mit einer Ausstellung, an der das Kreisarchiv maßgeblich beteiligt ist, gebührend gefeiert werden soll. Ich hoffe, der ein oder andere wird dadurch angeregt, das Emsland erneut zu besuchen.

Ganz ohne Rückgriff auf die ältere Geschichte des Emslandes komme ich aber auch nicht aus. Ich will Ihnen zunächst einen knappen Überblick über die komplizierte Territorialgeschichte des Emslandes bieten. Diese hat fraglos dazu beigetragen, daß das Emsland bis in das 20. Jahrhundert als Armenhaus Deutschlands angesehen wurde.

Im heutigen Landkreis Emsland, sind Gebiete ganz unterschiedlicher historischer Entwicklung zusammengeschlossen. Ursprünglich dehnte sich das recht unbestimmte „Emsland" von der Lippe im Süden bis zur See im Norden, von Teutoburger Wald und Hunte im Osten bis zur bentheimischen und niederländischen Grenze im Westen

* Vortrag auf der 37.Arbeitstagung der niedersächsischen Kommunalarchivare. Der Vortragscharakter wurde beibehalten.

aus. Im engeren Sinne war aber der Nordwesten der Norddeutschen Tiefebene unter Ausgrenzung Ostfrieslands gemeint.

Der Raum wurde recht früh von der Sachsenmission erfaßt. Karl d. Gr. hatte im späten 8. Jahrhundert zumeist auf fränkischem Reichsgut an den Flußübergängen von Ems und Hase in Meppen und Haselünne, aber etwa auch in Aschendorf, Emsbüren, Freren, Haren und Lathen, Höfe gründen lassen, die den Missionaren als Stützpunkte dienten und gleichzeitig Sammelstellen für Pachten und andere Abgaben der umliegenden abhängigen Höfe waren. Ludwig d. Fromme übertrug 834 den Haupthof in Meppen, die dazugehörige Kirche, alle Einnahmen und den gesamten Besitz, der vornehmlich auf dem Hümmling, aber auch im nördlichen Emsland lag, dem Kloster Corvey. Ebenso verfügte er über den Besitz in Haselünne. Im Laufe des 9. Jahrhunderts konnte das Kloster seinen Besitz im Emsland noch erweitern, etwa um Freren und Haren, so daß es bald ein großer Grundherr im gesamten Gebiet war. Meppen und Haselünne stiegen im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts zu Städten auf, die anderen übertragenen Höfe, Aschendorf und Lathen beispielsweise, schafften das nicht. Das gilt auch für Freren, obwohl es als Corveyer Haupthof, Kirch- und Gerichtsort eine wichtige Stellung einnahm. In Lingen lag der Fall etwas anders. Zwar bildete auch hier ein grundherrlicher Hof die Keimzelle der Siedlung, er wurde aber erst etwa um 1150 gegründet. Mit der Anlage lösten die Grafen von Tecklenburg die alte Furtsiedlung an der Ems, Altenlingen, ab, die etwa 3 km nördlich des neuen Hofes lag.

Für die Gründungsgeschichte der emsländischen Städte kann also zusammenfassend festgehalten werden, daß sie unter schwierigen Siedlungsbedingungen, aus herrschaftlichem Antrieb gespeist, an Übergängen über die Verkehrsadern des Raumes, Ems und Hase, entstanden. Diese vorstädtische Phase dauerte wegen der schwierigen Bedingungen besonders lange, auch wenn von herrschaftlicher Seite aus die Vorbedingungen für die Entwicklung auf die Stadt im rechtlichen und tatsächlichen Sinne hin durch die Verleihung bestimmter Rechte – Gericht, Markt, Münze und Zoll – durchaus gelegt wurden.

Der Name „Emsland" taucht in der schriftlichen Überlieferung des Mittelalters erstmals Ende des 13. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Erwähnung des Drosten des Bischofs von Münster im Emsland auf. Den Drosten als Amtsverwalter des Bischofs hatte es schon vorher gegeben, erstmals erwähnt wurde er 1240. Seine Benennung war aber bis dahin immer auf seinen Amtssitz, die Burg Landegge bei Haren, bezogen. Die Änderung der Benennung ist so bedeutsam, weil in diesem Vorgang die Anfänge einer flächendeckenden Herrschaft der Bischöfe von Münster faßbar werden. 1252 hatte sie mit dem Erwerb der ravensbergischen Besitzungen im Emsland den entscheidenden Schub erhalten, Ende des 14. Jahrhunderts war sie mit der Bildung des Niederstifts Münster im wesentlichen abgeschlossen. Der Bischof von Münster war nun der mächtigste Territorialherr im Emsland.

Seine einstmals stärksten Widersacher, die Grafen von Tecklenburg, waren auf ihre im Süden des Gebietes liegenden Besitzungen zurückgeworfen. Das tecklenburgische Territorium Lingen, von 1493 bis 1551 selbständige Niedergrafschaft Lingen, fiel 1578 an die Oranier und blieb in niederländischem Besitz, bis es 1702 zum Königreich Preußen kam.

Die münstersche Herrschaft endete mit der Auflösung des Alten Reichs in der Säkularisation 1803. Mit dem Reichsdeputationshauptschluß wurde der größte Teil des ehemals münsterschen Gebiets dem Herzog v. Arenberg als Ersatz für den Verlust seiner linksrheinischen Gebiete an das revolutionäre Frankreich zugesprochen. Nach kurzer französischer Herrschaft fiel es gemäß den Regelungen des Wiener Kongresses 1815 an das Königreich Hannover. Der Herzog von Arenberg blieb allerdings Standesherr.

Als Folge der Befreiungskriege gegen Napoleon I. und der Wiener Kongreßakte wurde auch das preußische Lingen 1815 dem Königreich Hannover zugeschlagen. Damit war der König von Hannover Landesherr über ein Gebiet, das im wesentlichen dem heutigen Landkreis Emsland entspricht. Es wurde die hannoversche Ämterverfassung mit den Ämtern Lingen und Freren im Süden und den vier Ämtern Meppen, Haselünne, Aschendorf und Hümmling des nördlich anschließenden Herzogtums Arenberg-Meppen eingeführt. 1866 wurde das heutige Emsland im Zuge der preußischen Übernahme des Königreichs Hannover ebenfalls preußisch. Aus dieser Zeit stammt der Begriff „hannoversches Emsland", mit dem im Unterschied zu den schon seit dem 17. und frühen 18. Jahrhundert preußischen Gebieten an der oberen Ems, die preußischen Großkreise Lingen, mit den Ämtern Freren, Lingen, Bentheim und Neuenhaus und – nach Aufhebung der standesherrlichen Rechte des Herzogs von Arenberg 1875 – Meppen mit den Ämtern Aschendorf, Sögel, Meppen und Haselünne umschrieben wurden.

Die preußische Kreisreform führte 1885 zur Auflösung dieser Ämter und zur Bildung der vier Kreise Lingen, Meppen, Hümmling und Aschendorf. Die beiden letztgenannten wurden bei der Gebietsreform 1932 zu einem Kreis Aschendorf-Hümmling zusammengefaßt. Aus diesen drei Kreisen wurde bei der Kreisreform 1977 der heutige Landkreis Emsland gebildet.

Der Landkreis Emsland steht heute für ein fest umrissenes Gebiet, das sich von Salzbergen im Süden bis Papenburg im Norden und von Twist im Westen bis Vrees im Osten auf rd. 2.880 km² Fläche erstreckt. Er ist damit flächengrößter Landkreis Niedersachsens und zweitgrößter Landkreis der Bundesrepublik, flächengrößer als das Bundesland Saarland. Es gibt klare Grenzen zu den benachbarten Niederlanden, dem Bundesland Nordrhein-Westfalen, den Nachbarkreisen Leer, Cloppenburg, Osnabrück und Grafschaft Bentheim. Heute leben 300.000 Einwohner im Kreisgebiet.

Lassen Sie mich nun im Zeitraffer einige Bemerkungen zur Ausgangslage der modernen Emslanderschließung machen. Im 17. und 18. Jahrhundert hatte es Bemühun-

gen zur Besiedlung und landwirtschaftlichen Nutzung der unerschlossenen, vor allem linksemsisch gelegenen Moorflächen gegeben. Hierher gehört die Gründung der Fehnkolonie Papenburg nach niederländischem Vorbild seit 1631 durch den münsterschen Drosten Dietrich von Velen. In den 1780er Jahren veranlaßte der münstersche Fürstbischof Maximilian Franz die Anlage von Moorsiedlungen im linksemsischen Raum. Mitte des 19. Jahrhunderts kann man die letztgenannten Projekte als im Ergebnis gescheitert bewerten. Die Moorbrandkultur hatte die Flächen weitgehend ruiniert und die Menschen lebten wieder am Rande des Existenzminimums. So überrascht es nicht, daß der Reiseschriftsteller Karl Julius Weber in dieser Zeit den Landstrich folgendermaßen beschrieb: *„Niedermünster ist eine wahre sibirische Steppe, sicher die schlechteste Provinz Deutschlands. Kein Baum bietet hier dem Auge Schatten oder Wohlgefallen. Kein Vogel ergötzt das Ohr. Der Wind spielt mit dem Sand und macht Hügel, die kein Tal haben. Die Füße zittern auf dem Torfmoor. Es ist eine unvollendete oder besser abgestorbene versandete Erde".*

In hannoverscher Regierungszeit begann man bescheiden mit dem Aufbau von Verkehrsinfrastruktur. Seit 1824 wurde der sogenannte Hanekenkanal von Meppen bis Lingen errichtet. Zwischen 1835 und 1846 wurde parallel zur Ems die Chaussee von Rheine über Lingen und Meppen nach Aschendorf ausgebaut. Ende der 1830er Jahre kam eine Ost-West-Verbindung von Meppen über Haselünne nach Löningen hinzu. Die übrigen Straßenverhältnisse blieben allerdings beklagenswert.

Die Eisenbahn durchquerte das Emsland schon recht früh. 1856 wurde die hannoversche Westbahn eröffnet. Sie diente aber hauptsächlich dem Durchgangsverkehr vom Ruhrgebiet nach Emden und brachte kaum Entwicklungsimpulse für die Region. Das galt schon eher für die 1894 im Auftrag des Landkreises Meppen eröffnete Strecke der Meppen-Haselünner Eisenbahn, die bis 1907 an das Netz der oldenburgischen Staatsbahn angeschlossen wurde. 1898 kam dann als weitere Ost-West-Verbindung die im Auftrag des Landkreises Hümmling gebaute Hümmlinger Kreisbahn von Lathen nach Werlte hinzu. 1904 wurde die Eisenbahnverbindung von Lingen über Berge nach Quakenbrück eröffnet.

Seit 1863 können wir ein Projekt fassen, wo wasserbauliche und wirtschaftliche Planungen zusammengesehen wurden, den Bau der linksemsischen Kanäle. Zwischen 1871 und 1904 wurde dieses Kanalnetz, mit Anschluß an das bereits lange bestehende Kanalnetz auf niederländischer Seite gebaut. Es diente als großangelegtes Entwässerungsnetz mit der Möglichkeit die trockengelegten Flächen besser landwirtschaftlich zu nutzen und als Verkehrswegenetz für allerdings mühsamen Schiffsverkehr. Mit der Eröffnung des Dortmund-Ems-Kanals 1899, dessen 100jähriges Bestehen wir in diesem Jahr mit einer Ausstellung in Papenburg feiern, war auch der Anschluß an das überregionale deutsche Wasserstraßennetz geschaffen. Morgen können wir im übrigen im Rahmen der Exkursion einen Blick in die Ausstellung werfen.

Durch Ödlandkultivierung, die mittels neuer Methoden der Mineralstoffdüngung unterstützt wurde, versuchte man, eine verbesserte landwirtschaftliche Nutzung von Moorflächen zu erreichen. Dennoch mußte das preußische Landwirtschaftsministerium im Jahr 1878 feststellen, daß sich die Situation nicht verbessert hatte, sondern im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts geblieben war, wie schon Jahrhunderte vorher, das beweist das Zitat eines Beamten aus diesem Ministerium: „*Das Gebiet rechts und links der Ems im Landdrosteibezirke Osnabrück gehört landwirtschaftlich zu den zurückgebliebensten Teilen der preußischen Monarchie. Der größte Teil desselben besteht aus unabsehbaren Heideflächen und Hochmooren. Am Rande der letzteren befinden sich ärmliche Kolonien, welche in ihrer Existenz auf den Buchweizenbau durch Brandkultur angewiesen sind*".

Diese Kultivierungsmaßnahmen wurden in der Weimarer Republik mit begrenztem Erfolg fortgesetzt. Adolf Sonnenschein, der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Osnabrück, hatte bereits 1931 einen Gesamtplan zur Behebung der Notlage im Emsland entwickelt; mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 verschwand dieser Plan aber wieder in den Schubladen der Bürokratie. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten wurde zunächst der Reichsarbeitsdienst zu Kultivierungsmaßnahmen eingesetzt, der Erfolg war allerdings gering, weil vor allem aus ideologischen Gründen auf den Einsatz von Maschinen weitgehend verzichtet wurde. „Handkuhlung" mit dem Spaten war angesagt. Nach der Ablösung des Reichsarbeitsdienstes führten Straf- und Kriegsgefangene aus den sogenannten „Emslandlagern" unter unmenschlichen Bedingungen die Arbeiten weiter.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mußte man sich eingestehen, daß trotz vieler Entwicklungsprojekte im Laufe der Jahrhunderte das Emsland im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland weiterhin ein rückständiges Gebiet geblieben war. Es galt immer noch die Beschreibung, die um die Jahrhundertwende bis weit in die 30er Jahre zutreffend war.

Die Steuereinnahmen waren gering, es war nur wenig Industrie vorhanden, und das Gebiet war sehr dünn besiedelt. Die Böden waren von geringer bis schlechter Qualität und der Grundwasserstand in vielen Orten zu hoch. In vielen Statistiken schnitt das Emsland ungünstig ab. Es wies wirtschaftliche Merkmale auf, wie sie für ländliche Regionen von Entwicklungsländern typisch waren. Der Anteil der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Bevölkerung lag weit über 50 %. Die Landwirtschaft selbst wurde unrentabel betrieben, d.h. auf vielen kleinen Flächen ohne Einsatz von Maschinen. Das Straßen- und Eisenbahnnetz war unterdurchschnittlich entwickelt, so daß viele Gemeinden nur durch Moor- und Sandwege verbunden waren, die bei Regenwetter völlig aufgeweicht und im Winter oft wochenlang unpassierbar waren. Es gab nur im Stadtgebiet von Lingen und Papenburg eine zentrale Wasserversorgung; die Abwasserbeseitigung war genauso unzureichend. Zwar war in den 20er Jahren im ganzen Emsland ein flächendeckendes Elekrizitätsversorgungsnetz aufgebaut worden, dennoch fehlte in manchen Ortsteilen noch elektrischer Strom. Die Wohnungs-

lage war zum Teil sehr miserabel. Dies wirkte sich unmittelbar auf Gesundheit und Hygiene aus. Die Zustände führten zu Rheuma und Lungenentzündung. Kinder litten an Rachitis und Verfolgung, vor allem aber an Tuberkulose. Die Niedersächsische Heimstätte faßte die bedrückenden Zustände jedenfalls so zusammen: *„Sind doch heute noch im Jahre 1929 die Bewohner ganz weiter Landstriche mit Dörfern und größeren Siedlungen auf dem Kulturniveau entlegener Polendörfer und es ist nicht zuviel gesagt, wenn sie uns in ihrer Primitivität wie Hottentottengründungen anmuten".*

Die Kommission des preußischen Wohlfahrtsministeriums sprach 1928 von den gesundheitlich schlechtesten Verhältnissen in Preußen. Die Ernährung war einseitig und vitaminarm. Minderwertiges blieb für die Bevölkerung selbst, etwa Bohnen oder Roggenbrei, dazu trockenes Brot oder Buchweizen. Die übrigen Lebensmittel wie Eier, Milch und Butter mußten die Landwirte verkaufen, damit sie Geld für ihre sonstigen Lebensbedürfnisse aufbringen konnten. Kurzum, das Emsland war so arm, daß selbst die Karnickel zum Fressen in die Knie gehen mußten, wie es der ehemalige Oberkreisdirektor des Landkreises Meppen und Bundestagsabgeordnete Dr. Josef Stecker einmal in einer Parlamentsdebatte der 50er Jahre besonders griffig formuliert hat.

Diese Lebensbedingungen führten in einen Teufelskreis von Armut. Wegen der geringen Bevölkerungsdichte waren die Kosten pro Einwohner für die Energieversorgung und die Verkehrsverbindungen besonders hoch. Der Bau von Straßen wurde durch die schwankenden Moorböden erschwert. Weil deswegen das Verkehrsnetz schlecht ausgebaut war, waren die Absatzmöglichkeiten für die Produkte der Landwirtschaft ebenfalls schlecht. Die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen der Gegend bewirkten wiederum, daß ein Teil der Bevölkerung gezwungen war, in andere Regionen abzuwandern. Das wiederum bedeutete, daß die Bevölkerungsdichte entsprechend abnahm bzw. sich nicht verbesserte mit dem oben bereits angeführten Effekt.

Aus der Analyse der Entwicklungssituation zog man in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Schluß, daß alle bis dahin unternommenen Versuche einen entscheidenden Fehler hatten. Es waren weitgehend isolierte Maßnahmen ergriffen worden, die nicht auf eine die Gesamtheit verbessernde Struktur zielten. Insgesamt waren nie in großem Umfang infrastrukturelle Investitionen getätigt worden. Offenbar wurde in dem von seinen naturräumlichen Voraussetzungen her nicht besonders gesegneten Raum mit seiner geringen Bevölkerungsdichte kaum ein Entwicklungspotential gesehen.

Geänderte Voraussetzungen zwangen dann zu Beginn der Wiederaufbaujahre das noch unter Besatzungsherrschaft stehende Deutschland zur Änderung der bisherigen Politik im Emsland, das so allmählich aus dem Windschatten der Vernachlässigung heraustreten sollte. Drei wichtige Gründe sind zu nennen:

1. Die Niederlande erhoben im Emsland Gebietsansprüche auf große Teile der Grafschaft Bentheim und die auf deutscher Seite gelegenen Teile des Bourtanger Moores. Die Ems sollte künftig die Grenzlinie bilden.
2. Im Lingener Raum war bereits 1942 Erdöl gefunden worden. Weitere Bohrungen versprachen zum ersten Mal nennenswerte nutzbare Bodenschätze im Emsland.
3. Nach dem Verlust der Ostgebiete durch den verlorenen Krieg und die Flucht und Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung war es notwendig geworden, für diese Menschen im Westen neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Es galt, Wohnungen zu bauen, die Ernährung sicherzustellen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Volkszählung von 1949 wies in diesem Zusammenhang aus, daß knapp 45.000 Flüchtlinge, die einem Gesamtbevölkerungsanteil von 22,5 % entsprachen, in diesen Jahren im Emsland zu versorgen waren. Hinzu kam, daß zusätzliche Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung gebraucht wurden, um die Ernährung der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten.

Zwar waren bald nach Kriegsende wie schon während der Weimarer Republik zunächst die Kultivierungsmaßnahmen auf den staatseigenen Moorflächen durch das Dampfpflugunternehmen Ottomeyer mit dem Ziel wiederaufgenommen worden, jährlich mindestens 250 ha Moor zu kultivieren, aber auf verschiedenen Ebenen wurden nun erstmals umfassendere landesplanerische Überlegungen angestellt. Die Bezirksregierung Osnabrück wurde schließlich mit der konkreten Planung beauftragt. Hier nahm der Bezirksplaner Richard Hugle die bereits vor dem Kriege vom Regierungspräsidenten Sonnenschein angeregten Konzepte wieder auf und legte einen detaillierten Zehn-Jahresplan zur Gesamterschließung des Emslandes vor, der jede Einseitigkeit vermied. In einem Gebiet von über 5.300 km² waren die Infrastruktur, d.h. das Wege- und Straßennetz, Wasserwege, die Elektrifizierung, das Trink- und Abwasserwesen, die Ödlandkultivierung und Melioration, die Wasserwirtschaft, Flurbereinigung und das Siedlungswesen insgesamt zu verbessern. Ebenfalls wurden in begrenztem Maße Industrieansiedlungen vorgesehen.

Wie die Zahlen verdeutlichen, war dieses Erschließungsgebiet weit größer als der heutige Landkreis Emsland. Sein Kerngebiet bestand aus den Landkreisen Aschendorf-Hümmling, Meppen, Lingen und Grafschaft Bentheim. Weitsichtig hatte man aber die Teile der angrenzenden Kreise Leer, Cloppenburg, Vechta und Bersenbrück vor allem aus wasserwirtschaftlichen Gründen in das Gesamterschließungsgebiet miteinbezogen.

Die Durchführung scheiterte zunächst an der Finanzierung. Nach zähen Verhandlungen zwischen Institutionen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene konnte aber erreicht werden, daß der Bund bereit war, sich an der Finanzierung der Erschließung aus Mitteln des sogenannten „Marshallplanes" zu beteiligen. Am 5. Mai 1950 stimmte schließlich der Bundestag dem Antrag zu, daß sich der Bund an der „Erschließung der Ödländereien des Emslandes" finanziell beteiligen solle. Bei den an-

schließenden Verhandlungen darüber, wie dieser Auftrag in die Tat umgesetzt werden sollte, gab es allerdings noch mannigfache Schwierigkeiten. Jede der beteiligten Seiten wollte soviel Einfluß wie möglich erhalten. Das Kompetenzgerangel war zum Teil historisch begründet, wie etwa bei der Bezirksregierung, die die bisherigen Pläne für die Emslanderschließung aufgestellt hatte, zum Teil machtpolitisch motiviert, wie etwa bei den beteiligten Bundesministerien, die den größten Teil der Projektfinanzierung sicherzustellen hatten. Eine weitere Schwierigkeit bestand aber offensichtlich auch darin, daß es für ein Projekt wie den Emslandplan noch kein Vorbild gab und die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen noch nicht eindeutig geklärt war.

Nachdem andere Organisationsformen zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen verworfen worden waren, wurde trotz einiger Bedenken, hauptsächlich von Seiten der Rechnungshöfe, am 7. März 1951 vom Bund, dem Land Niedersachsen und den im Erschließungsgebiet gelegenen Landkreisen Aschendorf-Hümmling, Bersenbrück, Cloppenburg, Grafschaft Bentheim, Leer, Lingen, Meppen und Vechta die „Emsland GmbH" gegründet. Man versprach sich von einer GmbH mehr Flexibilität bei der Koordinierung und Finanzierung der von verschiedenen Stellen durchzuführenden Entwicklung des Emslandes. Gerade aus dieser Konstruktion ergaben sich aber auch Abstimmungsprobleme, da viele Behörden an der Erschließung beteiligt waren, die wegen ihrer anderen Struktur, besonders aber wegen ihrer eigentlichen Zuständigkeit für bestimmte Arbeitsgebiete, nicht leicht einzubinden waren.

Durch gemeinsame Beratungsgremien, besonders den Beirat des Aufsichtsrates, versuchte man, Konflikte zu entschärfen, die sich häufig daraus ergaben, daß man bei der Emsland GmbH Aufgabengebiet und Zuständigkeit weiter ausdehnte, als es manche Ministerien oder der Regierungspräsident zugestehen wollten. Die Grundlage dieser ausgeweiteten Aufgabenstellung sah die Geschäftsführung der Emsland GmbH, die nur mit einem kleinen Stab von Mitarbeitern in der Geschäftsstelle arbeitete, in der Zweckbestimmung des Gesellschaftervertrages, die folgenden Wortlaut hatte: „*Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Allgemeinheit durch die Gesamterschließung des Emslandes, insbesondere die Koordinierung der Planungen und Abstimmung aller Maßnahmen, die der Gesamterschließung des Emslandes dienen, einschließlich der Finanzierung und Geldmittelbewirtschaftung*". Vor allem der erste Geschäftsführer der Emsland GmbH Johann Dietrich Lauenstein suchte immer wieder die Auseinandersetzung.

Deshalb in der gebotenen Kürze einiges zu seiner Person. Lauenstein, 1893 im ostfriesischen Aurich geboren, war ausgebildeter Jurist und verfügte aufgrund seiner beruflichen Tätigkeiten über breite Erfahrungen in der Landesentwicklung. Seine Beamtenlaufbahn hatte er 1921 in der preußischen Innen- und Finanzverwaltung begonnen. Zwischen 1926 und 1931 war er Landrat in Sulingen gewesen, anschließend im Rahmen der „Osthilfe" für die Agrarsanierung in Ostpreußen zuständig. Zwischen 1935 und 1939 leitete er schließlich die Reichsumsiedlungsgesellschaft, 1940 bis

1944 war er Geschäftsführer der ostdeutschen Landbewirtschaftungsgesellschaft, während dieser Zeit seit Juli 1941 für ein Jahr an das Reichsernährungsministerium als Abteilungsleiter für Siedlung und Landeskultur abgeordnet. Im Endstadium des Zweiten Weltkrieges war er dann vom November 1944 bis Januar 1945 Landrat in Landsberg an der Warthe und im März 1945 noch für wenige Tage Landrat in Holzminden. Nach dem Kriege versuchte er vergeblich, wieder als Ministerialrat in der öffentlichen Verwaltung Fuß zu fassen, doch da stand ihm wohl seine berufliche Vergangenheit in den Jahren von 1935 bis 1944 im Wege. Seine berufliche Erfahrung in der Landeskultur war aber selbstverständlich sehr gefragt, als es um die Besetzung des Postens des Geschäftsführers der Emsland GmbH ging.

Unter Lauensteins Regie führte die Emsland GmbH die erforderlichen Erschließungsmaßnahmen allerdings nicht selber durch. Sie koordinierte, prüfte und finanzierte vor allem aus verschiedenen Förderetats Anträge unterschiedlichster Maßnahmeträger. Die Konflikte sind aber auch Indiz für die enormen Schwierigkeiten eines derartigen Gesamterschließungsprojektes und lassen zugleich erkennen, warum die Erschließung des Emslandes mit den hergebrachten, zumeist isoliert eingesetzten Instrumenten bis zur Gründung der Emsland GmbH scheitern mußte.

In der Rückschau läßt sich die Arbeit der Emsland GmbH in verschiedene Erschließungsphasen gliedern, die zugleich die Entwicklungsphasen der Wirtschaft der gesamten damaligen Bundesrepublik spiegeln. Darin ist im übrigen auch theoretisch ein Zeichen für die Modernisierung des Emslandes im Sinne der Herstellung von Gleichzeitigkeit, wie es Hans-Ulrich Wehler definiert, zu greifen.

Einige Zahlen sollen die Ausgangssituation zu Beginn der Arbeit der Emsland GmbH veranschaulichen: Das relativ niedrige wirtschaftliche Entwicklungsniveau verdeutlicht z. B. die geringe Bevölkerungsdichte in den Landkreisen Aschendorf-Hümmling, Lingen und Meppen, die 1950 bei 76 Einwohnern pro Quadratkilometer (EW/km²) lag. Im Vergleich dazu betrug die Bevölkerungsdichte im Regierungsbezirk Osnabrück 110 EW/km² und in Niedersachsen durchschnittlich 144 EW/km². Insgesamt wohnten fast 200.000 Menschen in den genannten Kreisen. Durch den bereits genannten hohen Anteil von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Wohnung und Arbeit suchten, wurde die Situation zusätzlich verschärft.

Die Beschäftigungsstruktur wird durch das Verhältnis von Beschäftigten in der Landwirtschaft und Industrie verdeutlicht. Von 1.000 Einwohnern waren im Emsland 243 in der Landwirtschaft, aber nur 28 in Industriebetrieben tätig. Dabei lag im Erschließungsgebiet die landwirtschaftliche Nutzfläche bei 64 % der Höfe zwischen 0,5 und 10 ha. Die ausgeprägte Besitzzersplitterung verringerte darüber hinaus die Ertragssituation. Die Quote für Straßen- und Eisenbahnkilometer pro 100 km² als Indikator für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur lag ebenfalls weit unter dem Landesdurchschnitt.

Schwerpunkte der ersten Entwicklungsphase, die bis etwa 1963 dauerte, bildeten daher der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur, die Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie besitzlosen Heuerleuten und vor allem die Schaffung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, um die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Es mußten tragfähige Grundlagen für eine langfristige Entwicklung gelegt werden, die sich nicht allein auf die Landwirtschaft stützen durfte, um eine Monostruktur und die damit verbundenen Probleme und Risiken zu vermeiden.

Grundsätzlich kann zwar festgehalten werden, daß in dieser Phase die Maßnahmen besonders darauf ausgerichtet waren, eine ertragreiche Landwirtschaft zu ermöglichen, aber die allgemeine Infrastrukturverbesserung im Bereich des Verkehrswesens, der Elektrifizierung und des Trink- und Abwasserwesens bot zweifellos auch für andere Lebens- und Arbeitsbereiche bessere Chancen.

Vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit war es im übrigen nur folgerichtig, zunächst auf den Ausbau der Landwirtschaft zu setzen. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich das spätere „Wirtschaftswunder" mit seiner Entwicklung von industriellen Arbeitsplätzen noch nicht ab. Die Landwirtschaft profitierte erst einmal durch die direkte Verbesserung der Bodenqualität von in Kultur befindlichen Flächen und die Kultivierung von Moor- und Ödlandflächen im Umfang von 75.800 ha. Begleitend wurden 15.000 ha Wald aufgeforstet und 1.800 km Windschutzstreifen angelegt.

Auf den neu gewonnenen Flächen siedelten die Hannoversche Siedlungsgesellschaft, die spätere Niedersächsische Landgesellschaft und die Deutsche Bauernsiedlung sowohl Flüchtlinge wie verdrängte Heuerlinge, aber auch nachgeborene Bauernsöhne an. So konnte im Sinne der neuen Wirtschaftsordnung die Eigentumsbildung für breitere Bevölkerungsschichten gefördert werden. Es wurden etwa 1.200 neue Vollbauern- und 4.500 Nebenerwerbsstellen geschaffen. Durch umfangreiche Flurbereinigungsverfahren auf etwa 45.000 ha, die das Kulturamt Meppen, heute Amt für Agrarstruktur, durchführte, versuchte man darüber hinaus die Ertragssituation der einzelnen Betriebe zu verbessern.

Im Zusammenhang mit den Flüchtlingen möchte ich erwähnen, daß diese für die Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation im Emsland wichtig waren. Sie brachten in den Modernisierungsprozeß neben persönlicher Leistungs- und Einsatzbereitschaft einen Schub anderer Erfahrungen und qualifizierter Kenntnisse ein, manchmal auch nur die andere Sicht der Dinge. Was damals an zusätzlicher Qualifikation in das Emsland gekommen ist, war ein wichtiger Beitrag für die nachfolgende Entwicklung.

Aber nicht nur für die Verbesserung der materiellen Grundlagen sollte gesorgt werden. Es ist leider auch im Emsland weithin unbekannt, daß der – heute würde man sagen – ganzheitliche Ansatz der Emslandentwicklung Kultur und Bildung im weitesten Sinne mit einschloß. So war es nur konsequent, daß bereits am 12. Dezember

1952, unter Federführung Lauensteins der Emsländische Heimatbund gegründet wurde. Seine Aufgabe sollte es sein, als Dachverband der emsländischen Heimatvereine zu agieren, Einrichtungen und Strukturen aufzubauen, die der Heimatarbeit förderlich waren und identitätsbildend zu wirken, was immer man darunter auch damals verstand. Es ging also bei der Emslanderschließung nicht allein um Ödlandkultivierung und Landeskultur, sondern im weitesten Sinne um die Schaffung der „zivilisatorischen Grundausstattung" der Region.

Eine bedeutende Aufgabe war ebenfalls zweifellos die großräumige Verbesserung der Wasserwirtschaft, die teilweise mit den Nachbarn abgesprochen werden mußte, um großflächige abgestimmte Verfahren durchführen zu können. Durch Regulierung der im Erschließungsgebiet gelegenen Abschnitte der Flüsse Ems, Hase und Vechte auf insgesamt 370 km und den Grabenausbau von 4.800 km konnten einerseits die Überflutungsgefahr eingedämmt und andererseits Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden sollten, entwässert werden.

Die Anlage von fast 2.400 km „traktorfesten" Wirtschaftswegen und der Ausbau des Straßennetzes allgemein, vor allem der Ost-West-Verbindungen, aber auch der bisherigen Nord-Süd-Hauptachse, dienten ebenso der Verbesserung der Landeskultur. Das Eisenbahnwesen wurde nicht eigens unterstützt, wenn man davon absieht, daß die Emsland GmbH ein Darlehen zum Umbau der Hümmlinger Kreisbahn auf Normalspur gewährte. Hier spiegelt sich die Verkehrspolitik dieser Zeit, die auf den Ausbau des Straßenverkehrs setzte.

Zwar wurden etwa 62 % der insgesamt ca. 835 Mio. DM, die sich aus Bundes-, Landes-, Eigen- und sonstigen Mitteln zusammensetzten und durch die Emsland GmbH in dieser ersten Phase bewirtschaftet wurden, direkt oder indirekt für die Förderung der Landwirtschaft ausgegeben; dennoch ergaben sich bereits zu diesem Zeitpunkt positive Wirkungen für die Entwicklung mittelständischer Handwerks- und Industriebetriebe. Man bemühte sich nämlich von Seiten der Emsland GmbH, die Aufträge so weit wie möglich durch existierende heimische Betriebe durchführen zu lassen oder förderte indirekt die Gründung von Unternehmen zur Erledigung der Aufträge. So entstanden Firmen, die sich allgemein mit Tiefbau, Kanalbau und Entwässerungstechnik befaßten. Ähnliches galt für Betriebe, die Meliorations- und Kultivierungsmaßnahmen durchführten. Selbstverständlich wurde die Bauwirtschaft durch die verstärkte Siedlungstätigkeit angeregt.

Infolge der Gründung neuer Firmen und der Schaffung industrieller Arbeitsplätze erreichte man aber auch, daß der Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, der im Laufe der Zeit zwangsläufig durch die zunehmende Mechanisierung einsetzte, aufgefangen werden konnte. So konnte die negative Bevölkerungswanderungsbilanz des Emslandes gegenüber anderen Regionen langsam abgebaut werden.

In der zweiten Erschließungsphase, die etwa von 1963 bis 1972 dauerte, mußten die Auswirkungen der Landwirtschaftspolitik mitberücksichtigt werden, die seit Anfang

der 60er Jahre durch die Politik der neuen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestimmt wurde. Die Phase der vorrangigen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wurde durch eine stärkere Hinwendung zur Veredelungswirtschaft abgelöst. Konkurrenzfähig waren zunehmend nur noch Betriebe, die 20 ha Größe nicht unterschritten und den Grad der Mechanisierung und Intensivierung der Bewirtschaftung entscheidend erhöhten. Ergebnis war in noch stärkerem Ausmaß als vorher, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen verlorenging und für die nachwachsende Generation entsprechend weniger Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zur Verfügung standen. Das letztgenannte Problem wurde im Emsland noch durch den hohen Geburtenüberschuß verschärft. Immer mehr Nebenerwerbslandwirte gaben ihren Betrieb auf. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen sank von 52,2 % im Jahr 1950 auf 21,8 % im Jahr 1970. Für diese Menschen mußten Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Die Emsland GmbH reagierte auf zweierlei Weise auf die geänderten Rahmenbedingungen. Man versuchte größere Betriebe zu schaffen, die je nach Produktionsschwerpunkt 25 – 75 ha groß sein sollten. Flurbereinigung, Zusammenlegung von Flächen, Aussiedlung und weiterhin die Verbesserung der Wasserwirtschaft bildeten die Schwerpunkte der Arbeit. Gleichzeitig vollzog sich aber allmählich eine Ausweitung der Erschließungspolitik hin zu einer stärkeren Unterstützung der Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen. Diese Erweiterung mußte aber erkämpft werden. Es war nicht leicht, sich von den stark landwirtschaftsorientierten Ursprungsaufgaben der Gesellschaft zu lösen. Besonders die Vertreter der an der Emsland GmbH beteiligten Kommunen forderten nicht zuletzt von der Geschäftsführung die Verlagerung der Förderungsschwerpunkte. Hier deutet sich bereits an, daß die kommunale Wirtschaftsförderung in den kommenden Jahren für die Emslandentwicklung erheblich an Gewicht gewinnen sollte.

Die Emsland GmbH stieg nicht unmittelbar in die Industrieförderung ein, sondern unterstützte die Kommunen bei der Erschließung von Flächen, die die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben ermöglichte. Mit dem Bau von Straßen, Gleisanschlüssen und Hafenerweiterungen sowie Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsleitungen wurden hier Akzente gesetzt. Es blieb also bei der Verbesserung der Infrastruktur, die nun aber nicht mehr vorrangig der Landwirtschaft zugute kommen sollte. Der Landwirtschaft wurden allerdings indirekt durch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die freigesetzten Arbeitskräfte der allmähliche Strukturwandel und die Anpassung an die neuen, durch den europäischen Rahmen gesetzten Marktbedingungen ermöglicht.

In dieser Zeit wurden die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben im Emsland zusätzlich durch die Fertigstellung eines Kernkraftwerkes in Lingen Ende 1968 verbessert, das billige Energie zur Verfügung stellen sollte. In unmittelbarer Nachbarschaft siedelte sich 1974 ein Elektrostahlwerk an. Das heimische Erdöl wurde ebenfalls bereits seit 1953 in einer in Lingen gebauten Raffinerie ver-

wertet, deren Kapazität in mehreren Ausbaustufen erweitert wurde. 1969 nahm in Dörpen die Nordland-Papierfabrik ihren Betrieb auf, heute einer der führenden Hersteller von holz- und säurefreien, alterungsbeständigen – also archivfähigen – Papieren.

Das Emsland entwickelte sich zwar deswegen nicht zu einer Industrielandschaft, aber allmählich stieg die Quote der in der Industrie Beschäftigten – bezogen auf 1.000 Einwohner – im Kerngebiet von 28 im Jahr 1950 über 60 im Jahr 1966 auf 77 im Jahr 1976. Die Zahl der Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten stieg im genannten Gebiet ebenfalls von 88 (1956) über 139 (1966) auf 162 (1976).

Die letzte Phase dauerte von 1973 bis zur Auflösung der Emsland GmbH 1989. Der geringe zeitliche Abstand läßt noch kaum eine objektive Aussage zum Effekt der Förderungsmaßnahmen zu. Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, daß durch die zunehmende Herausbildung einer eigenständigen kommunalen Wirtschaftsförderung der Wirkungsbereich der Emsland GmbH eingeengt wurde. Das Ausscheiden des Bundes aus der Gesellschaft im Jahre 1972 war bereits ein Hinweis auf die geänderte Förderungspolitik. Die Einrichtung eines allgemeinen Fonds für die „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftskraft" zeigte, daß der Bund die großen, grundsätzlichen Strukturverbesserungen im Emslanderschließungsgebiet als abgeschlossen bewertete. Es flossen zwar auch weiterhin aus diesem Fonds Mittel in das Emsland, aber stärker projektbezogen und nicht mehr so selbstverständlich wie bisher.

Das letzte Großprojekt im Bereich der Infrastrukturverbesserung kann für diesen Wandel als Beispiel dienen. Ich meine den Bau der BAB 31 im Westen des Emslandes nahe der niederländischen Grenze, der sich fast durch die gesamte Zeit des Wirkens der Emsland GmbH zieht. In den 60er Jahren war die Emsland GmbH eine der treibenden Kräfte für den Autobahnbau. Sie wurde aber immer mehr von den Kommunen verdrängt, die im Autobahnanschluß einen wichtigen Entwicklungsschub für die Gewerbeansiedlung sahen und sehen. Für die letzten 20 Jahre kann man feststellen, daß vor allem die Landkreise, an der Spitze der Landkreis Emsland, sich um die Fertigstellung bemühen. Die Prognosen für den endgültigen Lückenschluß werden gleichwohl immer weiter nach vorne geschoben, im Moment ist das Jahr 2009 die Marke. Vor allem Geldmangel der öffentlichen Kassen ist dafür wohl verantwortlich.

Das Land Niedersachsen und die Landkreise im Erschließungsgebiet übernahmen jedenfalls nach dessen Ausscheiden die Gesellschaftsanteile des Bundes und führten die Gesellschaft weiter. Die Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten wurde weiter forciert. Unter anderem beteiligte man sich an Erschließungsarbeiten, um den Bau der Versuchsstrecke der Hochgeschwindigkeitsmagnetschwebebahn „Transrapid" im Emsland zu ermöglichen. Man wollte dadurch den technologischen Vorsprung, der mit diesem innovativ erscheinender Hochtechnologieprojekt verbunden war, an die Region Emsland binden und hoffte, durch die erwarteten Synergieeffekte

Industriearbeitsplätze zu sichern. Es entzieht sich heute noch der Beurteilung, ob diese Entwicklung wirklich leisten wird, was man sich davon verspricht.

Am 31. Dezember 1989 wurde die Emsland GmbH schließlich aufgelöst, weil die Gesellschafter zum Schluß gekommen waren, daß die Gesellschaft ihre Aufgaben erfüllt hatte. Die vielfältigen anderen Förderprogramme zur weiteren Infrastrukturverbesserung und Wirtschaftsförderung auf europäischer, Bundes-, Landes- und nicht zuletzt kommunaler Ebene trugen ebenfalls zur Liquidation bei. Inwieweit dazu auch ein gewisser nicht zuletzt politisch bedingter Wettbewerb unter den ehemals Beteiligten mitgewirkt hat, muß offen bleiben. Insgesamt wurden in den knapp 40 Jahren des Wirkens der Emsland GmbH rund 2. Mrd. DM für die Erschließung des Emslandes aufgewendet.

An dieser Stelle sei im übrigen erwähnt, daß das Kreisarchiv seine Existenz der Liquidation der Emsland GmbH verdankt. Der verstorbene Oberkreisdirektor Brümmer hat sich seinerzeit sehr dafür eingesetzt, daß die archivwürdigen Unterlagen der Gesellschaft im Emsland blieben. Der Landkreis Emsland hat so 1990 die bereits seit 1980 angestellten Überlegungen in die Tat umgesetzt und ein eigenes Kreisarchiv gegründet, das selbstverständlich heute die normalen Aufgaben eines Kommunalarchivs wahrnimmt und nicht etwa nur die Unterlagen der Emsland GmbH sichert. Ich habe darüber ja bereits auf der ANKA-Tagung 1994 berichtet.

Es war kaum möglich, im Rahmen eines solchen Vortrags alle Aspekte der Emslandentwicklung intensiv zu beleuchten. Ich möchte aber zum Schluß den Blick darauf lenken, welche Früchte die gelegten Grundlagen bis heute getragen haben, aber auch welche kritischen Punkte aus heutiger Sicht zu benennen sind. Ich beschränke mich dabei auf die Darstellung für das Kerngebiet des Raumes, der durch die Emsland GmbH erschlossen worden ist, also den Landkreis Emsland. Ich will versuchen, trotz der Nähe zu den Ereignissen die kritische Distanz des Historikers auch in diesem Zusammenhang zu wahren. Deshalb sollen in erster Linie nüchterne Fakten und Zahlen sprechen. Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die gesetzten Ziele der Emsland GmbH auf der Grundlage zahlreicher, die Arbeit begleitender parlamentarischer Beschlüsse demokratisch legitimiert waren. Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß gelegentlich bei der Lektüre der Akten der Eindruck entstehen kann, daß gerade unter Lauensteins Szepter dieser die Entscheidungshoheit für sich beanspruchte, nicht zuletzt deswegen war damals die Rede vom „Königreich Lauenstein". Die gegebenen Umstände zwangen aber sicher auch zu mancher unkonventionellen Entscheidung.

Im Mittelpunkt soll nun die gegenwärtige wirtschaftliche Situation des Emslandes stehen. Es zieht sich schließlich als Problem durch die gesamte emsländische Geschichte, daß die mangelhafte wirtschaftliche Grundlage die gesamten Lebensbedingungen der Menschen beeinträchtigt hat. Der tiefgreifende Wandel, der durch die Leistung der Emsland GmbH angestoßen wurde, ist eindeutig festzustellen. Ein Schwerpunkt der emsländischen Wirtschaft liegt heute im produzierenden Gewerbe.

Orientiert man sich an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, waren am Ende des Wirtschaftsjahres 1997 von fast 90.000 Personen rund 46 % in diesem Wirtschaftssektor beschäftigt. Die Quote der Industriebeschäftigten lag noch 1985 unter dem Landesdurchschnitt für Niedersachsen, hat ihn aber mittlerweile um knapp 15 % überschritten. Das Gewerbesteueraufkommen liegt leicht über dem Landesdurchschnitt. Ein weiteres Kennzeichen ist die Vielfalt der Branchen. Sie variiert von Maschinen-, Motoren- und Fahrzeugbau, Schiffbau, Energiewirtschaft, Holz- und Kunststoffverarbeitung bis zu Textil- und Bekleidungswerken, um nur die wichtigsten Schwerpunkte zu nennen. Die Betriebe sind überwiegend mittelständisch strukturiert und beschäftigen in der Mehrzahl zwischen 50 bis 200 Mitarbeiter.

Zwischen 1970 und 1990 wuchs die Zahl der Arbeitsplätze um 28.000, die zum großen Teil in 1.100 neuen Betrieben geschaffen wurden. Der Dienstleistungsbereich hat dabei in den vergangenen Jahren überproportional zugenommen. Gerechnet nach Wirtschaftssektoren sind hier heute knapp über 50 % der Erwerbstätigen, also Selbständige, Angestellte und öffentlich Bedienstete beschäftigt. Für die Modernisierung des Emslandes ist dies ein wichtiges Zeichen, denn daran ist abzulesen, daß sich das Emsland dem allgemeinen Trend der bundesrepublikanischen Wirtschaftsgesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft angepaßt hat. Wenn Sie so wollen ist endlich die Gleichzeitigkeit erreicht. Der Strukturwandel im Emsland wird durch die nur noch knapp 6 % Beschäftigten im primären Sektor der Land- und Forstwirtschaft besonders deutlich, wobei allerdings heute rund 60 % der Betriebe zwischen 10 und 50 ha bewirtschaften. Ihre Wertschöpfung liegt dabei erheblich höher als noch in den 50er Jahren mit seinen über 50% in diesem Sektor Beschäftigten.

Die Arbeitslosenquote lag in den vergangenen Jahren im Trend des Landesdurchschnitts, mal knapp darüber, mal knapp darunter. Wegen der breitgefächerten Wirtschaftsstruktur, die sich vor allem auf den Mittelstand gründet, ist es nicht zu dramatischen Einbrüchen wie in eher monostrukturierten Gebieten gekommen, obwohl es auch im Emsland in den vergangenen Jahren Firmenzusammenbrüche gegeben hat, die Arbeitsplätz gekostet haben.

Gerade die Kommunen haben durch ein flexibel gehandhabtes Instrumentarium von Förderungsprogrammen die Bemühungen der Wirtschaft unterstützt, neue konkurrenzfähige Arbeitsplätze einzurichten. Einige Zahlen sollen abschließend das Bild noch einmal verdeutlichen. Seit der Kreisreform 1977 wurden im gesamten Landkreis Emsland von den Kommunen rund 310 Mio. DM in die wirtschaftsnahe Infrastrukturverbesserung investiert. Der Landkreis hat sich an diesen Aufwendungen mit 95 Mio. DM beteiligt. Aus den Rahmendaten des Fonds „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ergibt sich, daß zwischen 1986 und 1990 ein Investitionsvolumen von 71 Mio. DM in die Infrastrukturförderung geflossen ist, davon waren 45,9 Mio. DM Zuschüsse. Die gewerbliche Wirtschaft investierte in diesem Zeitraum 1,378 Mrd. DM, die mit 83,7 Mio. DM bezuschußt wurden.

Durch die beschriebenen Maßnahmen konnte der Abwanderungstrend der Bevölkerung im Emsland, der in historischer Perspektive immer ein großes Problem war, wie oben beschrieben, gebrochen werden. Knapp 28 % der Bevölkerung sind heute unter 20 Jahre alt, im Bundes- und Landesdurchschnitt stehen dem 21 % gegenüber. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der Landkreis Emsland im vergangenen die „Emsland GmbH" wiederbelebt hat. Diesmal aber mit einer anderen Aufgabe, nämlich Existenzgründern durch Beratung und Risikokapital zu helfen. Damit soll vor allem jungen Leuten dazu verholfen werden, eigene Firmen zu gründen und sich so eine selbstbestimmte Lebensgrundlage aufzubauen.

In wirtschaftlicher Hinsicht wird man also von einer Erfolgsgeschichte im Emsland der vergangenen 50 Jahre reden dürfen. Für diese positive Entwicklung wurden die Grundlagen durch die Arbeit der Emsland GmbH gelegt, das ist, so glaube ich, deutlich geworden. Aus heutiger Perspektive wird man aber sicher auch einige kritische Bemerkungen zum Wandel der Landschaft machen müssen. Mit der Kultivierung der Moore, der Begradigung von Flüssen und Bächen und der Flurbereinigung hat die Emslanderschließung massiv in die Landschaft eingegriffen und sie von einer weitgehenden Natur- in eine Kulturlandschaft umgewandelt. Bei der „Emsland GmbH" hat man selbst von einer „aufbauenden Zerstörung" und dem „Mut zu einer neuen Landschaft" gesprochen. Das Paradigma vom Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, das unsere aktuelle Diskussion beherrscht, war noch nicht erfunden. Eine differenzierte Betrachtungsweise verlangt indes, die damals herrschenden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit für ein Urteil heranzuziehen. In den 50er Jahren betrachtete man das Moor noch als „Feind", das die Existenz der Menschen bedrohte. Gleichwohl würde man sicher heute einige Eingriffe in die Landschaft, wie die schnurgerade Regulierung von Wasserläufen und die zweifelhafte Kultivierung von qualitativ geringwertigen Böden mit mächtiger Mooraufla-ge, unterlassen. Man wird aber auch sehen müssen, daß das Ausmaß der Landschaftszerstörung bei weitem nicht so stark war wie in Gegenden, die bereits vor langer Zeit in Industrieregionen verwandelt worden waren. Davon profitiert das Emsland heute noch bei der Entwicklung des naturnahen Tourismuspotentials.

Insgesamt kann man feststellen, daß der allgemeine gesellschaftliche Bewußtseinswandel, das wirtschaftliche Handeln stärker im Sinne von Natur- und Umweltschutz zu hinterfragen, auch im Emsland gegriffen hat. Trotz aller Dominanz, Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region für die junge Bevölkerung zu schaffen und zu sichern, hat bei der Regionalentwicklung die Sicherung vielfältiger wertvoller Landschaftsräume mittlerweile den gleichen Stellenwert wie die wirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehören etwa Rückbaumaßnahmen von regulierten Wasserläufen, Wiedervernässungsprojekte von Moorflächen und die Ausweisung von bis heute etwa 450 Naturschutzgebieten, die insgesamt etwa 12 % der Gesamtfläche des Landkreises ausmachen. Weitere Beispiele ließen sich anführen.

Die Erkenntnis des Bezirksplaners Richard Hugle aus den 30er Jahren, daß für die Entwicklung des Emslandes nur eine alle Faktoren der „Unterentwicklung" erfassende Landeserschließungspolitik in Frage kommen und zum Erfolg führen könnte, hat sich als richtig erwiesen. Seine zeitlichen Vorstellungen, die Aufgaben durch einen Zehn-Jahresplan erledigen zu können, waren zu optimistisch. Die lange Dauer zeigt aber nur noch deutlicher, wie schwierig und gewaltig diese Aufgabe war. Die Unterentwicklung des Emslandes darf man heute der Geschichte zuweisen, die Weiterentwicklung der durch die Emsland GmbH geschaffenen Grundlagen ist eine Aufgabe jeder weiteren Generation.

Die Geschichte der Emslanderschließung kann als ein weiteres Beispiel dafür dienen, daß es die oft beschworene „gute alte Zeit" nicht gegeben hat, wie schon Hans Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern von 1893 festgestellt hat. Wer könnte das besser bestätigen als wir Archivare.

RAINER SCHULZE

DIE BRITISCHE MILITÄRVERWALTUNG IN NIEDERSACHSEN UND IHRE QUELLEN IN GROßBRITANNIEN. BEDEUTUNG UND NUTZUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE NIEDERSÄCHSISCHE LOKALGESCHICHTE*

Seit der sukzessiven Freigabe des britischen Schriftgutes aus der Besatzungszeit in Deutschland hat es nicht an Stimmen gefehlt, die die Bedeutung dieser Unterlagen auch für die deutsche Lokal- und Regionalgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit herausgestellt haben. Trotzdem sind diese Materialien von der deutschen Forschung noch längst nicht so intensiv und umfassend durchgearbeitet und ausgewertet worden, wie es ihrem Wert eigentlich zukommen würde. Ein Grund hierfür liegt sicherlich in der Tatsache, daß das einschlägige britische Schriftgut auf eine Vielzahl von Archiven und hier wiederum auf zahlreiche Bestände verteilt ist und daß ihr Erschließungszustand und damit ihre Zugänglichkeit für den deutschen Benutzer immer noch vergleichsweise unzulänglich sind. Überdies gibt es bislang relativ wenig Verfilmungen von Akten, und für eine systematische Auswertung der britischen Materialien ist daher bislang ein Besuch in Großbritannien nach wie vor unumgänglich, was gerade für viele Lokalhistoriker und insbesondere die in ihrer Freizeit tätigen Heimatforscher ein häufig unüberwindbares Hindernis darstellt. Im folgenden sollen deshalb nochmals in zusammenfassender und übergreifender Form Bedeutung und Nutzungsmöglichkeiten des britischen Schriftgutes aus der Besatzungszeit in Deutschland für die Lokal- und Regionalgeschichte dargestellt und dabei auch auf die zum Teil sehr unterschiedliche Dichte und Qualität des vorhandenen Materials hingewiesen werden, um zum einen dazu beizutragen, daß der Quellenwert dieser Unterlagen besser eingeschätzt werden kann, und um zum anderen einen neuen Anstoß zu geben, für zukünftige Arbeiten zur niedersächsischen Lokalgeschichte die britischen Quellen gezielter als bisher nutzbar zu machen.

* Vortrag bei der 37. Arbeitstagung der ANKA in Meppen am 26. April 1999; für den Druck leicht überarbeitet und mit Anmerkungen versehen.

Rainer Schulze

Die britische Militärverwaltung in Deutschland[1]

Die ersten Überlegungen, wie Deutschland nach einem Sieg der alliierten Truppen kontrolliert und verwaltet werden sollte, begannen bereits im Sommer 1942, aber das heißt nicht, daß mit dem Beginn der Besetzung tatsächlich bereits eine klare Militärverwaltungsstruktur vorlag. Zum einen erschwerte ein ständiger Wechsel der Zuständigkeiten für die britische Deutschlandpolitik in London die Planungen erheblich, zum anderen machte der schrittweise Besetzungsvorgang seit dem Herbst 1944 in einigen Teilen Deutschlands bereits die Errichtung von militärischen Kontrollstrukturen erforderlich, während in anderen Teilen der Krieg noch weiterging. Es dauerte bis zum Herbst 1945, bis sich eine klarere und einheitlichere Gliederung der Militärverwaltung in der britischen Besatzungszone herausgebildet hatte, und selbst diese war nicht von allzu langer Dauer, denn bereits im Frühjahr 1946 wurde eine erste umfassende Reform durchgeführt, und bis zum Ende der Besatzungsherrschaft folgten noch weitere Umstrukturierungen – sowohl begründet durch Änderungen der allgemeinen politischen Lage als auch durch die zunehmende britische Finanz- und Personalknappheit. Mit dem aus deutscher Sicht komplizierten, häufig verwirrenden und manchmal schlechterdings undurchschaubaren Geflecht von Zuständigkeiten und Kompetenzen ähnelte die britische Militärverwaltung in Deutschland dem Aufbau des gesamten britischen Staatsapparates, und das Prädikat „byzantinische Struktur" ist hier sicherlich zu einem guten Teil gerechtfertigt.[2]

Die britische Militärverwaltung für Deutschland bestand im wesentlichen aus zwei Komponenten: einem Londoner Zweig sowie einem Zweig in der britischen Besatzungszone, der Militärregierung im engeren Sinne, von den Briten Kontrollkommission für Deutschland (Control Commission for Germany/British Element, CCG/BE) genannt. Der Londoner Zweig war der Kontrollkommission in Deutschland übergeordnet und ihr gegenüber weisungsbefugt, auch wenn dies in der täglichen Praxis nicht immer sichtbar war und der jeweilige britische Militärgouverneur in Deutsch-

---

[1] Dieser Abschnitt stützt sich im wesentlichen auf die Einführung und die Verwaltungsgeschichtlichen Vorbemerkungen in: Adolf M. BIRKE / Hans BOOMS / Otto MERKER (Hg.), Akten der britischen Militärregierung in Deutschland. Sachinventar 1945-1955 – Control Commission for Germany, British Element. Inventory 1945-1955, 11 Bde., München, New Providence, London, Paris 1993; sowie Appendix: The Apparatus of Occupational Rule, in: Ian D. TURNER (Hg.), Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy in the Western Zones, 1945–1955, Oxford 1989, S. 359-375. Siehe auch Jochen THIES, What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: Claus Scharf / Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 29-50; Ulrich REUSCH, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943–1948. Eine behördengeschichtliche Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch 100 (1986), S. 318-443; Ulrich REUSCH, Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone, in: Adolf M. Birke / Eva A. Mayring (Hg.), Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992, S. 35-57. Nach wie vor hilfreich sind auch F.S.V. DONNISON, Civil Affairs and Military Government North-West Europe 1944–1946, London 1961, insbes. Kap. 12-15; Wolfgang FRIEDMANN, The Allied Military Government of Germany, London 1947, insbes. Kap. 4; Michael BALFOUR, Four-Power Control in Germany 1945–1946, in: Four-Power Control in Germany and Austria 1945–1946, Oxford 1956, insbes. S. 92-107.

[2] Brian CHAPMAN, British Government Observed, London 1963, S. 18, zitiert in Heinrich Händel, Großbritannien. Bd. 1: Staat und Verwaltung, München 1979, S. 115.

land sich sowohl gegenüber London als auch gegenüber den deutschen Amtsträgern und der deutschen Bevölkerung häufig wie ein absoluter Herrscher aufführte.

Dies lag zum einen an dem militärischen und politischen Gewicht der in Deutschland eingesetzten Militärgouverneure, zunächst Bernard Montgomery, später Brian Robertson, dem die Mitarbeiter in den britischen Ministerien häufig keine entsprechende Autorität entgegenzusetzen hatten, zum anderen aber auch daran, daß die ministerielle Zuständigkeit in London im britischen Kabinett mehrfach wechselte. Bis zum Juni 1945 lag die Gesamtverantwortung offiziell beim Außenministerium, dem Foreign Office; die eigentlichen Planungen, wie die zivile Verwaltung und die Kontrolle der nach dem Sieg über Nazi-Deutschland und Japan von britischen Truppen zu besetzenden Gebiete in Europa und im Fernen Osten aussehen sollten, oblagen allerdings dem Directorate of Civil Affairs, das im Juni 1943 vom Kriegsministerium, dem War Office, eingerichtetet worden war und diesem auch behördlich unterstellt blieb.

Nach dem Sieg der Labour Party bei den Unterhauswahlen vom Juli 1945 ging die Zuständigkeit für Kontrolle und Verwaltung der besetzten Gebiete dann vom Foreign Office auch ganz offiziell an das War Office über. Das War Office errichtete im Oktober 1945 eine eigene Behörde für die Militärverwaltung in Deutschland und Österreich, das sogenannte Kontrollamt für Deutschland und Österreich (Control Office for Germany and Austria, kurz COGA), das in der deutschen Literatur auch oftmals als 'Deutschlandministerium' bezeichnet wird. Im COGA gingen auch diejenigen Abteilungen des Directorate of Civil Affairs auf, die sich mit Deutschland und Österreich befaßten. Das Control Office blieb zwar nominell dem War Office unterstellt, an seiner Spitze stand aber ein Sonderminister mit Kabinettsrang, der Chancellor of the Duchy of Lancaster, der auch dem Parlament gegenüber die Deutschlandpolitik der Regierung vertrat. Die britische Kontrollkommission in Deutschland übersandte allerdings auch weiterhin viele ihrer Berichte und einen Teil ihrer Korrespondenz direkt an das offiziell gar nicht mehr zuständige Foreign Office und umging damit den regulären Dienstweg, da die Befürchtung bestand, daß das Kontrollamt die Interessen der Militärverwaltung nicht dezidiert genug vertrat. Im April 1947 wurde das Control Office schließlich als selbständige Behörde aufgelöst und sein Aufgabenbereich in die neueingerichtete German Section des Political Department des Foreign Office eingegliedert – die Deutschland- und Besatzungspolitik unterstand nun auch wieder formell dem Außenministerium.

Die Zuständigkeiten für die Besatzungspolitik in Deutschland innerhalb des britischen Regierungsapparates in London sind also bereits unübersichtlich genug, aber die britische Militärverwaltung in Deutschland, die sogenannte Kontrollkommission, war ähnlich undurchdringlich strukturiert. Es gab zwei Hauptquartiere – eines in Berlin, der alten Reichshauptsstadt und dem Sitz des Alliierten Kontrollrates, und eines im Zonengebiet, das aus Wohnraummangel auf vier Orte verteilt wurde: Minden, Herford, Lübbecke und Bad Oeynhausen. Aber selbst bis sich dies alles halb-

wegs klar herausgebildet hatte, verging einige Zeit. Der gesamte Stab der Kontrollkommission wurde erst im Sommer 1945 allmählich in mehreren Etappen von London nach Deutschland transferiert, und es dauerte deshalb bis zum Herbst, bis die Arbeit wirklich voll aufgenommen werden konnte. Bis dahin gab es eine Vielzahl von örtlichen und regionalen Stellen, die die Aufgaben der Militärverwaltung wahrnahmen; in der Regel waren dies in der allersten Phase der Besetzung die jeweilig zuständigen Kommandeure der kämpfenden Truppen, bis die vorgesehenen Militärregierungseinheiten nachrückten. Solange die britische Politik noch davon ausging, daß das Vierzonen-Deutschland als Einheit erhalten bleiben sollte, war das Hauptquartier in Berlin die entscheidende Instanz der britischen Kontrollkommission und das zonale Hauptquartier demgegenüber nachgeordnet; als ab 1946 die Zusammenarbeit im Alliierten Kontrollrat immer stärker lahmte, verschob sich das Gewicht zwischen den beiden Hauptquartieren, und das zonale Hauptquartier wurde zur eigentlichen Machtzentrale der britischen Militärverwaltung.

Es gab eine vertikale Gliederung der Militärverwaltung in Form verschiedener Divisions und Sub-Commissions – komplizierte Strukturen mit häufig überlappenden Kompetenzen –, und daneben gab es dann noch die horizontale Gliederung in Militärverwaltungen auf Landes-, Regierungsbezirks- und Kreisebene; jede dieser Ebenen war auch wiederum vertikal in verschiedene Branches bzw. Sections bzw. Departments untergliedert.[3] Der Personalbestand der Militärverwaltung schwoll enorm an und umfaßte im Herbst 1946 insgesamt mehr als 25.000 Bedienstete, darunter ein zunehmend steigender Anteil von Zivilisten, die die Militärs in der eigentlichen Verwaltung des Besatzungsgebietes ablösten.[4] So waren in den vier Militärregionen der britischen Zone (Schleswig-Holstein, Hannover bzw. später Niedersachsen, Nordrhein und Westfalen) die Korpskommandanten, als die befehlshabenden Offiziere der kämpfenden Einheiten, zunächst gleichzeitig auch die Leiter der Militärverwaltung; im Verlauf des Jahres 1946 wurden dann die Kompetenzen und Aufgaben im Bereich der Militärverwaltung zivilen Regional Commissioners übertragen. In der Region Hannover, später Lower Saxony, übernahm Sir Gordon Macready am 5. Juli 1946 als Regional Commissioner die Leitung der Militärverwaltung, die bis dahin vom Kommandeur des 30. Armeekorps wahrgenommen worden war.

Diese bisweilen chaotisch anmutende, auf alle Fälle komplizierte und unübersichtliche Struktur der britischen Militärverwaltung hat ihren Niederschlag natürlich auch in der Überlieferung gefunden. *Die* britische Militärverwaltung als eine einheitliche Behörde mit einer klaren Verwaltungsstruktur gab es nicht, und im folgenden wird deshalb der Begriff 'Schriftgut der britischen Militärverwaltung' sehr weit ausgelegt und umfaßt alles Schriftgut, das von britischen Behörden, Institutionen, Organisatio-

[3] Siehe hierzu auch die Diagramm 6 (a) – (f) in Appendix: The Apparatus of Occupational Rule (wie Anm. 1), S. 370-375.

[4] Vgl. Diagramm 4 in Appendix: The Apparatus of Occupational Rule (wie Anm. 1), S. 367, sowie THIES (wie Anm. 1), S. 40f.

nen und auch Einzelpersonen im Zusammenhang mit der Besatzung in Deutschland produziert worden ist.

Wenn der Begriff so weit gefaßt wird, liegt es natürlich nahe, daß sowohl viele Archive als auch in jedem Archiv eine ganze Reihe von Beständen entsprechendes Schriftgut enthalten. Im folgenden sollen nun die wichtigsten britischen Archive, die Materialien für die niedersächsische Lokalgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit verwahren, kurz genannt, einige ihrer für die Lokalgeschichte zentralen Bestände herausgegriffen und Beispiele für die hier überlieferten Informationen gegeben sowie zum Abschluß einige allgemeinere Ausführungen zum Stellenwert der britischen Quellen gemacht werden. Hierbei kann es sich selbstverständlich lediglich um eine Auswahl handeln, eine umfassende Darstellung ist schon allein aus Platzgründen nicht möglich. Alle Bewertungen und Einordnungen sind aus meinen eigenen Arbeiten zur Erschließung britischer Materialien für deutsche Forschungszwecke erwachsen; sie mögen deshalb in einzelnen Punkten auch durchaus etwas subjektiv eingefärbt sein.[5]

Das Public Record Office

Die erste und wichtigste Anlaufstelle in Großbritannien für Materialien zur britischen Militärverwaltung in Niedersachsen bildet selbstverständlich das Public Record Office (PRO) in Kew, einem Vorort Londons.[6] Das PRO verwahrt alle Akten der britischen Zentralregierung und der ihr angegliederten bzw. unterstellten Behörden. Generell gilt in Großbritannien für die Freigabe staatlicher Akten eine gleitende 30-Jahres-Frist, d.h. nach dem Ablauf von dreißig Jahren läuft die Sperrfrist ab, und jede Behörde muß die von ihr in dem betreffenden Jahr produzierten Akten zur Benutzung freigeben. Allerdings gibt es natürlich Ausnahmen von dieser generell sehr liberalen Aktenfreigabepraxis. So hat jede Behörde nach dem Public Records Act von 1958 vor allem das Recht, einzelne Akten über die normale 30-Jahres-Frist hinaus zurückzubehalten, wenn es sich um Akten mit „highly sensitive information relating to national security or to the safety of individuals" handelt. Einzelne Bestandsgruppen unterliegen von vornherein einer 50- oder sogar 75-Jahres-Sperrfrist und können vorher nur nach Einholung einer besonderen Genehmigung eingesehen werden.

---

[5] Siehe Rainer SCHULZE, Durch die britische Brille gesehen. Beispiele zum Ertrag der britischen Quellen für die (nordwest-)deutsche Landes- und Regionalgeschichte, in: Adolf M. Birke / Eva A. Mayring (Hg.), Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992, S. 103-120; sowie Rainer SCHULZE, „The picture seems to be more than necessarily complicated." Zur Quellenüberlieferung in britischen Archiven, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 3 (1997), S. 110-119. Die folgenden Ausführungen lehnen sich eng an diese beiden Aufsätze an.

[6] Für eine erste Einführung in Aufbau und Bestände des Public Record Office siehe Jane COX (Hg.), The Nation's Memory. A Pictorial Guide to the Public Record Office, London 1988 (und öfter).

Zu dem im PRO verwahrten Schriftgut gehören auch die Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, der *Control Commission for Germany/British Element (CCG/BE)*. Es handelt sich um knapp 30.000 Einzelakten, die auf 54 Bestände innerhalb der Bestandsgruppe des Foreign Office aufgeteilt sind,[7] und seit 1993 liegt ein von einer deutschen Arbeitsgruppe erstelltes elfbändiges Sachinventar vor, in dem diese Akten für deutsche Forschungszwecke ausführlich beschrieben und nach Eigennamen, Orten und Sachbegriffen indiziert sind, so daß der Zugang zu diesen Akten außerordentlich erleichtert worden ist.[8]

Die Zahl von 30.000 Einzelakten klingt zunächst einmal enorm beeindruckend, aber die Materialien, die an das Public Record Office gelangt sind, machen nach der meisten Schätzungen allerhöchstens 5% des urprünglich von der Kontrollkommission produzierten Schriftgutes aus, andere Schätzungen halten es für gerade einmal 1%. Alles andere ist entweder bereits 1955/56 bei Beendigung der Besatzungsherrschaft noch vor dem Rücktransport von Deutschland nach Großbritannien vernichtet worden, oder aber es ist vom Foreign Office vor der Überstellung an das PRO kassiert worden, und es ist leider insbesondere das Schriftgut mit einem lokalen Bezug, das ganz besonders stark von dieser Vernichtung betroffen ist. So sind zum Beispiel die Provenienzen unterhalb der Regional Commissioners, d.h. die Aktenbestände, die auf der Ebene der lokalen (Stadt- und Landkreis-)Militärregierungen und der regierungsbezirklichen Militärregierungen entstanden sind, fast ausnahmslos verloren. Insbesondere die Aktenüberlieferung für Niedersachsen kann in dieser Beziehung nur als katastrophal bezeichnet werden.

Wer nach Materialien zur niedersächsischen Ortgeschichte sucht, wird natürlich zuerst an den Bestand des Regional Commissioner Lower Saxony Region (FO 1010) denken. Dieser Bestand umfaßt aber lediglich 173 Akten, von denen außerdem zwölf Akten immer noch für die Benutzung gesperrt sind, sieben Akten sich gar nicht auf Niedersachsen beziehen und nahezu 40 Akten entweder Militärregierungs-Interna oder aber zonale oder bizonale Angelegenheiten betreffen. Unter den verbliebenen rund 115 Akten sind dann allerdings immerhin einige für die Lokalgeschichte außerordentlich bedeutsame Unterlagen, so unter anderem ein Satz detaillierter monatlicher Arbeitsmarktberichte aus den verschiedenen Arbeitsamtsbezirken aus den Jah

---

[7] PRO: FO 1005, 1006, 1008, 1010, 1012 – 1014, 1023 – 1039, 1046, 1047, 1049 – 1052, 1056 – 1058, 1060 – 1078 u 1082.

[8] Adolf M. BIRKE / Hans BOOMS / Otto MERKER (Hg.), Akten der britischen Militärregierung in Deutschlan Sachinventar 1945-1955 – Control Commission for Germany, British Element. Inventory 1945-1955, bearbeitet von Alm Bues, Ulrike Jordan, Angela Kaiser-Lahme, Eva A. Mayring, Christiane Rodmann, Rainer Schulze and Wolfram Wern Datenverarbeitung koordiniert von Manfred von Boetticher, 11 Bde., München, New Providence, London, Paris 199 Siehe dazu auch Rainer SCHULZE, Das Londoner CCG/BE-Projekt. Die Erschließung britischer Quellen aus d Besatzungszeit in Deutschland (1945-1949/55) für Forschungszwecke, in: Der Archivar 42 (1989), Sp. 461-474, sowie E A. MAYRING, Control Commission for Germany (British Element). Vorgehensweise bei der Aktenerschließung, in: Ad M. Birke / Eva A. Mayring (Hg.), Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, Lond 1992, S. 133-147.

ren 1945/46[9], eine Akte zu dem im Schloß Celle eingerichteten Zonal Fine Arts Repository[10], verschiedene Berichte zu Demonstrationen und Hungermärschen in Braunschweig, Hannover, Hildesheim und Salzgitter sowie zu Streikaktionen in Osnabrück im Mai 1948[11], und drei Akten zur Errichtung der Gedenkstätte Bergen-Belsen[12]. Außerdem enthält dieser Bestand Unterlagen zur Wiedereröffnung von Universitäten und Schulen und zur Einrichtung von Volkshochschulen und Berufsschulen[13] sowie elf Akten Political Situation Reports der verschiedenen British Kreis Residents[14], diese allerdings aus den Jahren 1950–1952, für die natürlich auch bereits umfangreiches Schriftgut aus deutscher Provenienz vorliegt. So schön dieses Material im Einzelfall auch ist – ein umfassendes Bild zur Lokalgeschichte läßt sich daraus nicht entnehmen.

Aber immerhin finden sich Materialien zur niedersächsischen Lokalgeschichte auch noch in anderen Beständen aus der Besatzungszeit in Deutschland. An erster Stelle ist hier der Bestand 'HQ SHAEF, Special Echelon, Military Government HQ' (FO 1030) zu nennen, der häufig inzwischen auch als Handakten Robertson bezeichnet wird, denn das scheinen diese Unterlagen im wesentlichen zu sein. In diesen Bestand haben sich aus nicht mehr ganz nachvollziehbaren Gründen auch 36 Akten des Headquarters des Military Government 30 Corps District (= Hannover Region) 'verirrt'.[15] Dieses Schriftgut umfaßt Weekly Reports, die mit dem unmittelbaren Besatzungsvorgang und den ersten Tagen der Besatzungszeit einsetzen und zum Teil außerordentlich dichtes Material der lokalen Ebene enthalten; daneben gibt es Übersichten zu Lebensmittelrationen, Erhebungen zur Landwirtschaft, zu Schulen, Zeitungen, Kinos – überhaupt zur Frage der Wiederzulassung von Einrichtungen zur Unterhaltung der deutschen Zivilbevölkerung, und natürlich umfangreiches Material zu den befreiten Konzentrations-, Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern. Darüber hinaus befinden sich in diesen Unterlagen auch Aufzeichnungen über Gespräche mit lokalen deutschen Amtsträgern nach der Besetzung, so u.a. mit den Bürgermeistern von Haselünne und Fürstenau.[16]

Ein weiterer Bestand, der in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß, ist der Bestand der 'Records Library' der Kontrollkommission (FO 1005). Hier sind Kopien zahlreicher periodischer Berichtsserien überliefert, die alle Bereiche des politischen,

---

[9] PRO: FO 1010/109 – 127, siehe auch FO 1010/10.
[10] PRO: FO 1010/58.
[11] PRO: FO 1010/30.
[12] PRO: FO 1010/168 – 170.
[13] PRO: FO 1010/57, 81 – 85, 87, 88, 91 – 95, 140 und 141.
[14] PRO: FO 1010/157 – 167.
[15] PRO: FO 1030/365 – 399 und 403.
[16] PRO: FO 1030/366.

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im jeweiligen Zuständigkeitsgebie behandeln: Sie geben Informationen über die Verwaltungsorganisation und die Be stellung neuer deutscher Amtsträger auf allen Ebenen, über die Bevölkerungszah einschließlich der Zahl der befreiten ausländischen Zwangsarbeiter (Displaced Per sons) und der Flüchtlinge, über die Aktivitäten der wiedererstehenden bzw. wiederer standenen politischen Parteien, Gewerkschaften, Interessenvertretungen und sonsti gen Vereinigungen, über Entnazifizierung und erste Wahlen, über die Wiederingang setzung der industriellen Produktion, häufig mit Belegschaftsstärken einzelner Be triebe, über Probleme der Landwirtschaft und Maßnahmen zum Arbeitseinsatz in die sem Bereich, über Ernährungslage, Preise und Lebenshaltungskosten sowie zu Aus maß und Problemen des Schwarzen Marktes, über Aufbau und Einsatz der deutsche Polizei und Feuerwehr, über die allgemeine Kriminalität einschließlich von Aufstel lungen über die vor den Gerichten zur Verhandlung gekommenen Fälle, über die Ge sundheitslage und den Zustand von Krankenhäusern, über Maßnahmen zum Wieder aufbau zerstörten Wohnraums wie auch über Wohnungsrequisitionen zum Zweck der Besatzungsmacht oder zur vorläufigen Unterbringung von befreiten ausländi schen Zwangsarbeitern. Die Informationsdichte geht in vielen Fällen bis hin zu de taillierten Aufzählungen etwa über das Auftreten von Kartoffelkäfern und die gege ihre weitere Verbreitung eingeleiteten Maßnahmen. Die Berichte illustrieren Hand habung und Wirkung der Besatzungspolitik vor Ort; sie geben Aufschluß über di Lebensumstände der deutschen Zivilbevölkerung in der jeweiligen lokalen und regi onalen Ausprägung unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft, und sie ent halten häufig auch Informationen über die jeweils herrschende Stimmungslage un halten Gerüchte und sogar einzelne Witze fest, die gerade kursierten. Die Bericht informieren außerdem über Gespräche, die die Angehörigen der Besatzungsmach mit deutschen Vertretern führten. Neben den Berichten der Militärregierungen[17] sin auch die spezielleren Berichtsserien, wie zum Beispiel die der Public Opinion Re search Offices, die auch auf regionaler Ebene bestanden,[18] die Public Safety Reports[19] die Political Intelligence Reports[20] oder die Black Market Reports[21], bedeutsam fü Fragen der niedersächsischen Lokalgeschichte.

Diese Berichte sind natürlich von höchst unterschiedlicher Dichte und Qualität; wi fast überall hing es von dem Enthusiasmus, aber auch dem Bildungsstand des jewei zuständigen britischen Militärangehörigen ab, wie umfassend und genau diese Be richte wurden. Wie bereits erwähnt sind allerdings für Niedersachsen, im Unterschie

[17] Für Niedersachsen: PRO: FO 1005/1610 – 1613 (Braunschweig), FO 1005/1651 – 1657 (Reg.bez. Hannover), F 1005/1658 – 1662 (Reg.bez. Hildesheim), FO 1005/1663 – 1667 (Reg.bez. Lüneburg), FO 1005/1668 – 1672 (La Niedersachsen), FO 1005/1679 – 1682 (Oldenburg), FO 1005/1683 – 1686 (Reg.bez. Osnabrück), FO 1005/1687 (Reg.b Stade).

[18] Für Niedersachsen: PRO: FO 1005/1857, 1865 und 1867.

[19] PRO: FO 1005/1845 – 1847.

[20] Für Niedersachsen: PRO: FO 1005/1710 – 1712, 1720, 1721 und 1730.

[21] PRO: FO 1005/1839 – 1841 und 1843.

zu Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, so gut wie keine Berichte von der untersten Militärregierungsebene, also der der Stadt- und Landkreise, überliefert, aber Arbeiten zu Salzgitter, Celle und Lingen zeigen, daß auch die Berichte der höheren Ebenen, also der Regierungsbezirks- und der Landesebene sehr viele spezifische Informationen zu einzelnen Orten enthalten, nur ist es leider etwas mühseliger und zeitaufwendiger, diese Informationen aus den Berichten herauszufiltern.[22]

Einen hohen Quellenwert haben auch die Register der verschiedenen Gerichte der Militärregierung, die im Bestand der Legal Division (FO 1060) überliefert sind, und hier gilt, anders als für die gerade angesprochenen Berichtsserien, daß sie auch für Niedersachsen in vielen Fällen bis auf die unterste (lokale) Ebene, also für viele Stadt- und Landkreise, noch vorhanden sind. Diese Register setzen mit dem Beginn der Besatzungsherrschaft im Frühjahr 1945 ein, und die zur Verhandlung gekommenen Fälle und die ergangenen Urteile ermöglichen einen exzellenten Einblicke in Art und Ausmaß der Kriminalität; für Lingen ist dies bereits ansatzweise nutzbar gemacht worden.[23]

Aber insgesamt gilt, daß die Akten der Kontrollkommission für die niedersächsische Lokalgeschichte nicht sehr dicht sind und für viele Fragen kaum mehr als einige bunte Tupfer beisteuern können. Das liegt zum einen natürlich daran, daß so viel Schriftgut – und gerade auf Niedersachsen bezogenes Schriftgut – verlorengegangen oder kassiert worden ist, aber es liegt auch daran, daß die Kontrollkommission nur eine von vielen britischen Behörden und Institutionen war, die Schriftgut zur Besatzung in Deutschland produziert hat. Mehr noch als für andere Regionen müssen deshalb für die niedersächsische Lokalgeschichte auch britische Akten anderer Provinienz herangezogen werden.

Dabei können die weiteren einschlägigen Bestände des Foreign Office zur Besatzungszeit in Deutschland beinahe sofort ausgeklammert werden. Die Bestände des bereits genannten Londoner *Control Office for Germany and Austria (COGA)*, insgesamt rund 6.500 Einzelakten aufgeteilt in zwölf Einzelbestände und ebenfalls Teil des Gesamtbestandes des Foreign Office,[24] sind, was Lokalgeschichte angeht, relativ unergiebig, und bei einem größeren Teil der COGA-Materialien handelt es sich überdies um Doppelüberlieferung, die Unterlagen sind genauso in den Akten der Control Commission oder anderen Beständen des Foreign Office oder des War Office zu finden.

---

[22] Siehe z.B. Rainer SCHULZE, Salzgitter aus britischer Sicht – Besatzungszeit und Besatzungspolitik 1945–1950/51, in: Wolfgang Benz (Hg.), Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 312-334; Rainer SCHULZE, Besatzung und Militärregierung – Lingen 1945 aus britischer Sicht, in: Ludwig Remling (Hg.), Das Kriegsende 1945 im Raum Lingen, Lingen 1996, S. 104-138; Rainer SCHULZE, Celle unter britischer Militärregierung, erscheint in: Celler Chronik 8 (2000).

[23] SCHULZE, Lingen 1945 (wie Anm. 22), S. 117ff. und S. 130f.

[24] PRO: FO 936 – 946. – Auch für die Akten des Control Office bietet das in Anm. 8 genannte Sachinventar einen ersten gezielten Zugang, wenngleich längst nicht so detailliert und umfangreich wie für die Akten der Control Commission (Bd. 11, S. 233-298).

Auch der von der Forschung häufig als die für die Besatzungszeit in Deutschlan wichtigste britische Quellengruppe angesehene Bestand des Political Department de *Foreign Office*, die sogenannte General Correspondence (FO 371), ist für lokalge schichtliche Fragen relativ unergiebig. Im Political Department des Foreign Offic laufen alle wichtigen Politikentscheidungen zusammen, und die jahrgangsweise or ganisierte General Correspondence dokumentiert deshalb alle Aspekte der britische Außenpolitik, aber die meisten Vorgänge sind doch weit oberhalb der Ortsebene ar gesiedelt. Trotzdem empfiehlt sich eine kurze Überprüfung, was nicht übermäßi aufwendig ist, weil der Zugang zu diesem umfangreichen Bestand durch einen vor Foreign Office selbst erstellten Index erleichtert wird.[25] Dies ist auch der Grund da für, daß dieses Quellenmaterial von allen britischen Materialien bereits am beste von der historischen Forschung ausgewertet worden ist und den Ruf bekommen ha so zentral für alle Fragen zu sein.

Dagegen sind verschiedene Bestände des *War Office* (WO), die nicht von der Sachinventar erschlossen werden, für die niedersächsische Lokalgeschichte von e heblicher Bedeutung. In erster Linie sind hier die sogenannten Kriegstagebüch (War Diaries) zu nennen, die von allen in Deutschland eingesetzten Truppen- un sonstigen Einheiten einschließlich der verschiedenen Militärregierungen auf alle Ebenen, also von der Provinzial- bzw. Länderebene über die Regierungsbezirkseber bis hinunter auf die Stadtkreis- und Landkreisebene geführt wurden und zu eine Großteil auch noch erhalten sind.[26] Die überlieferten Kriegstagebücher aller militär schen Einheiten sind zusammengefaßt im Bestand WO 171 – insgesamt knap 11.100 Akten aus den Jahren 1943 bis 1946 –; die Kriegstagebücher der medizin schen Einheiten bilden den Bestand WO 177 – nochmals knapp 3.000 Akten. Au meiner Sicht sind dies die beiden absolut wichtigsten Bestände im Public Record O fice für Fragen der Lokalgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Von d deutschen Forschung sind bislang in der Regel, wenn überhaupt, nur die War Diari der Militärregierungseinheiten benutzt worden[27], daneben allenfalls noch die W

[25] Index to the Correspondence of the Foreign Office, 1920–1951. 131 Bde. London 1969-1982 (nur bis einschließlich 19 erschienen). Die unter dem Stichwort 'Germany' aufgeführten Eintragungen für die Jahre 1945 bis 1951 sind aktualisierter und überarbeiteter Form auch in das in Anm. 8 genannte Sachinventar übernommen worden (Bd. 11, S. 232).

[26] Eine große Zahl dieser War Diaries sowie weiterer Akten aus den Beständen des War Office, des Foreign Office weiterer britischer Ministerien, die nicht vom Sachinventar erfaßt worden sind, sind jetzt vom Zentralnachweis Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen (ZNW) bei Landeszentrale für politische Bildung in Hannover erschlossen worden. Siehe dazu u.a. Rolf KELLER: Quellen britischen Sammlungen und Archiven beim Zentralnachweis zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–19 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen (ZNW), in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung Norddeutschland 3, 1997, S. 120-127.

[27] Einer der ersten Historiker, der die Kriegstagebücher der Militärregierungen für eine regionalgeschichtliche Untersuch benutzt hat, war Ullrich SCHNEIDER, Britische Besatzungspolitik 1945. Besatzungsmacht, deutsche Exekutive und Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, dargestellt am Beispiel des späteren Landes Niedersachsen von April Oktober 1945, Diss. Hannover 1980; siehe auch Ullrich SCHNEIDER, Niedersachsen unter britischer Besatzung 19 Besatzungsmacht, deutsche Verwaltung und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Niedersächsisches Jahrb für Landesgeschichte 54 (1982), S. 251-319.

Diaries der Displaced Persons Assembly Centre Staffs (DPACS). Fast noch wichtiger von ihrer Informationsdichte und Informationsqualität sind aber die War Diaries der kämpfenden Truppeneinheiten, die Deutschland tatsächlich besetzt haben, als erstes vor Ort waren und häufig umfangreiche Unterlagen zusammengestellt haben. So sind zum Beispiel wesentliche Informationen zur Besetzung Salzgitters und der ersten Tage danach im War Diary des 73. Anti-Tank Regiments überliefert[28], nicht jedoch im Kriegstagebuch des Military Government Detachments, das erst Ende Mai/Anfang Juni seine Arbeit in diesem Raum aufnahm[29]. Die Schwierigkeit für die Lokalhistoriker besteht darin, daß die Findmittel des PRO in der Regel nicht mehr als die Art und die Kenn-Nummer der jeweiligen Einheit angeben. Um die für den jeweiligen Ort relevanten Akten zu finden, muß man genau wissen, welche britischen Einheiten zu welcher Zeit unter welcher Bezeichnung in diesem Gebiet eingesetzt waren.

Die War Diaries wurden in der Regel bis in den Herbst/Winter 1945 geführt, in einzelnen Fällen sogar bis zum Frühjahr oder Sommer 1946. Sie enthalten neben den Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftsrollen militärisch knappe, stichwortartige Eintragungen von Tag zu Tag (das eigentliche Kriegstagebuch) sowie in vielen Fällen (unterschiedlich umfangreiche) Anlagen, wie Wochen- und Monatsberichte, Sondererhebungen, Befragungen von ehemaligen deutschen Amtsträgern und ähnliches mehr. Sie geben deshalb nicht nur die militärischen Aktionen und den inneren Aufbau der jeweiligen Einheit wieder, sondern dokumentieren auch in unterschiedlicher Dichte das deutsche öffentliche Leben und die Lebensumstände im jeweiligen Stationierungs- bzw. Zuständigkeitsbereich. So enthalten die War Diaries unter anderem oftmals ausführliche Berichte über die von britischen Truppen befreiten Konzentrationslager, Kriegsgefangenenlager und Zwangsarbeiterlager, listen die Einlagen bei Banken und Sparkassen beim Zeitpunkt der Besetzung auf und dokumentieren den Stand der öffentlichen Kassen. In vielen Fällen geben die Kriegstagebücher außerdem eine detaillierte Chronologie, die bereits für sich genommen eine wichtige Quelle darstellt, da sich häufig genug anhand der deutschen Akten eine eindeutige Festlegung bestimmter Ereignisse nicht vornehmen läßt. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Qualität dieser Berichte höchst unterschiedlich sein kann. Während viele Informationen ausgesprochen präzise und offensichtlich gut recherchiert sind bzw. von gut unterrichteten Kreisen stammen, sind manche Berichte auch äußerst nachlässig zusammengestellt und in manchen Einzelangaben schlichtweg falsch. Insbesondere die Schreibung von Eigennamen geht häufig munter durcheinander, und auch die Vornamen derselben Person wechseln gelegentlich von einem Bericht zum nächsten. Weitere (nunmehr vierteljährliche) Berichte der kämpfenden Truppeneinheiten (nicht jedoch der Militärregierungseinheiten) sind im Bestand WO

[28] PRO: WO 171/4776.

[29] PRO: WO 171/8089.

267 zusammengefaßt, der insgesamt 636 Akten umfaßt. Diese vierteljährliche 'Historical Reports' ersetzten 1946 die bis dahin geführten War Diaries, sind ab durchweg weitaus weniger aussagekräftig als die Kriegstagebücher und beschreibe häufig nur Einheiten-Interna.

Weiterhin wichtig für Fragen der niedersächsischen Lokalgeschichte ist der Bestar der 21 Army Group (WO 205), der u.a. rund 200 Akten zum Besetzung Nordwes deutschlands und der allerersten Besatzungszeit umfaßt, darunter Unterlagen z Einnahme Emdens[30] und Wilhelmhavens[31] sowie zur Befreiung von Konzentration und Kriegsgefangenenlagern. Berichtsserien und sonstige Unterlagen zu den währer des Krieges in Deutschland eingerichteten Kriegsgefangenen- und Internierungsl gern sind im übrigen in verschiedenen Beständen des War Office (WO 224, WO 22 WO 208), aber auch in einem Bestand des Foreign Office (FO 916) zusammengefa – auch dies sind natürlich wichtige Informationen zur niedersächsischen Lokalg schichte. Die Bestände des Military Headquarters SHAEF (WO 219) und des Dire torate of Civil Affairs (WO 220) – letztere Behörde war, wie bereits erwähnt, im Ju 1943 vom War Office eigens eingerichtet worden, um die Form der Kontrolle u Verwaltung der besetzten Gebiete zu planen – enthalten ebenfalls einige Informati nen mit lokalem Bezug, aber die meisten der hier behandelten Fragen sind weit obe halb der Ortsebene angesiedelt, so daß sie für Fragen der niedersächsischen Lokalg schichte nicht sehr ergiebig sind.

Auch bei anderen mit der Kriegsführung gegen Deutschland befaßten Ministeri und Institutionen sind Materialien zur niedersächsischen Lokalgeschichte überliefe So enthält ein Bestand der Admiralität (Admiralty) u.a. Unterlagen zu den norddeu schen Häfen und zur Minenräumung in der Nordsee, der Elbe und der Weser,[32] u in den Beständen des Luftfahrtministeriums (Air Ministry) befinden sich neben Lu bildaufnahmen von über 200 in Deutschland und den Niederlanden eingerichtet Kriegsgefangenenlagern, von Eisenbahnlinien und Eisenbahnknotenpunkten sow von Feldflughäfen (AIR 40) auch umfangreiche schriftliche Unterlagen über die E gebnisse der Luftaufklärung über Deutschland (AIR 48) mit Informationen zu b deutenden niedersächsischen Industrieunternehmen wie z.B. Büssing[33], Hanomag oder den Volkswagenwerken[35].

Schließlich finden sich auch im überlieferten Schriftgut all derjenigen Ministerien, deren Zuständigkeitsbereich bestimmte Sachfragen der Besatzungspolitik Deutschland fielen, Unterlagen zur niedersächsischen Lokalgeschichte, denn die

[30] PRO: WO 205/700 – 702.

[31] PRO: WO 205/703.

[32] PRO: ADM 232/20 und 44.

[33] PRO: AIR 48/78.

[34] PRO: AIR 48/138.

[35] PRO: AIR 48/199.

Ministerien entsandten häufig eigene Delegationen in die britische Zone, um sich einen Eindruck von den dortigen Verhältnissen zu verschaffen, und sie wirkten auch indirekt, d.h. über das Foreign Office als Aufsichtsbehörde der Control Commission, auf die Besatzungspolitik ein. Dies trifft vor allem für die Bestände der Treasury (T), dem britischen Finanzministerium, zu – aber auch für das Cabinet Office (CAB), das Prime Minister's Office (PREM), den Treasury Solicitor (TS), das Board of Trade (BT), das Ministry of Supply (MS) und das Ministry of Labour (ML). In den meisten Fällen wird in diesen Beständen allerdings eher die 'große' Politik dokumentiert, so daß Unterlagen für Fragen der niedersächsischen Lokalgeschichte nur verhältnismäßig verstreut sind und es vergleichsweise aufwendig ist, diese herauszufinden.

Das Imperial War Museum

Das Public Record Office ist ohne Frage die wichtigste britische Archivquelle für die niedersächsische Lokalgeschichte, aber es ist mitnichten die einzige. Insbesondere die verschiedenen Abteilungen des Londoner Imperial War Museum (IWM) verwahren weitere wichtige und zentrale Unterlagen zu diesem Themenbereich. Das IWM wurde 1917 eingerichtet und dient seitdem der Sammlung von Materialien aller Art nicht-staatlicher Provenienz, die die beiden Weltkriege und alle anderen militärischen Konflikte dokumentieren, in die Großbritannien und der britische Commonwealth seit 1914 involviert waren.

Das *Department of Documents* des IWM verwahrt innerhalb der Bestandsgruppen 'British Private Papers' bzw. 'Miscellaneous Collection' etwa 300 private Sammlungen bzw. Nachlässe, in denen die Situation in Deutschland während bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert wird. Hierbei handelt es sich in der Regel um persönliche Aufzeichnungen, Tagebücher, Briefe und ähnliches Schriftgut von britischen Soldaten oder anderen Angehörigen der britischen Streitkräfte bzw. Besatzungsbehörden, darunter auch Ärzte, Medizinstudenten und Krankenpflegepersonal, die im Zuge der Besetzung nach Deutschland kamen, hier eine Zeitlang Dienst taten und ihre Eindrücke und Erfahrungen entweder direkt niederschrieben oder aber später über sie in einem persönlichen Rückblick auf die Kriegs- und Nachkriegsjahre berichteten; einige Sammlungen/Nachlässe stammen auch von nach Großbritannien emigrierten Deutschen oder von befreiten KZ-Häftlingen. Eine ganze Reihe dieser Aufzeichnungen stellt eine wesentliche Ergänzung zu den im Public Record Office überlieferten staatlichen Materialien dar. So gibt es hier zum Beispiel einen Bericht von Major A J Forrest über seine Zeit als Soldat in der britischen Armee 1944-45, die ihn unter anderem nach Bergen-Belsen und nach Hannover brachte,[36] Aufzeichnun-

[36] Scenes from a Gunner's War. A Battery Commander's Experiences 1944-45. IWM, Dep. of Docs.: British Private Papers, Forrest, Major A J (91/13/1). Siehe dazu auch Rainer SCHULZE, „Nur das kleinste Rädchen in einem großen Getriebe." Berichte britischer Soldaten und Zivilangehöriger aus dem Landkreis Celle 1945, in: Celler Chronik 6 (1994), S. 162 und S. 171f.

gen von Major G N Giddings, der nach 1945 mit einer Einheit der Royal Electri and Mechanical Engineers (REME) in Neustadt, Stolzenau und Nienburg stationi war,[37] einen Bericht über die Tätigkeit des Military Government Detachment N 225, das zunächst in Leer und später in Aschendorf eingesetzt war,[38] oder d Nachlaß von Captain R. Barer mit seinen persönlichen Aufzeichnungen und weite Unterlagen zur Befreiung des Lagers Sandbostel.[39] Ebenfalls hier findet sich die Hall Williams Collection, die den Einsatz der Quäkergruppe Friends Relief Te 100 im befreiten Konzentrationslager Bergen-Belsen im April/Mai 1945 sowie verschiedenen DP-Lagern in Celle, Sulingen, Diepholz, Lingen und in Braunschw dokumentiert.[40]

Das *Photograph Archive* (früher Department of Photographs) des IWM verfügt ü umfangreiche Sammlungen von Photos, die von den britischen (und kanadisch Truppen bei ihrem Vormarsch nach Deutschland aufgenommen wurden.[41] Unter derem befindet sich hier eine Serie von 22 Photos, die einen typischen Tag im Le der Hausfrau Elli Voloking aus Hannover dokumentiert, die in den letzten Kriegs gen noch ausgebombt worden war und mit ihrem Mann, einem Kriegsinvaliden, u zwei kleinen Kindern in einer Notunterkunft untergekommen war.[42] Ergänzt werd diese Sammlungen durch Photos aus nicht-militärischer Provenienz, die ebenfa zahlreiche Aufnahmen vom Beginn der Besatzungszeit in Nordwestdeutschland u fassen.[43] Die Photosammlungen sind durch einen übergreifenden Ortsindex erschl sen und sind bereits umfassend von der deutschen Forschung benutzt worden, so d an dieser Stelle auf weitere Ausführungen verzichtet werden kann.

Bei dem größten Teil des im *Department of Film* des IWM überlieferten nic edierten Filmmaterials der britischen Armee und der Royal Air Force zum Zwei Weltkrieg in Europa handelt es sich um 'operational footage', d.h. es dokumentier erster Linie den Vormarsch der britischen Truppen und die Luftangriffe auf deuts Ziele sowie später Siegesparaden und Truppenbesuche hochrangiger Militärs u Politiker.[44] Darunter finden sich allerdings auch Filmaufnahmen zur Befreiung v Konzentrationslagern und Kriegsgefangenenlagern in Norddeutschland, so zum B spiel zu Belsen, Sandbostel und Westertimke, oder von befreiten Zwangsarbeite

---

[37] Memoir. IWM, Dep. of Docs.: British Private Papers, Giddings, Major G N (93/4/1).

[38] Narrative on the work of 225 Mil Gov Det. IWM, Dep. of Docs.: Miscellaneous 2480 (Misc. 161, Item 2480).

[39] IWM, Dep. of Docs.: British Private Papers, Barer, Captain R.

[40] IWM, Dep. of Docs.: British Private Papers, Hall Williams, Professor E (93/27/1). Siehe dazu auch Eryl H WILLIAMS, A Page of History in Relief. London – Antwerp – Belsen – Brunswick, 1944 to 1946, York 1993, s Schulze, Berichte britischer Soldaten (wie Anm. 36), S. 166ff.

[41] IWM, PhotoArchive: B, BU, C, CI, CL Series (Photos brit. und kan. Truppen); GER (Photos amerik. Truppen – r Kopien).

[42] IWM, PhotoArchive: BU 9899 – 9920

[43] IWM, PhotoArchive: HU-Series und MH-Series.

[44] IWM, Dep. of Film: A 700 (Campaign in N.W. Europe, June 1944-45-46); ACB, CBS, OPF, OPE, OPS, OPT, OPZ (RAF Series – Second World War).

etwa in Hannover und Papenburg, Aufnahmen von Bombenschäden, u.a. in Bremen, Braunschweig und Hannover, oder Aufnahmen einer Fabrik bei Bomlitz, die völlig unbeschädigt von britischen Truppen eingenommen worden war. Das gesamte Filmmaterial ist durch Ortsindices erschlossen.

Im *Department of Sound Records* des IWM finden sich in der Sammlung 'Retrospective Oral History Interviews' Tonaufnahmen von Gesprächen mit Zeitzeugen, die in den letzten zwanzig Jahren im Rahmen des Oral-History-Programms des IWM geführt worden sind. Darunter sind auch Gespräche mit britischen Soldaten und Zivilisten, die während der Besatzungszeit in Niedersachsen eingesetzt waren, sowie mit befreiten Konzentrationslagerhäftlingen. Von vielen Tonaufnahmen liegen auch Transkriptionen vor, und eine Reihe der hier Interviewten haben ihre persönlichen Papiere und Aufzeichnungen an das Department of Documents abgegeben. Alle Tonaufnahmen sind nach Stichworten and Orten indiziert, so daß auch hier ein relativ schneller Zugriff auf relevantes Material möglich ist.

Weitere Archive in Großbritannien

Schließlich gibt es noch einige Spezial-Archive, die in Deutschland vielleicht nicht so bekannt sind, die aber ebenfalls über wichtige Unterlagen verfügen, die die bisher genannten Überlieferungen in vielen Fällen ganz wesentlich ergänzen.

Da ist zum einen das ***Contemporary Medical Archives Centre*** (CMAC) im Wellcome Institute for the History of Medicine, das unter anderem die sogenannte 'Royal Army Medical Corps Muniment Collection' (RAMC) verwahrt, eine Sammlung von Berichten, Tagebuchaufzeichnungen, persönlichen Erinnerungen, Photos und anderen Archivstücken, von denen sich eine ganze Zahl auch auf die Besetzung Nordwestdeutschlands und die Zeit der Tätigkeit dieser Einheiten in diesem Raum beziehen. Darunter befinden sich die von Brigadier Hugh Glyn-Hughes nachgelassenen Unterlagen, die unter anderem persönliche Photos vom britischen Vormarsch nach Nordwestdeutschland sowie Materialien zur Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen enthalten[45], sowie die Papiere von Major General R. D. Cameron zur Befreiung des Lagers Sandbostel[46].

Das ***Liddell Hart Centre for Military Archives*** verwahrt rund 500 Nachlässe hochrangiger britischer Militärs sowie Verteidigungs- und Waffenexperten aus diesem Jahrhundert. Darunter befinden sich auch einige Nachlässe von Offizieren, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Nordwestdeutschland kamen, wie zum Major Benjamin George Barnett, dessen Nachlaß umfangreiche Unterlagen zur Be-

[45] CMAC: RAMC 1218.
[46] CMAC: RAMC 1184.

freiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen sowie einiges Material zur Be
zung Lüneburgs enthält.

Die Bibliothek des ***National Army Museum*** verwahrt Unterlagen zur Geschi
einzelner britischer Regimenter, die für die Lokalgeschichte dann wichtig wer
können, wenn es zum Beispiel darum geht herauszufinden, welche Personen in
jeweiligen Kreis-Militärregierung oder anderen Truppeneinheiten tätig waren
ihre Regimentszugehörigkeit bekannt ist. Das National Army Museum kann a
Auskunft darüber geben, welche Regimenter eigene Archive führen. Wie schwi
es allerdings es ist, genaue Informationen auf diesem Wege herauszufinden, w
vor einigen Jahren deutlich, als es darum ging, nähere Angaben zu Mitgliedern
Kreis-Militärregierung in Oldenburg herauszufinden, von denen nur der Name
kannt war – trotz aufwendiger Suchaktion war das Ergebnis am Ende negativ.

Das ***Luftphoto-Archiv*** der Geographischen Abteilung der ***University of Keele***
Birmingham) ist in Deutschland bereits gut bekannt – trotzdem soll es der Volls
digkeit halber zumindest kurz erwähnt werden. Hier werden u.a. Photos verwahrt
bei Luftaufklärungsflügen über Deutschland entstanden sind. Eine ganze Reihe
ihnen dokumentiert auch Kriegsgefangenen- und andere Internierungslager in
dersachsen. Weitere Luftbilder befinden sich, wie bereits erwähnt, in verschied
Beständen des Public Record Office.

Zum Abschluß soll der Begriff 'Militärverwaltung in Deutschland' nun noch
weit gefaßt und nicht nur auf britisches Schriftgut, sondern auch auf polnische
terlagen aus der Besatzungszeit in Niedersachsen hingewiesen werden, da polni
Einheiten ebenfalls an der Besetzung und späteren Kontrolle Nordwestdeutschl
beteiligt waren. Unterlagen dazu befinden in zwei Archiven in London, die vor
deutschen Forschung bislang so gut wie übersehen worden sind.

Das Archiv des ***Polish Institute and Sikorski Museum*** verwahrt umfangreiche M
rialien, die von den nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland st
nierten polnischen Einheiten bzw. in Deutschland eingerichteten polnischen Mi
nen produziert bzw. gesammelt worden sind. Insbesondere die Bestände der '
Armoured Division' (A. V.) und sowie verschiedene Teilbestände aus dem Bes
der Obersten Militär- und Verteidigungsbehörden, v.a. des Directorate for Polish
fairs on the Continent (A. XII. 47), des Chef der Verbindungsoffiziere – London
tion (A. XII. 53) und der Polish Section B.A.O.R. (A. XII. 81), bergen für die nie
sächsische Lokalgeschichte zahllose bislang noch ungehobene Schätze. Außer
gibt es einen Bestand von rund 400 Schulakten aus dem sogenannten 2. (polnisc
Schuldistrikt Hannover, in denen sämtliche Schüler, ihre Noten, ihre Stundenp
usw. aufgelistet werden (A. 24.). Auch von den polnischen Truppen sind Kriegs
bücher überliefert (Bestandsgruppe C.). Natürlich lag das Hauptaugenmerk der p
schen Truppen auf dem Schicksal ihrer Landsleute in Deutschland, so daß ein gr
Teil der Informationen sich auf Lebenssituation und Arbeitsbedingungen der p

schen Displaced Persons (DPs) in Deutschland beziehen, mit detaillierten Informationen über DP-Lager, Schulen, Wiederbeginn des polnischen kulturellen Lebens und vieles andere mehr. Daneben finden sich hier aber auch zahlreiche allgemeinere Informationen zu den von polnischen Truppen besetzten und verwalteten Gebieten Nordwestdeutschlands. Ein Bestand von fünf Akten bezieht sich auf die Stadt Maczków / Haren (KOL. 131).

Darüber hinaus gibt es im Sokorski Museum noch eine Photoabteilung mit zahllosen Photos von polnischen Photoeinheiten zur Besetzung Nordwestdeutschland (Sammlung „N") und zur polnischen Besatzung zum Beispiel in Meppen, Maczków (Haren) und Lingen sowie von den Lagern Oberlangen und Unterlangen (Sammlung „5 KDP IV").

Daneben befindet sich in London auch noch der ***Polish Underground Movement (1933–1945) Study Trust***, der Unterlagen zur polnischen Untergrundbewegung während der Kriegsjahre einschließlich Unterlagen zu polnischen Kriegsgefangenen und anderen polnischen Internierten in deutschen Lagern verwahrt.

Das Problem mit diesen Unterlagen ist natürlich, daß sie sämtlichst in polnischer Sprache abgefaßt sind und nur wenige Lokal- und Regionalhistoriker diese Sprache beherrschen. Es bedarf deshalb noch umfangreicher und gezielter Erschließungsarbeiten, damit diese Materialien von der niedersächsischen Lokalgeschichtsforschung besser genutzt werden können, und es ist zu begrüßen, daß der Zentralnachweis zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen (ZNW) einen ersten Anfang gemacht hat, die Zugangsmöglichkeiten zumindest zu Teilbereichen dieser Bestände zu verbessern und damit eine gewisse Orientierung über das vorhandene Material zu ermöglichen.[47]

Bewertung der britischen Materialien

Die britischen Quellen zur Besatzungszeit in Deutschland enthalten eine Fülle von Informationen für die niedersächsische Lokalgeschichte, die nur hier überliefert sind bzw. in dieser Form über die Akten deutscher Provenienz nicht erschließbar sind. Insbesondere für viele Fragen zu den ersten Wochen und Monaten nach der Besetzung, für die Akten der deutschen Behörden nur sehr bruchstückhaft überliefert oder nur wenig aussagekräftig sind, stellen die britischen Unterlagen häufig die einzige Quelle dar, die den Historikern zur Verfügung steht. Bei der Entscheidung über Aufbewahrung oder Vernichtung der Akten sind allerdings keinerlei deutsche Gesichtspunkte eingeflossen, sondern waren lediglich britische Überlegungen ausschlaggebend, wenn nicht ohnehin schon durch eigenmächtiges Handeln der britischen Militärbehörden in Deutschland wichtige Vorentscheidungen gefallen waren. Dies hat

[47] Zum ZNW vgl. Anm. 26.

dazu geführt, daß viele der genannten Bestände, insbesondere die staatlichen A
im Public Record Office, Materalien enthalten, die nach deutschen archivis
Wertvorstellungen Kassanda sind, und andere Materialien, die für deutsche
schungszwecke und insbesondere für die Lokalgeschichte wahrscheinlich einer
hen Quellenwert gehabt hätten, kassiert worden sind. Insbesondere bei den Akten
auf Kreis- und Regierungsbezirksebene produziert worden waren, ist häufig be
ders großzügig vernichtet worden, weil diese lokalen und regionalen Betreffe
britischer Sicht Details darstellten, die für sie nur geringe Bedeutung hatten. W
rend auf zentraler Ebene die Überlieferungslage vergleichsweise gut ist, gilt die
die regionale und noch mehr für die lokale Ebene leider nicht in gleichem Maße.

Die britischen (und polnischen) Materialien bilden allerdings nicht nur eine rein
gänzungs- oder Ersatzüberlieferung. Sie haben daneben noch eine weitere, eine a
re Qualität, denn sie geben eine andere, eine zusätzliche Perspektive auf die B
zungszeit: Sie dokumentieren die britische (bzw. polnische) Perspektive der
schehnisse, die Perspektive der Besatzer. Dies mag wie eine Binsenwahrheit kli
und ist es sicherlich auch, hat aber Konsequenzen, die häufig nicht mitbedacht
den.

In diesen Unterlagen werden die Probleme nach Kriterien gewichtet, die nicht u
dingt immer der deutschen Sichtweise entsprechen. Vielfach verhalten sich
beiden Perspektiven geradezu umgekehrt proportional: Während in den britis
Berichten und Sachakten zum Beispiel ein erhebliches Augenmerk auf alle Fr
gelegt wird, die mit den Displaced Persons zusammenhängen, die als Opfer der
onalsozialistischen Gewaltherrschaft zumindest in den ersten Wochen der Beset
zu ihren besonderen Schutzbefohlenen gehörten, findet das Problem der deuts
Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostdeutschland und aus Ost- und Südostei
anfangs vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit – dieses Problem galt aus
scher Sicht als primär deutsche Angelegenheit. Diese Frage bekam erst mit dem
setzen der organisierten Zwangsausweisung der Deutschen aus den in das neue
inkorporierten Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches im Rahmen der 'O
tion Schwalbe' im Laufe des Jahres 1946 ein größeres Gewicht, und die Ankun
Flüchtlinge und Vertriebenen wurde, ganz anders als in den deutschen Akten
nächst stark unter dem Aspekt eines potentiellen Unruheherdes gesehen.

Für die niedersächsische Lokal- und Regionalgeschichte ergibt sich daraus die
gabe, bisherige Erkenntnisse unter Berücksichtigung der britischen Perspe
nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls auch neue Gewichtigungen und Be
tungen vorzunehmen. Manche Vorkommnisse auf lokaler Ebene werden erst
Einschluß des britischen Blickwinkels unter Umständen richtig verstehbar, be
men überhaupt erst eine innere Logik, und die Frage nach dem Warum bestim
Prozesse und Entscheidungen, die nach deutscher Aktenlage oftmals offenbl
mußte, erhält häufig eine neue Dimension. Andere Vorkommnisse, die sich i

deutschen Akten kaum oder gar nicht widerspiegeln, können jetzt ebenfalls miteinbezogen und vor der Vergessenheit bewahrt werden.

In vielen Fällen machen die britischen Unterlagen eine umfassendere und facettenreichere Rekonstruktion der Vergangenheit möglich, und dies gilt speziell auch für die niedersächsische Lokalgeschichte. Die britischen Unterlagen bieten der niedersächsischen Lokalgeschichte die Chance, den Abschnitt der Besatzungszeit durch eine zusätzliche Perspektive zu erhellen, ihn auch durch die britische Brille zu sehen, und ist es zu hoffen, daß sie mit zunehmender systematischer Erschließung auch tatsächlich mehr als bislang von der historischen Forschung genutzt werden. Lokal- und Regionalhistoriker bleiben aufgerufen, sich diese Chance nicht entgehen zu lassen.

Anschriften der in diesem Beitrag genannten Archive:

(Telefonnummern jeweils von Deutschland aus)

Public Record Office

Ruskin Avenue
Kew, Richmond
Surrey
TW9 4DU
Tel.: 0044 – 20 – 8876 3444

Website: www.pro.gov.uk

Imperial War Museum

Lambeth Road
London
SE1 6HZ
Tel.: 0044 – 20 – 7416 5000

Website: www.iwm.org.uk

Contemporary Medical Archives Centre
The Wellcome Institute for the History of Medicine
183 Euston Road
London
NW1 2BE
Tel.: 0044 – 20 – 7611 8888

Website:
www.wellcome.ac.uk/en/old/HOMlibCOLspeCMC.html

Liddell Hart Centre for Military Archives

King's College London

Strand
London
WC2R 2LS
Tel.: 0044 – 20 – 7873 2015/2187

Website: www.kcl.ac.uk/lhcma

National Army Museum

Royal Hospital Road
Chelsea
London
SW3 4HA
Tel.: 0044 – 20 – 7730 0717

Website: www.national-army-museum.ac.uk

Air Photo Library
School of Earth Sciences and Geography
University of Keele
Keele
Staffordshire
ST5 5BG
Tel.: 0044 – 1782 – 583395

Website: www.keele.ac.uk

The Polish Institute and Sikorski Museum

20 Prince's Gate
London
SW7 1PT
Tel.: 0044 – 20 – 7589 9249

The Polish Underground Movement (1933-1945) Study Trust

11 Leopold Road
London
W5 3PB
Tel.: 0044 – 20 – 8992 6057

Zentralnachweis zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933–1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen (ZNW)

Landeszentrale für politische Bildung
Hohenzollernstraße 46
30161 Hannover
Tel.: 0511 – 3901 245

BRIGITTA NIMZ

AUSBILDUNGSBERUF FACHANGESTELLTE/R FÜR MEDIEN- UND INFORMATIONSDIENSTE: EIN NEUER LEHRBERUF IN DEUTSCHLAND

1. Rückblick zur Berufsausbildung von Archivaren, Bibliothekaren und Dokumentaren

Stellen wir uns zunächst die Frage nach den Grundlagen der Berufsausbildung in Archiven, Bibliotheken, Informations- und Dokumentationseinrichtungen und Bildagenturen. Die Voraussetzungen in den einzelnen Berufssparten sind recht unterschiedlich. Während die Ausbildung von Bibliotheksassistenten als staatlich anerkannter Ausbildungsberuf eine lange Tradition hat (wobei zu bemerken ist, daß die Ausbildungsordnung von 1975 als veraltet gelten kann und dringend eine Über-arbeitung erforderlich machte), können die übrigen Informationsberufe, mit wenigen Ausnahmen, nicht auf eine erfolgreiche Berufsausbildung zurückblicken. An dieser Stelle möchte ich in recht knapper Form eine Rückschau halten:

1.1 Die Archivassistentenausbildung in der DDR

In der DDR gab es seit 1962 den Facharbeiterberuf „Archivassistent" zum einen als Ausbildungsgang für Oberschulabsolventen und zum anderen auch als Möglichkeit der Erwachsenenqualifizierung. Der archivtheoretische Teil der zweijährigen Ausbildung wurde in jeweils dreiwöchigen Lehrgängen an der zentralen Berufsschule in Potsdam absolviert, der archivpraktische Teil fiel den Ausbildungsarchiven zu. 1992 lief diese Ausbildung in Potsdam jedoch leider aus.

1.2 Die Ausbildung von Archivaren des mittleren Dienstes in Bayern

An der Bayerischen Archivschule werden seit 1973 verwaltungsintern Archivare des mittleren Dienstes archivtheoretisch ausgebildet. In einem zweijährigen Ausbildungsgang werden die Archivare vorwiegend für den Einsatz an staatlichen, kommunalen, kirchlichen und privaten Archiven Bayerns vorbereitet. Die archivtheoretischen Kenntnisse werden praxisbegleitend – in der Regel an einem Tag pro Woche – sowie in Form eines Einführungs- und Abschlußlehrganges vermittelt.

1.3 Die Ausbildung von Archivassistenten in Thüringen

Seit 1993 werden an der Thüringischen Bibliotheksschule Sondershausen als berufsbildende Schule für Buch- und Bibliothekswesen Archivassistenten ausgebildet. Jedoch scheint hier die Professionalität und damit auch die Frage der Anerkennung des beruflichen Abschlusses für den mittleren Dienst noch nicht abschließend geklärt.

1.4 Die Berufsausbildung im Informations- und Dokumentationsbereich sowie i Bildagenturen

In den Einrichtungen des Informations- und Dokumentationswesens sowie in den agenturen werden die Assistenten berufspraktisch in unterschiedlichen Unterne ausgebildet. Außer in Thüringen gibt es hier keine Berufsfachschulausbildung.

Nach dieser knappen Rückschau wird deutlich, daß in allen Berufssparten Handl bedarf besteht. Bei den Bibliothekaren ist es die Überarbeitung und Modernisieru Ausbildungsordnung, und bei den Archivaren und Dokumentaren ist es die Reg der berufsfachlichen Ausbildung an sich.

Das positive Ergebnis der langjährigen Bemühungen um einen modernen und in tiven Ausbildungsberuf in den Archiven, Bibliotheken, Informations- und Dokun tionseinrichtungen sowie den Bildagenturen ist der Ausbildungsberuf des Fach stellten für Medien- und Informationsdienste, den ich hier vorstellen möchte.

2. Ausbildungsberuf Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste

2.1 Entstehungsgeschichte

Mit zunehmender „Informatisierung" unserer Gesellschaft werden die Grenzen schen Archiven, Bibliotheken, Dokumentationseinrichtungen und Bildagenturen i durchlässiger. Es ergeben sich immer mehr Überschneidungen und Kooperations che. Sei es die Erschließung moderner Informationsträger, die Nutzung des Int Marketing und Management oder Fragen der Restaurierung und Konservierung. nie hat es geschadet, bewährte Arbeitsmethoden aufzugreifen oder anderes kritis hinterfragen.

Es gibt genügend Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten im ABD-Bereich, di veranlassen, eine gemeinsame Grundausbildung mit anschließender Spezifizi aufzubauen (wie das Potsdamer Modell).

Enormer Handlungsbedarf bestand nun, nach der Einrichtung eines integrierte dienganges an der Fachhochschule Potsdam, in der Regelung der Berufsausbild und das nicht nur im Archivwesen. Hier jedoch gilt es, die Lücke zwischen archi tischer und archivtheoretischer Ausbildung zu schließen und auch für die einfa archivischen Tätigkeiten fachlich versiertes Personal heranzubilden.

Es reicht eben nicht mehr aus, ungelernte Kräfte einzustellen und im Archiv quas zulernen". Archive sind nicht mehr nur das „Gedächtnis der Menschheit", si (bzw. sollten) auch moderne Informationsdienstleister (sein). Um diesem An gerecht zu werden, ist es ebenso erforderlich, über den eigenen „Tellerrand" zu en und sich die Erkenntnisse der benachbarten Professionen zu eigen zu machen.

Im Folgenden möchte ich die „Entstehungsgeschichte" des Ausbildungsberuf Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste umreißen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung, beauftragt vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, stieß 1994 in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für angewandte Sozialforschung (AgaS) eine Untersuchung der Erfordernisse der beruflichen Fachausbildung im ABD-Bereich an, deren Ergebnisse ihren Niederschlag im Dezember 1996 im Abschlußbericht zum Vorhaben 3.0090 „Berufsausbildung in Archiven, Bibliotheken, Informations- und Dokumentationsstellen sowie Bildagenturen (ABD-Bereich)" fanden.

In Form eines Fachbeirates konnten Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Berufs- und Fachverbände des ABD-Bereichs und eine Beauftragte der Kultusministerkonferenz (KMK) an der Untersuchung mitwirken.

Als Ergebnis stand die Erarbeitung von Tätigkeitsprofilen der Angestellten auf der mittleren Beschäftigungsebene in Archiven, Bibliotheken, Information- und Dokumentationsstellen, Bildagenturen und Medizinischen Dokumentationseinrichtungen. Die Profile wurden miteinander verglichen und eine entsprechende Berufskonzeption entwickelt.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung erarbeitete nun in Zusammenarbeit mit Vertretern der Arbeitgeberseite sowie der Gewerkschaften und den Fachverbänden im ABD-Bereich die Ausbildungsordnung. Mit Inkrafttreten der Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, die vom Bundesminister für Wirtschaft und dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie am 3. Juni 1998 erlassen wurde,[1] kann seit dem 1. August 1998 der staatlich anerkannte Ausbildungsberuf erlernt werden. Er ist Ausbildungsberuf des öffentlichen Dienstes und der gewerblichen Wirtschaft.

2.1 Ausbildung / Berufsbild / Einsatzmöglichkeiten

2.1.1 Ausbildung in der Fachrichtung Archiv

Auf der Grundlage des Ausbildungsrahmenplanes und des Rahmenlehrplanes für die Berufsschulen wurde in einer Arbeitsgruppe bei der Bezirksregierung Köln ein Musterausbildungsplan als Handreichung für die Archive in Nordrhein-Westfalen erstellt. Der betriebliche Ausbildungsplan ist Bestandteil des Ausbildungsvertrages und regelt die sachliche und zeitliche Aufteilung der Ausbildung.

Die Eignungsfeststellung des Ausbildungsbetriebes nach dem Berufsbildungsgesetz erfolgt durch den Berufsbildungsausschuß der zuständigen Stelle. Eine Eignung liegt vor, wenn der mit der Ausbildung beauftragte Mitarbeiter die fachliche Eignung und die Ausbildungseignung nach der „Ausbildungseignungsverordnung Öffentlicher Dienst" besitzt. Die zuständige Stelle für den öffentlichen Bereich in Nordrhein-

[1] Bundesgesetzblatt 1998 Teil I, Nr. 34, S. 1257.

Westfalen ist die Bezirksregierung Köln, für den gewerblichen Bereich sind die
mern zuständig.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung in Zusammenarbeit mit Sachverständig
Arbeitgeberorganisationen und Arbeitnehmerorganisationen hat Erläuterunge
Praxishilfen zur Ausbildungsordnung erarbeitet, die gerade erschienen sind.[2]

In Bezug auf die archivische Ausbildung sind noch einige Rahmenbedingung
konkretisieren, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen der haupt- oder nebenam
Einsatz von archivfachlich geeigneten Lehrkräften sowie die Form der Vermittlu
archivtheoretischen Stoffes – etwa in Form von Blockunterricht – und die Mögl
der Bildung von Landesfachklassen. Im ersten Lehrjahr sind in Nordrhein-We
fünf Standorte vorgesehen: Düsseldorf, Köln, Essen, Dortmund und Bielefeld, a
zweiten Lehrjahr wird die Zahl vermutlich auf die beiden Standorte Köln und
mund reduziert. Das richtet sich jedoch nach den Ausbildungszahlen in der Fa
tung Archiv.

Während im ersten Lehrjahr vorwiegend die gemeinsamen Fähigkeiten und Ken
vermittelt werden, kommen im zweiten und dritten Lehrjahr die Spezifizierun
den Fachrichtungen auf den Lehrplan. Wobei natürlich angemerkt werden mu
bereits im ersten Lehrjahr die Grundlagen für die Ausbildung in den Fachber
gelegt werden, die im Ausbildungsarchiv betriebsbezogen durchgeführt werde
sen. Insgesamt stehen 480 Stunden auf den Lehrplan, wovon 360 fachbezogen u
übergreifend veranschlagt sind. Der Lehrplan wird in einem Zeitraum von drei
erprobt. Um Verbesserungen oder Änderungen einfließen zu lassen, ist ein enge
takt von Ausbildungsarchiv und Berufsschule wünschenswert. Eine kritische
tung des an der Berufschule vermittelten theoretischen Stoffes durch das je
Ausbildungsarchiv ist somit auch unabdingbar.

Zu den fächerübergreifenden Fähigkeiten und Kenntnissen gehören:

- Der Ausbildungsbetrieb
- Stellung, Rechtsform, Organisation und Aufgaben,
- Berufsbildung, arbeits- und sozialrechtliche Grundlagen,
- Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,
- Umweltschutz,
- Beschaffung, Erschließung und Bereitstellung,
- Kommunikation und Kooperation,
- Arbeitsorganisation und Bürowirtschaft,
- Informations- und Kommunikationssysteme,

[2] Der Titel der Publikation lautet: Fachangestellter, Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste: Erläuter
Praxishilfen. Nürnberg, Verlag Bildung und Wissen 1999 (ISBN 3-8214-7101-8).

- Öffentlichkeitsarbeit und Werbung.

Die Spezialisierung in der Fachrichtung Archiv beinhaltet:

- Übernahme von Schriftgut und anderen Informationsträgern,
- Erschließung,
- Technische Bearbeitung und Aufbewahrung,
- Informationsvermittlung und Benutzungsdienst.

In den anderen Fachrichtungen finden sich hier die entsprechenden Spezifizierungen, die ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen möchte. Die Ausbildung endet mit der Abschlußprüfung, die in einen schriftlichen und einen praktischen Teil gegliedert ist, in der jeweiligen Fachrichtung.

2.1.2 Berufsbild

Wichtig für weiteren Werdegang sind die nach Abschluß der Ausbildung vorhandenen beruflichen Qualifikationen.

Dazu gehören zunächst die

- Gemeinsamen beruflichen Qualifikationen
- Beschaffung und Erwerbung von Medien, Informationen und Daten,
- Erfassung und Erschließung der Informationsträger,
- Sicherung der Medienbestände und sonstigen Informationsträger,
- Einsetzen von Informations- und Kommunikationssystemen,
- Recherchieren in Datenbanken und -netzen,
- Information, Beratung und Betreuung der Kunden und Benutzer,
- Mitwirkung an der Öffentlichkeitsarbeit und am Marketing.

Und letztlich die spezifisch archivischen Qualifikationen, das sind:

II. Fachrichtung Archiv

- Sichtung, Bewertung und Übernahme von Schriftgut und anderen Informationsträgern,
- Durchführung der Kassation,
- Ordnung und Verzeichnung von Schriftgut und anderen Informationsträgern, (Entlastung des gehobenen Dienstes bei der Erschließung moderner Massenakten, Übernahme von Routinearbeiten und vorwiegend archivpraktische Tätigkeiten)
- Gestaltung der Findhilfsmittel,
- Anwenden der Schriftkunde,

- Durchführung der technischen Bearbeitung und Aufbewahrung von Archivgu
- Durchführung der Ausleihe und Überwachung (Benutzerdienst und einfac cherchen),
- Mitwirkung bei Ausstellungen und Veranstaltungen.

Für die anderen Fachrichtungen gestaltet sich der fachspezifische Teil natürli sprechend.

2.1.3 Einsatzmöglichkeiten

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: die Ausbildung zum Fac stellten für Medien- und Informationsdienste befähigt nicht zur selbständigen I kleinerer Kommunalarchive, vielmehr ist dieser Ausbildungsberuf die Schn zwischen archivpraktischer und archivtheoretischer Tätigkeit, das spiegelt sich der vorgesehenen Einstufung nach BAT VII, Anlage 1a, wider. An dieser St auch kurz auf die Archivgesetze des Bundes und der Länder verwiesen.

Im Anschluß an diese Ausbildung kann beispielsweise ein Fachhochschulstud Potsdam aufgenommen werden, bei dem dann nach entsprechenden Eignungste stimmte Module erlassen werden können.

Für den Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste bietet sich eine Palette der Einsatzmöglichkeiten an:

- Im Bereich des Archivwesens alle Sparten im staatlichen und nichtstaatlich reich,
- Im Bibliothekswesen das ganze Spektrum der wissenschaftlichen Bibliothek Öffentlichen Bibliotheken,
- Die Einrichtungen des Informations- und Dokumentationswesens,
- Die Bildagenturen und Landesbildstellen.

WOLFGANG VOGELSANG

DAS STADTARCHIV LEER

Seit Dezember 1988 leite ich das Stadtarchiv Leer und seit gut anderthalb Jahren bin ich auch für die Internetseiten der Stadt Leer verantwortlich. Da das Stadtarchiv dem Amt für Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr zugeteilt war, werde ich zudem seit Jahren für die Planung und Durchführung verschiedener Veranstaltungen eingesetzt. Die Stadt Leer, zur Zeit ca. 34.000 Einwohner, besteht aus der Kernstadt und den Ortsteilen Bingum, Heisfelde, Hohegaste, Leerort, Loga, Logabirum, Nettelburg und Nüttermoor, die alle zwischen 1968 und 1973 eingemeindet wurden. Während der Bestand für die Kernstadt bereits Unterlagen ab 1640 enthält, ist von den ehemaligen Gemeinden nur sehr wenig an Aktenmaterial vorhanden, das zudem meist erst im 19. Jahrhundert beginnt. Ältere Unterlagen sind lediglich von Loga und Bingum vorhanden.

Die ältesten Unterlagen, die auf ein Archiv bzw. eine Registratur schließen lassen, stammen bereits aus dem 19. Jahrhundert. Die ersten Findbücher wurden 1956 von Bediensteten des Staatsarchivs Aurich aufgestellt. Erst seit 1977 wird das Stadtarchiv hauptamtlich betreut und ist für die Öffentlichkeit zugänglich. 1991 wurde die gesamte Altaktei auf Mikrofilm verfilmt und ein Reader-Printer angeschafft. Zu diesem Zweck wurde für zwei Jahre eine AB-Maßnahme durchgeführt, in der die Akten für die Mikroverfilmung vorbereitet wurden. Gleichzeitig wurden dabei alle Archivakten auf Karteikarten erfaßt. Mit dem Archivprogramm GOLIATH sollte dann auch ein neues Findbuch erstellt werden. Es zeigte sich allerdings schnell, daß das Programm nicht den gewünschten Anforderungen entsprach. Seit 1997 wird im Rahmen einer AB-Maßnahme eine Historikerin im Stadtarchiv beschäftigt, welche die Zeit 1933-45 aufarbeitet. Wie diese Arbeit nach Ablauf der Maßnahme fortgeführt werden soll, steht leider noch nicht fest. Seit August 1998 sind, ebenfalls im Rahmen einer AB-Maßnahme, zwei Halbtagskräfte mit der Eingabe der Archivakten und der Archivbibliothek beschäftigt. Für die Archivbestände wurde dafür im vergangenen Jahr das Programm AUGIAS als Mehrplatzversion angeschafft. Für die Archivbibliothek wird ALLEGRO verwendet, da dieses Programm auch von der Stadtbibliothek genutzt wird.

Bis 1984 befanden sich alle Räumlichkeiten des Stadtarchivs im Ratskeller des Rathaus-Altbaus. Seitdem befinden sich das Arbeitszimmer des Archivleiters, der Besucherraum sowie die Archivbibliothek im Erdgeschoß des Rathaus-Altbaus. Das Magazin ist mehrfach im Rathaus-Altbau umgezogen (Erdgeschoß, Dachgeschoß, Keller), um jetzt letztendlich im Keller des Rathaus-Neubaus untergebracht zu sein. Die-

se räumliche Trennung führt zwar des öfteren zu Problemen, für die Archival dadurch aber die bislang beste Unterbringung gewährleistet. Im Magazin s: Bestände der Stadt und der ehemaligen Gemeinden, Lastenausgleichsakten, zv posita sowie die Leeraner Zeitungen seit 1848 untergebracht. Für die weitere sung und auch zur Aktensuche soll dort demnächst ein vernetzter PC aufgeste den. Neben einer Rollregalanlage konnte im vergangenen Jahr auch ein Mik scanner angeschafft werde, der zur Zeit hauptsächlich für die Aufarbeitung d Zeit genutzt wird. Neben der Archivbibliothek befinden sich noch weitere Sar gen in den Räumlichkeiten des Stadtarchivs, so eine Kartensammlung mit run Karten und Zeichnungen, eine umfangreiche Foto- und Dia-Sammlung sowi reiche Video- und Audiokassetten. Von der Archivbibliothek, die rund 5.000 umfaßt, befinden sich ca. 1.000 Bände zur Stadtgeschichte sowie die Ortssip cher/Familienbücher direkt im Besucherraum.

Für die Besucher steht während der Öffnungszeiten ein Besucherraum mit v beitsplätzen sowie dem Reader-Printer zur Verfügung. Für größere Gruppen Personen) kann direkt neben den Räumlichkeiten des Stadtarchivs ein Sitzu genutzt werden. Die Nutzung eigener Laptops oder PCs ist möglich. Außerd hen ein A3-Kopierer, eine Repro-Anlage sowie ein Internetzugang zur Ver Zur Zeit kann das Stadtarchiv montags von 15.00 bis 17.45 Uhr, dienstags b tags von 9.00 bis 12.30 Uhr sowie nach Absprache von Besuchern genutzt wer

Da wie auch in den meisten anderen Archiven die genealogischen Anfrag Hauptteil stellen, ist für die Zukunft geplant, Kopien der mikroverfilmten Kir cher anzuschaffen. Dies gilt auch für die Zeitungssammlung. Viele Bände kön Original nicht mehr vorgelegt werden, daher soll auch hier künftig auf die M me zurückgegriffen werden. Da innerhalb der Stadtverwaltung bereits über ele sche Archivierung und Aktenbearbeitung nachgedacht wird und auch entspre Programme vorgestellt wurden, liegt hier sicherlich ein Arbeitsschwerpunkt nächste Zeit. Auch die neuen Medien wie das Internet werden in Zukunft m achtung finden. Viele genealogische Anfragen, insbesondere von ehemalige schen Mitbürgern sowie deren Nachkommen, erreichen uns per eMail. Hie eine elektronische Aktenerfassung von Vorteil, weil dann die entsprechender direkt als Grafikdatei mitgeschickt werden können.

Für die Öffentlichkeitsarbeit, die teilweise in Zusammenarbeit mit dem Heima um erfolgt, stehen im Rathaus-Altbau drei Vitrinen zur Verfügung. Neben d Ausstellung wurden zwei Broschüren zur Stadtgeschichte, umfangreiche Bro zum Rathausjubiläum und Jahreschroniken erstellt. Eine Chronik der Stadt Le Arbeit, wobei auch eine Datenbank mit allen Geschichtsdaten der Stadt Leer hen soll.

AUS DER ARBEIT DER ARCHIVE

DIRK RIESENER

JUDENGESCHICHTLICHE QUELLEN IN KIRCHLICHEN ARCHIVEN

Seit 1995 besteht ein Kooperationsprojekt zwischen der zentralen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, der Universität Jerusalem und der Universität Hannover. Ziel der Zusammenarbeit ist die Erstellung eines „historischen Handbuchs der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen". Das Handbuch wird in einer hebräischen und einer deutschen Ausgabe erscheinen. Das Projekt wird finanziert von der VW-Stiftung und beschäftigt Mitarbeiter in Jerusalem und Hannover. Die Projektstelle Hannover hat in Niedersachsen zahlreiche Fachautoren gewonnen, die Artikel über Gemeinden verfassen, über die sie bereits geforscht und z.T. auch schon publiziert haben. Projektadresse:

Arbeitsgruppe Regionalgeschichte
Projekt „Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen"
Welfengarten 1
30167 Hannover

Entwürfe für eine wachsende Zahl von Gemeindeartikeln können inzwischen im Internet unter: http://unics.rrzn.uni-hannover.de/hdb-synagogen-nds/ eingesehen werden. Insgesamt wird das Handbuch in der deutschsprachigen Ausgabe die Geschichte von etwa 180 Gemeinden darstellen, die hebräische Ausgabe wird aufgrund einer anderen Konzeption nur rund 135 Artikel umfassen.

Die Projektstellen in Jerusalem und Hannover haben zahlreiche Quellenbestä
jüdischen Geschichte in Niedersachsen erschlossen, die bisher unbekann
schwer zugänglich waren, und setzen diese Recherchen fort. Deshalb konn
Fachleuten zur Geschichte der Juden eines Ortes oder einer Region Material ü
ben werden, das ihre Kenntnisse z.T. beträchtlich erweiterte. Die Sichtung d
stände des Landeskirchenarchivs Hannover hat bereits für einige Überrasch
gesorgt!

Durch einen Hinweis von Dr. Otte, Leiter des Landeskirchlichen Archivs Ha
auf einige Juden betreffende Akten in seinem Archiv wurden wir darauf aufme
daß Juden auch Thema in Archivalien kirchlicher Provenienz sind. Zu unser
Überraschung fanden sich dann zahlreiche Akten im Landeskirchlichen Arch
z.T. wertvolle Informationen über Juden und deren wirtschaftliche und sozia
hältnisse enthalten. Alle eingesehenen Akten wurden erstmals ausgewertet. D
ten lassen überdies auf weiteres Aktenmaterial in anderen Landeskirchen-, K
kreis- und Kirchenarchiven schließen.

Der Großteil der Akten im Landeskirchlichen Archiv Hannover, in denen Ju
wähnt werden, entstand im Zusammenhang mit Streitigkeiten zwischen Jud
Pastoren um die Zahlung von Stolgebühren. Jede einschlägige Stolgebühren
also als Beleg für die Ansiedlung von Juden im genannten Ort zu verstehen
wenn vielfach die Namen und die Anzahl der Juden nicht erwähnt werden. D
sondere Wert dieser Akten liegt darin, daß sie in vielen Fällen aus dem 1
manchmal sogar aus dem 17. Jahrhundert stammen. Sie erweitern folglich da
sen über die frühe Niederlassung von Juden in Niedersachsen und ergänzen
ideal die Informationen, die aus Schutzbriefen und anderen Verwaltungsdoku
gewonnen werden können.

Die Stolgebühren waren eine jährliche Abgabe der Einwohner einer Parochie
Kirche und Schule für die Inanspruchnahme kirchlicher Amtshandlungen (
Beerdigungen, Glockenläuten usw.). Zwei Drittel der Einnahmen behielt der
ein Drittel gab er an den Lehrer und Küster ab. Zu beachten ist, daß die Geb
Haushalt erhoben wurde und nicht pro Kopf. Die volle Gebühr mußten Haush
eigenen Haus, eine reduzierte Gebühr Haushalte in Mietwohnungen (Häusling
richten. Die Gebühren lasteten prinzipiell auf allen Haushalten der Parochie. D
deutete, daß auch Katholiken, Juden und andere religiöse Minderheiten damit b
wurden – eine Bestimmung, die bei Haushalten, welche die kirchlichen Am
lungen nicht in Anspruch nahmen, als unberechtigt empfunden wurde. Desha
den auch die Äquivalenzgelder für die Stolgebühren eingeführt: Sie waren E
digungszahlungen der nichtprotestantischen Haushalte an die protestantischen
ren für deren Einnahmeverluste bei den Stolgebühren. Der Zusammenhang bli
offensichtlich – entsprechend häufig kam es zu Konflikten; entsprechend viel
führten der Superintendent und in zweiter Instanz das Konsistorium. Abgesel
der Diskriminierung, welche religiöse Minderheiten durch die Erhebung von

bühren bzw. durch deren Ersatz erfuhren, bedeuteten die Abgaben an die Kirche für ärmere Juden auch eine nicht unbedeutende finanzielle Belastung. Dies mag an einem besonders eindringlichen Einzelfall deutlich werden:

In Schöningen im Herzogtum Braunschweig, wo ebenfalls Stolgebühren erhoben wurden, verklagte der Superintendent Schröder 1732 den Juden Levin wegen Unterschlagung von Stolgebühren. Levin habe 1730 und 1732 die Leichen von zweien seiner Kinder heimlich aus der Stadt und in das benachbarte Walbeck geschafft, um Geld zu sparen, denn dort wurden keine Stolgebühren erhoben. Levin verteidigte sich mit der Behauptung, seine Kinder wären erst während des Transportes gestorben. Ihm wurde nicht geglaubt, und er mußte die Gebühren an die Kirche bezahlen.[1]

Im Hannoverschen litt das Erhebungsverfahren der Äquivalenzgelder unter einer von der Regierung zu verantwortenden Rechtsunsicherheit. Ursprünglich galt die Äquivalenzgeldregelung nur in der Neustadt Hannover.[2] Etwas früher wurden die Stolgebühren für Juden im Fürstbistum Hildesheim eingeführt: In der Stadt Hildesheim werden sie um 1660 erstmals erwähnt, in Peine 1694.[3] Lange fehlte es an einer landesweiten Regelung. Stattdessen wurde im 18. Jahrhundert die Gebührenbelastung nach und nach auf Anforderung der Pastoren und Superintendenten regional ausgeweitet. Der Einwand der Juden, es gebe keine landesweite Regelung der Äquivalenzgelder, wurde jeweils durch Sonderverordnungen für einen Kirchenkreis oder ein Amt beantwortet. 1760 erschien darum ein Edikt, das die landesweite Erhebung von Äquivalenten zu den Stolgebühren mit der Wirtschaftskrise infolge des Siebenjährigen Krieges begründete.[4]

Einige der Akten lassen darauf schließen, die Pastoren hätten religiöse oder volkswirtschaftliche Vorbehalte gegen die Anwesenheit von Juden in ihrer Parochie gehabt. Das mag zwar durchaus der Fall gewesen sein – in ihren Schreiben argumentieren sie aber auf andere Weise: Die Zunahme der Zahl jüdischer Haushalte in ihrer Parochie bei gleichzeitigem Stagnieren der Zahl der Wohnhäuser führte für den Pastor und Lehrer zu einem spürbaren Einnahmeverlust. Juden bauten sich im 18. und 19. Jahrhundert wohl nur selten ein eigenes Haus, sondern mieteten oder kauften sich in den meisten Fällen ein vorhandenes Haus. Die Zahl der protestantischen Haushalte verringerte sich, und die Kirchenbediensteten erlitten Einkommenseinbußen. Infolgedessen agierten die Pastoren vielerorts als aufmerksame Beobachter der jüdischen Bevölkerungsentwicklung. In allen dem Konsistorium vorgetragenen Fällen wird von den Juden im Plural gesprochen, d.h., die Pastoren beklagten sich erst, wenn die Zahl

---

[1] Karl ROSE: Die jüdische Gemeinde in Schöningen. Schöningen 1928. Ergänzungen zur „Schöninger Chronik-". Nr. 1. S. 2 f.

[2] Chur-Braunschweig-Lüneburgische Landes-Ordnungen und Gesetze. 3. Teil, Kap. 4 (Polizeisachen), Calenbergischen Teils. Göttingen 1740. S. 425 f: 18.11.1730.

[3] Anton REXHAUSEN: Die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Juden im Hochstift Hildesheim. Hildesheim 1914 (Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens. Heft 44), S. 81 und 94 f.

[4] LKA Hannover D 13 Nr. 447.

der jüdischen Haushalte im Ort anstieg. In anderen Fällen, in denen die P
nicht von sich aus aktiv wurden, leiteten die Kirchenkommissare (Amtmann u
perintendent) im Anschluß an ihre jährlichen Visitationen ein Verfahren ge
jüdischen Haushaltsvorstände ein, die keine Äquivalenzgelder zahlten.

Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft, in der die Juden vorübergeh
volle Gleichberechtigung erlangt hatten, trat 1813 neben allen anderen Sond
zen für Juden auch die Äquivalenzgeldregelung wieder in Kraft, und eine neu
von Zahlungsverweigerungen und Einzelanweisungen setzte ein. Insbesondere
Schwierigkeiten im gerade ans Königreich Hannover angeschlossenen Fürs
Hildesheim. Dort machte die jüdische Gemeinde Hildesheim den Konflikt g
anhängig, unterlag aber.[5] Im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden vo
wurde dann die Möglichkeit eingeräumt, bei Neubesetzung einer Pfarrstelle
Geringfügigkeit der Äquivalenzgeldeinnahmen die Äquivalenzgelder ersat
streichen. Die Regierung machte davon aber in keinem einzigen Fall Gel
Endgültig aufgehoben wurde die Äquivalenzgeld-Regelung mit dem Gese
4.6.1850.[7] Die danach an die hannoverschen Pastoren überwiesenen Äquival
der stammten aus einem staatlichen Fonds, in den die Juden nichts mehr einz
brauchten. Die Regierung rechnete 1849 mit einem Gesamtbetrag von etw
Talern pro Jahr. Zwar wurde danach weiterhin die Summe der Äquivalenzgel
Parochie an der Zahl der nichtprotestantischen Haushalte bemessen; die A
rungsformulare enthalten aber keine für die jüdische Geschichte verwertbare
mationen mehr.

Nachdem der Staat den Anlaß für zahllose Konflikte in den Parochien beseiti
entspannte sich das Verhältnis zwischen den Pastoren und den ortsansässigen
Jüdische Hausbesitzer, die mit dem Hauskauf auch ein Sitzrecht in der Kirche
ben hatten, nutzten immer häufiger dieses Recht und besuchten aus freien
christliche Gottesdienste. Ein Bericht wie der folgende aus dem Jahr 1861 w
ungewöhnlich, das darin hervorgehobene freundschaftliche Verhältnis jedoch

„In Stolzenau wurde kürzlich das Jubelfest des dortigen Superintendenten Bo
gefeiert, welcher vor 25 Jahren daselbst als Seelsorger eingeführt wurde. Di
nahme an diesem Feste erstreckte sich auch auf die dortigen Israeliten, welch
silbernen Pokal anfertigen ließen und ihn dem Jubilar nebst ihren Glückw
überreichten. Auf die an einen Israeliten gerichtete Frage, wie sie dazu käm
wortete jener: Ihr Herr Superintendent ist ein Ehrenmann. Er ist wohl, wie si
sehr christlich-kirchlich, aber er würde doch niemals sagen, wie der Pastor

---

[5] LKA Hannover A 1 5352. Vgl. auch Hannoversche Zeitung 183 3, S. 84: Antrag der Synagogengemeinde Hil
der Ständeversammlung auf Aufhebung der Stolgebühren.

[6] Schreiben des Gesamtministeriums an die Ständeversammlunii vom 13.3.1849. in: Actenstücke
Ständeversammlung, 1. Diät. Hannover 1849. S. 635 f.

[7] Zur Ergänzung: Im Fürstentum Schaumburg-Lippe. wo die Stolgebühren seit 1785 erhoben wurden. hob sie d
1864 auf. Allgemeine Zeitung des Judentums 1864. S. 466.

jüngst in Steierberg gesagt haben soll: 'Ihr verdammten Juden könnt niemals selig werden.' – Man erzählt indeß, der Herr Superintendent habe zu der Deputation freundlich dankend gesagt: 'Ihr habt siebzehn Häuser mit den entsprechenden Kirchenstühlen; kommt doch, Ihr lieben Leute, bisweilen her und hört zu, was in christlicher Predigt gesagt wird!'"[8]

In dem Zitat klingt bereits eine neuerliche Wende im Verhältnis zwischen Christen und Juden an: Pastor Harms als Vertreter der protestantischen Neuorthodoxie praktizierte eine deutliche Trennung zwischen beiden Religionen und bemühte dafür alte theologische Dogmen. Diese Haltung setzte sich in der Folgezeit bei der niedersächsischen Pastorenschaft durch und führte, verbunden z.T. mit Missionierungsversuchen, immer häufiger zu antijüdischen Äußerungen der Geistlichen. Dafür zwei Beispiele: In Stotel verweigerte der Pastor 1863 die Annahme einer Spende für die Ausbildung armer Jugendlicher, in Lauenförde lehnte der dortige Pastor im Jahr 1870 Stühle und Teppiche für eine Konfirmationsfeier ab; in beiden Fällen lautete die Begründung, daß die Spenden von Juden stammten[9]. Die antijüdische Haltung der Pastoren zeigte zunächst nur bei der Landbevölkerung Wirkung, während sich gleichzeitig das bürgerlich-kulturelle Zusammenleben von Christen und Juden in Vereinen, politischen Organen und den Medien zunächst positiv entwickelte. Im Kaiserreich wurde dann der Antisemitismus mit dem Aufkommen der christlich-sozialen bzw. deutsch-sozialen Parteien sowie des Bundes der Landwirte auch in das Bürgertum getragen.

Auf der Ebene der Kirchenkreise wurden in dieser Zeit Akten über nichtchristliche Religionen und Sekten in den Parochien angelegt. Sie enthalten zum Teil sehr interessante Informationen, vor allem, wenn der Superintendent oder ein Pastor von der Regierung mit der Schulaufsicht über die entsprechenden Religionsschulen betraut wurde. Diese Regelung betraf jedoch nur Schulen außerhalb des Königreichs bzw. der Provinz Hannover; im Hannoverschen lag die Schulaufsicht beim zuständigen Landesrabbiner.

Sowohl die Akten betreffend Streitigkeiten über Äquivalenzgelder als auch die Akten über nichtchristliche Religionen dürften noch in vielen Kirchenkreisarchiven vorhanden sein. Im Landeskirchlichen Archiv lagern nur Akten über Fälle, die nicht auf lokaler Ebene entschieden werden konnten und deshalb den Konsistorien vorgetragen werden mußten. Dazu gehören auch einige wenige Akten, die sich auf Einzelfälle beziehen, z.B. die Ausweisung von Kirchenland zur Anlage jüdischer Friedhöfe oder die Vermietung kircheneigener Gebäude an jüdische Haushalte.

Die Projektstelle Hannover des „Historischen Handbuchs zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen" ist nicht in der Lage, alle Kirchen-

---

[8] Allgemeine Zeitung des Judentums 29.10.1861. Privatmitteilung.

[9] Albert MARX: Geschichte der Juden in Niedersachsen. Hannover 1995. S. 197. – AZJ 1870, S.354.

und Kirchenkreisarchive zu besuchen und die dortigen Bestände nach weitere
(Gegenstücke zu den Fällen, die dem Konsistorium vorgetragen wurden, un
über Fälle, die vor Ort oder innerhalb des Kirchenkreises entschieden werde
ten) zu sichten; sie hat aber großes Interesse an Exzerpten, die vor Ort ang
und ihr zugesandt werden. Besonders das jüdische Leben in kleineren lär
Gemeinden ist bisher nur unzureichend dokumentiert, und jedes Aktenstü
dazu beitragen, die Darstellung der Geschichte einer jüdischen Gemeinde zu
ständigen.

ALBRECHT ECKHARDT / HEIKE DÜSELDER / HANS-PETER KLAUSCH

QUELLEN ZUR GESCHICHTE UND KULTUR DES JUDENTUMS IM WESTLICHEN NIEDERSACHSEN VOM MITTELALTER BIS 1945

Unter diesem Titel wird seit Frühherbst 1996 im Staatsarchiv Oldenburg ein sachthematisches Inventar erstellt. Die Finanzierung des Projektes, das auf eine Anregung von Dr. Jan Lokers (Stade) zurückgeht, hat auf Antrag des Niedersächsischen Staatsarchivs in Oldenburg und mit Unterstützung der Niedersächsischen Archivverwaltung die Volkswagen-Stiftung in Hannover übernommen. Gemäß der Bewilligung sollten zwei Wissenschaftler (Historiker) in zweieinhalb Jahren die Inventarisierung durchführen. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass innerhalb dieses Zeitraumes ein sinnvoller Abschluss nicht zu erreichen war. Erfreulicherweise hat die VW-Stiftung nach Begutachtung der bis dahin vorliegenden Ergebnisse ein weiteres Jahr bewilligt, sodass die im April 2000 endende Gesamtlaufzeit dreieinhalb Jahre beträgt.

Die Geschichte des Judentums und der jüdischen Bevölkerung zählt seit einer Reihe von Jahren zu denjenigen Forschungsthemen, denen in Deutschland besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Häufig bilden dabei einzelne Orte oder Regionen den Ausgangspunkt für historische Forschungen. Gerade in Oldenburg widmet man sich besonders intensiv diesen Fragestellungen. An der dortigen Carl von Ossietzky Universität gibt es seit einigen Jahren einen Studiengang und ein Seminar für Jüdische Studien.

Das nordwestliche Niedersachsen mit seiner Grenzlage und seinen vielfältigen geschichtlichen und gegenwärtigen Beziehungen zu Nachbarstaaten, insbesondere zu den Niederlanden, aber auch zu Dänemark, bietet sich für eine beispielhafte Erfassung und Aufarbeitung von Quellen zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung besonders an. Es setzt sich aus Landschaften und historischen Gebilden unterschiedlicher Struktur und Geschichte zusammen. Der Raum zwischen unterer Weser und Ems, also der heutige Regierungsbezirk Weser-Ems mit den vormaligen Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken Oldenburg, Osnabrück und Aurich, wurde vor 1945 und wird auch heute noch trotz einiger Industriestandorte und mehrerer größerer bzw. mittelgroßer Städte (Osnabrück, Oldenburg, Wilhelmshaven, Delmenhorst, Emden) in erheblichem Maße von ländlichen Siedlungen geprägt. So wurde in dem Projekt besonders jüdischen Niederlassungen und Gemeinden in Kleinstädten, Landgemeinden und auch kleineren Ortschaften nachgegangen. Neben überwiegend protestantischen Landesteilen existieren auch größere katholische Gebiete, insbesondere es. Südoldenburg (das sogenannte Oldenburger Münsterland) und das Emsland.

Trotz inzwischen vielfältiger Literatur werden Forschungen zur jüdischen Geschichte und Kultur bis zum heutigen Tage immer noch dadurch sehr erschwert, dass die Quellen auf viele Archive verstreut und innerhalb dieser auf zahllose Bestände ver-

teilt und meist nur unzureichend erschlossen sind. Einschlägige Archivalien
ren im westlichen Niedersachsen für das Mittelalter nur in geringer Menge,
aber vom 16./17. Jahrhundert an – mit sehr unterschiedlicher Intensität – um
reicher. Die in den Staatsarchiven vorliegenden Judaica-Verzeichnisse stam
meist aus der NS-Zeit und sind ungedruckt. Sie führen nur einen kleineren
entsprechenden Quellen auf, sind in der Regel sehr knapp und nennen meist
che Archivalien, die in ihrem Titel einen Bezug zu Juden enthalten. Für Ol
gibt es zudem eine umfangreiche Kartei von Archivoberrat Dr. Harald Sc
welche die meisten jüdischen Einwohner mit ausführlichen Lebensdaten un
lennachweisen erfasst.

Das in Kürze fertiggestellte Inventar wird nach einem einheitlichen Schema
ter Benutzung des EDV-Programms AIDA (1998 auf die neue izn-AIDA um
der Niedersächsischen Archivverwaltung in den drei Staatsarchiven Oldenb
nabrück und Aurich soweit wie möglich alle Archivalien erfassen, in denen
zur Geschichte und Kultur der Juden enthalten sind. Die Einbeziehung von K
nal-, Kirchen-, Wirtschafts-, Adels-, Privat- und sonstigen Archiven in der
soweit sie nicht in den genannten Staatsarchiven deponiert sind, sowie von S
chiven im benachbarten Ausland, insbesondere Groningen und Amsterdar
Kopenhagen, ließ sich entgegen der ursprünglichen Planung aus Zeitmang
realisieren. Selbst eine zuletzt geplante Kurzübersicht hierzu war nicht zu ve
chen, da einer vollständigen und gründlichen Bearbeitung der Bestände in
Staatsarchiven, soweit sie nur einigermaßen erschlossen waren, absolute
zuerkannt wurde. Eine Kooperation besteht mit dem Unternehmen „Hist
Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen" der Universität Hann
der neuen Arbeitsgemeinschaft zur Geschichte der Juden der Historischen K
sion für Niedersachsen und Bremen (Prof. Dr. Herbert Obenaus).

Bei der Sichtung und Erschließung unterscheiden die Bearbeiter drei Quellen
nach ihrer inhaltlichen Bedeutung und erforderlichen bzw. sinnvollen Bearb
intensität. Erste Priorität haben jene Akten, die schon vom Titel her einer
betreff aufweisen, und solche, die nach Angaben von örtlichen Archivaren, e
gig tätigen Wissenschaftlern bzw. Heimatforschern sowie ausweislich der L
ratur „judenrelevante" Dokumente enthalten. Zur zweiten Kategorie gehöre
Akten, die nach der inzwischen gewonnenen Sachkenntnis und praktische
rung mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Bezug zur jüdischen Geschichte v
lassen. Dazu zählen beispielsweise Akten zu bestimmten Berufsgruppen w
pensammler, Schlächter und Viehhändler, solche zu restriktiven und rep
Maßnahmen der Obrigkeit bzw. des Staates (z.B. „Polizeiangelegenheiten",
Sicherheit") wie auch besondere Aktengruppen, z.B. „Kirchliche Angelege
oder „Schulwesen" . Die dritte Quellengruppe umfasst Archivalien, die aufg
fälliger Hinweise eine Einsichtnahme sinnvoll erscheinen lassen. Darunter
z.B. auch serielle und gleichgeartete Akten fallen, die sich auf eine Vielzahl

sonen und damit möglicherweise auch auf Juden beziehen. Verzeichnete Einzelfälle werden mit dem Hinweis versehen, dass sich in der Aktenserie weitere Judenbetreffe befinden dürften. Eine generelle Durchsicht solcher Akten ist aus zeitlichen und arbeitsökonomischen Gründen nicht möglich. Letzteres ist auch ausschlaggebend dafür, dass in der Regel nur Akten, nicht jedoch Amtsbücher und Urkunden (die fast durchweg gedruckt sind) bearbeitet werden.

Soweit Archivalien relevante Betreffe enthalten, werden die in vorhandenen Findbüchern enthaltenen Titelaufnahmen, ggf. modifiziert und ergänzt, übernommen und zusätzlich in einem speziellen „Enthält-Vermerk" für das Thema bedeutsame Inhalte angegeben. Damit unterscheidet sich das geplante Werk ganz erheblich von den bisher erschienenen sachthematischen Inventaren zur Geschichte der Juden, wie sie für einzelne Staatsarchive oder auch Regionen vorliegen, und auch speziell von dem seit 1992 laufenden Projekt „Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer". Diese beziehen in der Regel nur Archivalien ein, deren Titel bereits das Wort Jude(n) oder eine ähnliche Bezeichnung enthält. In ihrer Aussagekraft kommen die Oldenburger Titelaufnahmen den ansonsten anders aufgebauten regestenförmigen Publikationen am nächsten, die für die drei hessischen Staatsarchive bei der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Wiesbaden) herausgekommen sind. Allerdings reichen diese nur bis in die frühe Neuzeit.

Nach reiflicher Überlegung hatten sich die Herausgeber dazu entschlossen, von der – gewiss leichter zu handhabenden – Gliederung nach der Reihenfolge der Bestände in den jeweiligen Archiven abzugehen und stattdessen ein von Jan Lokers in Stade entworfenes und von den beiden Bearbeitern anhand der Praxis in Einzelpunkten modifiziertes Sachschema zu befolgen, wobei aber die drei Regionen 1. Aurich /Ostfriesland, 2. Oldenburg und 3. Osnabrück als Obergruppen erhalten bleiben. Unterhalb dieser folgen – für alle drei Bereiche gleich – als Haupt- und Mittelgruppen (die Untergruppen werden hier nicht aufgeführt):

1. Rechtliche Verhältnisse

   1. Erteilung und Ausübung von Schutz und Geleit, 2. Rechtliche Rahmenbedingungen, 3. Rechtsprechung, gerichtliche Verfahren und administrative Maßnahmen, 4. Sonstiges

2. Kultus, Schule, Gemeinde- und Familienleben

   1. Kultus und Religion, 2. Rabbiner und Rabbinate, 3. Gemeindeverwaltung, 4. Gemeindeeinrichtungen, 5. Schulwesen, 6. Familie, soziale Stellung der Frau, 7. Sonstiges

3. Berufliche Tätigkeiten und wirtschaftliche Verhältnisse

1. Schutzgelder, Abgaben, Steuern, 2. Vermögen, Hausbesitz, Grundb
Geldleihe, Pfandleihe, Bankgeschäfte, 4. Händler, Kaufleute, Hoffakt
Gewerbe und Handwerk, 6. Enteignungen und Arisierungen, 7. Sonstige

4. Verhältnis zwischen Juden und Nicht-Juden

1. Ressentiments, Diskriminierung und Verfolgung, 2. Gleichstellung,
tion, Emanzipation und Assimilation, 3. Kirchen und Juden , 4. Heraus
Persönlichkeiten, 5. Sonstiges

5. Datenmaterial zur Demographie und Sozialstruktur

1. Bevölkerung und Demographie, 2. Mobilität und Migration, 3. Sozi
tur.

Die Titelaufnahme wurde im Staatsarchiv Oldenburg begonnen und dann
Staatsarchive Aurich und Osnabrück ausgedehnt. Gleichzeitig mit ihr erfolgt
fe des EDV-Programms bereits eine Indizierung nach Personen, Orten und
griffen, sodass jederzeit gezielte Recherchen vorgenommen werden können.
gesehene Archivalien werden zudem listenförmig erfasst. Man kann davon au
dass in etwa zwei Dritteln von ihnen einschlägiges Material enthalten ist.

Das Projekt befindet sich nunmehr in der Endphase der Erschließung und Er
Der Umfang der aufgenommenen Judaica wird knapp 6000 Akten betragen,
in etwa gleichmäßig auf die Staatsarchive Oldenburg, Aurich und Osnabrück
len. Der Umstand, dass sich in dem vergleichsweise kleinen Staatsarchiv Au
vermutlich größte Zahl an Judaica ermitteln ließ, erklärt sich aus der frühen
lung von jüdischen Gemeinden und deren Mitgliederstärke. So wies eine Zähl
dem Jahre 1852 für den Landdrosteibezirk Aurich 2366 (1,3 %) und für der
Osnabrück 684 (0,3 %) jüdische Einwohner aus. Um dieselbe Zeit lebten
zogtum/Landesteil Oldenburg des Großherzogtums Oldenburg ca. 740 Juden

Durch die intensive Tiefenerschließung der Akten konnten zahlreiche Vorgä
Aspekte jüdischen Lebens im Untersuchungsgebiet sichtbar gemacht wer
über eine sich auf die Titelaufnahme beschränkende Erfassung kaum zugäng
ren. Darüber hinaus befinden sich unter den erfassten Akten zu etwa 50 % so
vom Titel her nicht auf einen Juden-Betreff schließen lassen. Überhaupt hat
tematische Recherche eine Reihe von Bereichen zum Vorschein kommen las
für die Erforschung jüdischen Lebens eine Rolle spielen und von der bisheri
schung kaum berücksichtigt worden sind. Dies betrifft beispielsweise die
von Juden im Handel mit Lotterielosen, als Lieferanten für das Militär und i
dere die Truppenverpflegung, als Konkurrenten der zunftgebundenen Han
meister und Kaufleute, als Geschäftspartner des auf dem Lande ebenso wi
Städten konsumfreudigen und luxusorientierten Adels. Auch die Situation
vergleiteten, also nicht mit landesherrlichem Schutz versehenen „fremden" Ju
als „Betteljuden" stigmatisiert und mit Vagabunden und Verbrechern gleic

wurden, ließ sich durch Recherchen in frühneuzeitlichen Polizeiakten erschließen, sodass auch in diesem Zusammenhang das Quelleninventar neue Forschungsfelder öffnen und deren Bearbeitung erleichtern wird.

Eine unerwartet umfangreiche Überlieferung von Akten zur Geschichte der Juden im Raum Osnabrück fand sich im dortigen Staatsarchiv. Zu dessen Einzugsbereich gehören auch Teile des früheren Fürstbistums Münster, das Herzogtum Arenberg-Meppen, die früheren Grafschaften Bentheim und Lingen – Regionen, in denen sich aufgrund der herrschaftlichen Judenpolitik schon früh jüdische Gemeinden gründeten und somit in den Quellen entsprechenden Niederschlag finden konnten. Eine große Anzahl von Judaica befindet sich zudem in den im Osnabrücker Staatsarchiv deponierten Stadtarchiven wie etwa Papenburg und Quakenbrück.

Die für den Raum Osnabrück überlieferte Forschermeinung, dass diese Region im Hinblick auf die jüdische Geschichte eine eher marginale Rolle spielt, mag für die Stadt Osnabrück, in der ein restriktiver Umgang mit der Ansiedlung und Entfaltung jüdischen Lebens zur Tradition wurde, bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts zutreffen, keineswegs jedoch für das gesamte Territorium. Gerade hier wird das Quelleninventar einen wesentlichen Forschungsbeitrag leisten und Untersuchungen zur jüdischen Geschichte im Osnabrücker Land anregen und erleichtern.

Während die Anzahl der erfassten Judaica in den drei Staatsarchiven in etwa gleich ist, gibt es im Hinblick auf deren Inhalte durchaus Besonderheiten. So zeichnen sich die Bestände des Staatsarchivs Osnabrück durch eine außerordentlich dichte Aktenüberlieferung zur „Arisierung" jüdischen Eigentums in der NS-Zeit aus, während beispielsweise im Staatsarchiv Aurich die Vereinstätigkeit jüdischer Bürger in- und außerhalb der Synagogengemeinden besonders gut dokumentiert ist. Wenn für alle drei Archive gilt, dass der Holocaust in den vor 1945 entstandenen Akten kaum Niederschlag gefunden hat, so lieferte die Auswertung der in den Staatsarchiven Oldenburg und Osnabrück vorhandenen Kriegstagebücher und Feldpostbriefe doch interessante Hinweise darauf, auf welchen Wegen und in welchem Umfang die deutsche Bevölkerung Kenntnis vom Massenmord erhielt.

Der Umfang der Überlieferung in den drei Staatsarchiven und die breite Streuung von Judaica auf die unterschiedlichsten Bestände und Abteilungen zeichnen unter anderem dafür verantwortlich, dass die über den ursprünglichen Projektrahmen hinaus angestrebte Einbeziehung der in den Jahren von 1945 bis 1949 entstandenen einschlägigen Strafprozess- und Entschädigungsakten, die angesichts der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskussionen über „Arisierung" und Entschädigung bzw. der Forschungen zum Wiederentstehen jüdischen Gemeindelebens nach 1945 zentrale und zudem gerade von der Sperrfrist befreite Quellengruppen darstellen, nicht mehr erfolgen kann. So bleibt die Erschließung dieser Bestände, über die hinaus man auch die Entnazifizierungsakten in die Auswertung einbeziehen könnte, ein für die Forschung zur Geschichte der Juden und der NS-Zeit überhaupt wichtiges Anlie-

gen, das sich für die hier zugrunde liegende Untersuchungsregion möglicherv einem Supplementband zu dem demnächst fertiggestellten Quelleninventar schlagen könnte.

Als Abschluss des Projekts ist eine vierbändige Publikation innerhalb der z Reihe der Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung vorg Sie soll für jeden der drei Bezirke einen Band und dazu als vierten einen geso Indexband mit ausführlichen Personen-, Orts- und Sachregistern sowie ei wahlbibliographie umfassen. Die wissenschaftliche Bearbeitung liegt in den von Frau Dr. Heike Düselder und Dr. Hans-Peter Klausch. Herausgeber s Leiter des Projektes, Prof. Dr. Albrecht Eckhardt, und die Archivoberräte Lokers (Stade) und Dr. Matthias Nistal (Oldenburg).

Vgl. Der Archivar, Jg. 51, 1998, H. 1, Sp. 164-167; „Das Land Oldenburg". Mitteilungsblatt der Oldenburgis schaft 99,1998, S. 21 f.

MANFRED VON BOETTICHER

ZUR ERSCHLIEßUNG DER AUSWANDERERAKTEN IM NIEDERSÄCHSISCHEN HAUPTSTAATSARCHIV IN HANNOVER

Zu den einschneidenden demographischen Ereignissen des 18. und 19. Jahrhunderts auch im niedersächsischen Raum gehört die Auswanderung einer großen Bevölkerungszahl nach Übersee. Die meisten der Übersiedler – ca. 95 % – zogen nach Nordamerika, einige auch nach Mittel- und Südamerika, Australien, Afrika oder Indien. Grundsätzlich war es erlaubt, das Land zu verlassen, sofern ein Konsens der zuständigen Behörde vorlag. Es sollte jedoch verhindert werden, dass Gläubiger durch den Wegzug eines Schuldners geprellt oder Familienmitglieder von einem Unterstützungspflichtigen unversorgt zurückgelassen werden konnten. Militärpflichtige mussten sich zusätzlich vor ihrer Auswanderung von ihrer Dienstpflicht entbinden lassen. Auf diese Weise entstanden auf den verschiedenen Ebenen staatlicher Verwaltung – vor allem bei den Ämtern und Drosteien, ebenso aber auch auf der Ebene der zentralen Verwaltung des Königsreichs bzw. der preußischen Provinz Hannover – zahlreiche „Auswandererakten", die später ins Archiv gelangt sind.

Wie in den Akten häufig zu lesen ist, hofften die Menschen, in anderen Kontinenten ein besseres Fortkommen zu finden als in der Heimat. Und oft erfahren wir, dass dies den Auswanderungslustigen gelungen ist. Häufig ließen sie weitere Familienmitglieder nachkommen. Sie sandten ihnen das Reisegeld, sorgten für eine berufliche Stellung oder nahmen sie in ihre florierenden Geschäfte auf; gelegentlich wurden auch junge Verwandte an Kindes Statt angenommen.

Die frühesten der in den Akten fassbaren Auswanderungen erfolgten 1753, der ersten größeren Auswanderungswelle in die damals englischen Kolonien Amerikas, die spätesten in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts. Dazu ein paar Beispiele zur Illustration: 1753 wanderte der Vollkötner Christoph Ohms aus Harste mit Frau und Tochter nach Neuschottland oder Carolina aus; der Bauermeister des Ortes berichtet am 22. März desselben Jahres, dass er bereits all sein Hab und Gut verkauft habe. Der Schuhmacherlehrling Georg August Neddermeyer aus Döhren, geboren am 1. Mai 1852, Sohn von August Nedermeyer und dessen Frau Dorothee geb. Baertling, wanderte am 5. Mai 1868 nach New York aus, wo schon zwei Schwestern lebten, die eine als Erzieherin, die andere als Köchin. Im Frühjahr 1904 begab sich der Bergmann Philipp Tatje aus Barsinghausen, dessen Alter nicht angegeben ist, mit seiner Frau Lina und den vier minderjährigen Kindern Lina, Philipp, Arnold und Bruno nach Utah; eine erwachsene Tochter war zu der Zeit dort bereits mit einem Mormonenprediger verheiratet. Der Schieferdecker Ernst Carl Otto Kaiser aus Limmer, geboren am 26. Juli 1874, reiste am 15. März 1892 nach New York; seine älteren Brüder Carl und Hermann – letzterer bereits Vater von drei Kindern – und seine mit August Wenzel verheiratete ältere Schwester schickten das Reisegeld. Die Entlas-

sungsurkunde aus dem Untertanenverband erhielt er nachträglich auf Antra
von ihm beauftragten Eltern Wilhelm Kaiser und Lina geb. Rumpeltin, näm
28. Dezember 1893. Zu der Zeit schickte er diesen und seiner zehnjährigen
ter bereits monatlich 41 Mark Unterstützung. Nicht jeder beantragte allerdi
Entlassungsurkunde, wie er verpflichtet gewesen wäre. Viele entwichen heim
der am 18. November 1861 geborene Zigarrenmacher Andreas Heinrich F
Fehrensen aus Ballinghausen, der im März 1881 nach New York verschwa
1884 wegen Umgehen der Militärpflicht in Abwesenheit verurteilt wurde.

Solche Auswanderungsakten werden bereits seit einigen Jahren in mehreren
sächsischen Staatsarchiven ausgewertet und mit Hilfe des EDV-Programm
einheitlich erschlossen. Zusammenstellungen für die ehemalige Drostei Os
und das ehemalige Herzogtum Braunschweig liegen inzwischen in den Sta
ven Osnabrück und Wolfenbüttel vor. Die Auswanderer aus dem Fü
Schaumburg-Lippe sind bereits vollständig erfasst. Ein entsprechendes Proj
zur Zeit im Hauptstaatsarchiv Hannover für die ehemaligen Regierungsbezi
nover, Hildesheim und Lüneburg.

Bei der Datenerfassung werden die Akten genau ausgewertet; gegebenenf
festzuhalten: der Familienname des Auswandernden mit sämtlichen Vo
Wohnort, Geburtsdatum, Geburtsort – sofern vom Wohnort abweichend -
Namen der Eltern, Namen der mitreisenden Personen mit Angabe von de
burtsdatum und -ort, Zielort und das Datum der Auswanderung sowie die V
ten im Ausland und – wenn möglich – auch deren Namen, Verwandtschaftsg
ter und Beruf. Wenn ein Familienhaupt mit zahlreichen Kindern auswanderte
damals keine Seltenheit war, oder weitere Familienmitglieder wie z. B. Sch
eltern oder auch gelegentlich Magd oder Knecht mitnahm, kann eine einzeln
sung deshalb recht umfangreich sein.

Ziel ist es, die staatlichen Auswandererakten aus Niedersachsen auf dies
möglichst umfassend auszuwerten und die Informationen in einer einheitlic
tenbank bereitzustellen. Vor allem auch im Hinblick auf die Expo 2000 sind
Frühjahr Recherchen auch im Internet möglich, damit Besucher der Weltaus
bereits vorab erfahren können, ob Zeugnisse ihrer Vorfahren in den Bestä
Hauptstaatsarchivs oder in einem anderen niedersächsischen Archiv vorhan
und ob sich ein eventueller Archivbesuch für sie lohnt.

MANFRED VON BOETTICHER

DIE 2,3-KILOMETER-ABGABE ODER: ENTSCHÄDIGUNGSAKTEN IM HAUPTSTAATSARCHIV

1976 wurden sämtliche Entschädigungsakten, die im Rahmen der Regelung einer „Wiedergutmachung" nach dem Zweiten Weltkrieg in Niedersachsen zunächst bei den Kreissonderhilfsausschüssen, seit 1953 auf der Ebene der Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirke entstanden waren, im Niedersächsischen Landesverwaltungsamt als alleiniger Wiedergutmachungsbehörde zusammengefaßt. Mit der Auflösung des Landesverwaltungsamtes ging der Aufgabenbereich 1998 an das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung über, das seitdem die Unterbringung einer gewaltigen Menge massenhaft gleichförmigen, personenbezogenen Schriftgutes zu organisieren hatte.

Einzelne Wiedergutmachungsakten kamen seit 1989 an das Hauptstaatsarchiv – zunächst im Zusammenhang mit jeweils begrenzten Forschungsprojekten. Dabei ging es um Akten, die unter Fragestellungen wie „emigrierte Hochschullehrer", „ehemalige Reichstagsabgeordnete" oder „Verfolgung und Widerstand in Hannover" ausgewählt wurden, um im Hauptstaatsarchiv wissenschaftlich ausgewertet werden zu können. In einer Reihe von Aussonderungsaktionen – teilweise finanziert als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – wurden zudem weitere Akten vorwiegend nach regionalem Bezug zur Übernahme durch das Archiv bestimmt. Die Wiedergutmachungsakten gelangten hier in den Bestand Nds. 110 W (Landesverwaltungsamt, Wiedergutmachung).

Angesichts der riesigen Aktenmenge, die noch dem Landesverwaltungsamt unterstanden, kam es zu Überlegungen, die Unterlagen ihrer ursprünglichen Provenienz entsprechend den jeweiligen Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken nach auf die verschiedenen Archivsprengel aufzuteilen. 1992 machte man in dieser Richtung einen Anfang: 3000 Akten aus dem ehemaligen Verwaltungsbezirk Braunschweig, die sich auf Personen mit einem Geburtsjahr vor 1901 bezogen, wurden an das Hauptstaatsarchiv abgegeben und an das Staatsarchiv in Wolfenbüttel weitergeleitet (der Bestand 4 Nds.)[1].

Hinsichtlich der übrigen Staatsarchive folgte man diesem Beispiel jedoch nicht. Sämtliche weiteren Ablieferungen verblieben zunächst einmal im Hauptstaatsarchiv. Bis Ende 1997 waren die Akten des dortigen Wiedergutmachungsbestandes auf ca. 21000 Titel angewachsen. Da die Zahl der Abgabelisten zunehmend unübersichtlicher wurde, entschloß man sich zu einer zumindest groben Verzeichnung: Im Rah-

[1] Vgl. zum Verzeichnungsprojekt: Stefan BRÜDERMANN / Anikó SZABÓ, Tiefenerschließung von Entschädigungsakten, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen, 2/1998, S. 35-38.

men einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wurden die Namen der Betroffen Geburtsdaten sowie die alten Registratursignaturen per EDV aufgenomm durch ein nach Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken gegliedertes Findb schlossen.

Erwartungen weiterhin gleichmäßiger Zugänge zum Archivbestand erfüllt allerdings nicht. Organisatorische Änderungen des Landesamtes schufen sch eine neue Situation: „Herr X, Dezernat Zentrale Dienste des Landesamtes für und Versorgung, rief an und bat um Übernahme von ca. 2300 laufenden Met schädigungsakten durch das Archiv möglichst bis zum 31.12.", heißt es la einen Aktenvermerk des Hauptstaatsarchivs vom 16. Juni 1998. Da die Miet des Landesamtes zum Jahresende ausliefen, wurden dem Archiv auf einen Sc km weitere Einzelfallakten – die gesamten verbliebenen Unterlagen – angebot

Bei der außerordentlichen historischen Bedeutung des Materials erklärte s Hauptstaatsarchiv zu einer Übernahme bereit, obwohl seine räumlichen Kap in keiner Weise ausreichten. In den folgenden Wochen und Monaten waren che rechtliche und finanzielle Fragen zu klären. Am Ende stand eine einvernel Lösung: Zum 1. Januar 1999 wurden für die Unterbringung der Akten lande Räumlichkeiten im Verwaltungsgebäude der ehemaligen Hanomag (Hanoma übernommen, die als zusätzliches Außenmagazin des Hauptstaatsarchivs Notwendige Baumaßnahmen wurden von der Hochbauverwaltung getragen für der Transport vom Landesamt aufgebracht. Für die Bearbeitung laufend gänge wurden zwei Mitarbeiter des Landesamtes an das Hauptstaatsarchiv a net.

Damit befindet sich seit Anfang 1999 die Gesamtheit der niedersächsischen E digungsakten – mit Ausnahme jener Akten des ehemaligen Verwaltung Braunschweig, deren Antragsteller vor dem Jahr 1901 geboren sind – im staatsarchiv. Als Findmittel für den Neuzugang dienen vorläufig die umfang Karteien, die vom Landesamt ebenfalls an das Hauptstaatsarchiv abgegeben Eine archivische Erfassung des Neuzugangs, die nach demselben Muster soll wie bei den älteren Abgaben, ist – finanziert wiederum als Arbeitsbescha maßnahme – in Angriff genommen.

Mittelfristig ist die Erstellung eines umfassenden Findbuchs vorgesehen, das che in Niedersachsen entstandenen Entschädigungsakten nachweist. Um e scheren Zugriff auf die einzelnen Akten zu ermöglichen, ist zudem vorgeseh die älteren Ablieferungen im Hanomag-Gebäude unterzubringen. Die Be dürfte sich damit in Zukunft erheblich vereinfachen: Alle Fragen bezüglich sächsischer Entschädigungsakten sind ausschließlich an das Staatsarchiv Wo tel und an das Hauptstaatsarchiv in Hannover zu richten.

Aktuell Aktuell Aktuell und interessant

Der 1. Norddeutsche Archivtag – ein Experiment

Auf Einladung des Staatsarchivs Hamburg kamen im April 1999 die Leiter bzw. Vertreter der staatlichen Archivverwaltungen Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und die Vertreterinnen und Vertreter des kommunalen Archivwesens in diesen Bundesländern zusammen.

Das Thema war die Einrichtung eines norddeutschen Archivtages. Dazu hatte es im Vorfeld seit längerem auf verschiedenen Seiten Diskussionen gegeben, in denen die Positionen von Skepsis bezüglich der Sinnhaftigkeit eines weiteren Archivtags bis zum vehementen Eintreten für eine bessere sparten- und länderübergreifende Kommunikation im norddeutschen Archivwesen reichten.

Die Besprechung in Hamburg führte nun zu einem konkreten Ergebnis. Am 20. und 21. Juni 2000 soll erstmals der norddeutsche Archivtag in Hamburg stattfinden, um dann in einem dreijährigen Turnus abwechselnd in den beteiligten Ländern ausgerichtet zu werden.

Da der Anfahrtsweg für viele sehr lang ist, beginnt der Archivtag um 14.00 Uhr und endet am darauffolgenden Tag um die Mittagszeit.

Der 1. Norddeutsche Archivtag ist vor allem drei Themenschwerpunkten gewidmet. Die erste Arbeitssitzung beschäftigt sich mit der Verwertung von Bild- und Archivgut, die zweite stellt norddeutsche Projekte zur Erschließung archivischer Quellen vor, in der dritten Arbeitssitzung schließlich stehen Archivierungsmodelle im Mittelpunkt.

Zum Abschluss soll ein Resümee des Verlaufs der Tagung gezogen werden.

Die Fortsetzung solcher Archivtage hängt natürlich in erster Linie ab vom Interesse der Archivarinnen und Archi-

vare aus den beteiligten Bundesländern an einer solchen Tagung. Darüber wird zunächst die Teilnehmerzahl etwas aussagen, über die im Vorfeld nur grobe Schätzungen abgegeben werden können. Auch aus welchen Archivsparten die Kolleginnen und Kollegen stammen, die den Besuch der Tagung wahrnehmen, wird von Bedeutung sein.

Aber auch das Konzept der Tagung steht zur Diskussion. Für die folgenden norddeutschen Archivtage soll der Versuch unternommen werden, neuen Veranstaltungscharakter schaffen, eine Art Work-Shop. Standardsituation von Tagunge nige Aktive (Vortragende) und Passive (Zuhörer) – soll aufgeb werden. Wie dies gestaltet wer kann, ist wohl erst nach den Er gen dieses ersten Archivtags zu für den auf eine rege Beteiligun Archivarinnen und Archivare z ist. (Programm s. unter TAGU UND TERMINE S. 83)

Frisch auf dem Markt: die neue Auricher Beständeübersicht

Das Staatsarchiv in Aurich gehört zwar mit seinen fast fünf Kilometern Akten zu den kleineren niedersächsischen Staatsarchive, doch es steht für eine ganz besondere regionale Identität, die ostfriesische nämlich. Hier *ist* – und *war* – alles anders, wie der ehemalige Archivleiter Dr. Walter Deeters gerne zu bemerken pflegte. Hier räumten die Landesherrn im Zuge der Reformation besonders gründlich mit den kirchlichen Urkunden auf, so dass nur noch magere Reste mittelalterlicher Überlieferung in das 1872 gegründete Staatsarchiv gelangen konnten. Dafür entwickelten sich hier aber auch besonders einflußreiche Landstände, deren weitreichende Mitwirkung an der Verwaltung des Landes bis zum Ende des Ancien Régime kaum ihresgleichen in der frühneuzeitlichen deutschen Geschichte besaß. Und noch als Teil des preußischen (ab 1744 bzw. 1866) bzw. hannoverschen Staates (ab 1815) oder jetzt des Landes Niedersachsen Ostfriesland stets einen eigenen rakter bewahrt. Diesen mit zu v pern ist die Aufgabe des Nieder schen Staatsarchivs in Aurich.

Seinen Benutzern kann es nu kurzem einen ganz aktuellen Fü durch die Auricher Bestände vo Denn als Heft 53 der *Veröffentl gen der niedersächsischen Arch waltung* ist im November 1999 Dr. Walter Deeters verfasste *Ü über die Bestände des Niedersä schen Staatsarchivs in Aurich* (denhoeck & Ruprecht, Göttinge ISBN 3-525-35535-1) im Umfa 156 Seiten erschienen. Das urs lich zum 125jährigen Jubiläum Hauses im Jahre 1997 geplante scheinen konnte – wenn auch n gewissen Verspätung – schließl folgreich realisiert werden.

Walter Deeters, der sich zwi 1975 und 1995 ganz besonders

aus archivfachlichen und praktischen Gründen notwendige Neuordnung der Auricher Archivtektonik und die Neuverzeichnung zentraler Bestände aus der Zeit bis 1885 verdient gemacht hat, war erfreulicherweise bereit, die neue Beständeübersicht auch noch in seiner Pensionärszeit zu vollenden. So dokumentiert sie gleichzeitig auch zwei Jahrzehnte in ihrer Effizienz vorbildlicher archivarischer Berufstätigkeit in Aurich.

Die neue Beständeübersicht ersetzt die als Heft 5 in gleicher Reihe 1955 erschienene und seit langem vergriffene Übersicht von Dr. Günther Möhlmann und Dr. Joseph König. Zugunsten einer bewusst angestrebten Handlichkeit für den Archivalltag wurde in der neuen Übersicht auf eine allzu detaillierte Beschreibung der Einzelbestände sowie auf eine Archivgeschichte verzichtet. Nach einer vom jetzigen Leiter des Hauses, Archivdirektor Dr. Bernhard Parisius, verfassten Einleitung in Geschichte und Funktion des Staatsarchivs werden – einem einheitlichem Schema folgend – zunächst in einem Kopfteil *Zeit, Umfang* und *Findmittel* genannt. Einem beschreibenden Text zur *jeweiligen Behörden- und Bestandsgeschichte* folgt dann die Wiedergabe der *Gliederung*. Ein kumulierter *Index* erschließt den Band.

Die Aufgabe der aktiven Überlieferungsbildung hat auch im Staatsarchiv in Aurich in den seit 1955 vergangenen Jahrzehnten zu einer nicht unbeträchtlichen Zunahme des Archivguts und einer Ausweitung der Zahl an Einzelbeständen geführt. Nach fast einem halben Jahrhundert war es somit an der Zeit, diese Veränderungen vorzustellen und nutzbar zu machen. Insbesondere die Erforschung des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts wird hiervon profitieren.

Wolfgang Henninger

Zur Geschichte des Krankenversicherungswesens

Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts basierte die Krankheitsfürsorge auf der Pflicht der Gemeinden, arme oder zeitweilig hilfsbedürftig gewordene Mitglieder zu versorgen; außerdem existierten freiwillige kirchliche oder berufsständische Einrichtungen. Mit dem 1883 verabschiedeten „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter" änderte sich dieses grundlegend.

Gemeinde-Krankenversicherungen

Seit 1882 wurde jede „Person, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt" war und bislang keiner Krankenkasse angehörte, zwangsweise krankenkassenversichert (§ 1). Über diesen Kreis hinaus könnten die Gemeinden (!) festlegen, dass sich z.B. auch „selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage

und für die Rechnung anderer Gewerbetreibender" arbeiteten, versichern mussten (§ 2). Von der Versicherungspflicht ausgenommen waren alle abhängig Beschäftigten, die Anspruch auf mindestens 13 Wochen Versorgung oder Gehalts- bzw. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hatten, z.B. Beamte (§ 3).

Das Gesetz sah mehrere Krankenkassentypen vor: spezielle Ortskrankenkassen, Betriebs-, Bau-, Innungs- oder Knappschaftskassen. Versicherte, die keine dieser besonderen Kassen angehörten, waren in Gemeinde-Krankenversicherungen aufzunehmen, die nun von den Gemeinden eingerichtet werden mussten (§ 4). Mehrere Gemeinden konnten sich dazu zur Schaffung gemeinsamer Versicherungen zusammenschließen (§ 12); wenn wirtschaftliche Gründe die Eigenständigkeit einer Versicherung gefährdeten, konnte dieses auch von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden (§ 13).

Die Verwaltung, Kassen- und Rechnungsführung der Gemeinde-Krankenversicherungen oblag den Gemeinden, die dieses unentgeltlich zu erledigen hatten (§ 9).

Die Versicherungsbeiträge waren nicht von der Höhe der Einkünfte des Einzelnen abhängig, sondern von der Höhe des ortsüblichen Tagelohns. Normalerweise sollten sie anderthalb Prozent dieses ortsüblichen Tagelohns nicht überschreiten (§ 9). Wenn die Einnahmen der Krankenkasse die Ausgaben jedoch nicht deckten, konnte der Hebesatz erhöht werden (§10). Entstehende Defizite waren von den Gemein-

den auszugleichen (§ 9). Der „E
des ortsüblichen Tagelohnes ge
cher Tagearbeiter" wurde von d
heren Verwaltungsbehörde nach
rung der Gemeinde festgesetzt (

Spezielle Ortskrankenkassen

Wenn in einem oder mehreren
bezweigen des Gemeindebezirk
destens 100 Personen zu versich
waren, konnten die Gemeinden
elle) Ortskrankenkassen einrich
auch hierzu durften sich mehre
meinden zusammenschließen (§
Für sie hatten die Gemeinden S
zu errichten, in denen die Leitu
Kasse, ihre Geschäfts- und Rec
führung, der zu versichernde Pe
nenkreis sowie die Höhe der Be
festgelegt wurde (§ 23). Dabei
die Beitragssätze so zu bemesse
„die statutenmäßigen Unterstüt
die Verwaltungskosten und die
sammlung oder Ergänzung des
vefonds ... erforderlichen Rück
gedeckt wurden (§ 22). Sollten
nen dennoch Defizite auftreten,
sie wie bei den Gemeinde-Kran
versicherungen von den Gemei
begleichen (§ 9).

Anders als die Gemeinde-Kr
versicherungen waren diese Or
kenkassen weitestgehend selbst
Einrichtungen und z.B. in der F
zung der Beitragshöhen und Le
gen frei. Allerdings unterlagen
die Gemeinde-Krankenversiche
behördlicher Aufsicht (§ 44). A
Abmeldung der Versicherungsp
gen hatten die Arbeitgeber vorz

men, entweder bei der Gemeinde oder bei einer von ihr oder im Statut der Ortskrankenkassen vorgesehenen Meldestelle (§ 49).

Gemeinde-Krankenversicherung Barsinghausen

Auf Grundlage dieses Gesetzes richtete die Gemeinde Barsinghausen zum 1. Dezember 1884 eine Gemeindekrankenversicherungskasse ein, die vom Gemeindevorsteher bzw. dem Gemeinderechnungsführer geführt wurde. Bis zur Auflösung der Versicherung am 1. Januar 1914 waren über sie zeitweilig bis zu 300 Personen des Gemeindebezirks krankenversichert.

Von der Gemeinde-Krankenversicherung Barsinghausen hat sich nur wenig Schriftgut erhalten:
- Satzungen, mit denen u.a. die Beitragssätze und die Beitragshöhen festgelegt wurden,
- Jahresabrechungen mit aufgeschlüsselten Einnahmen- und Ausgabenposten sowie statistischen Angaben zu Mitgliederzahlen, Krankheitsfällen und Krankheitstagen,
- eine Sammelakte mit vereinzelten An-, Ab- und Krankenmeldungen usw.; sie enthält außerdem eine 1912 erstellte Liste, in der zum einen die Arbeitgeber aufgeführt sind, die Versicherungspflichtige gemeldet hatten, samt der Anzahl der bei versicherungspflichtig Beschäftigten sowie zum anderen die freiwillig Versicherten.

In den Niederschriften des Gemeindeausschusses gibt es darüber hinaus noch knappe Notizen über die jährlich wiederkehrenden Jahresabrechnungen. Mitgliederverzeichnisse und Hebelisten, wie sie die Satzungen vorsahen, Vertragsabschlüsse mit zugelassenen Ärzten und Apotheken usw. sind leider nicht erhalten.

1911: Reichsversicherungsordnung

Mit der 1911 verabschiedeten Reichsversicherungsordnung[2] wurde die Grundlage des noch heute bestehenden Krankenkassenwesens geschaffen, mit erheblichen Auswirkungen für die Gemeinden und dem bei ihnen anfallenden Schriftgut. Neben Knappschaftlichen-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sah die Reichsversicherungsordnung nur noch Orts- und Landkrankenkassen vor (§ 225); Gemeinde-Krankenversicherungen, für die die Gemeinden separate Kassen zu führen hatten, waren nicht mehr zulässig.

Anstelle der Gemeinde-Krankenkassen mussten die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände nun (Allgemeine) Orts- und/oder Landkrankenkassen einrichten (§ 231) und dazu die entsprechenden Satzungen verabschieden (§ 320). Dabei sollten die Landkrankenkassen vor allem den landwirtschaftlichen Arbeitskräften und dem Dienstpersonal vorbehalten sein (§ 235). Nebeneinander waren Orts- und Landkrankenkassen jedoch nur zulässig, wenn in der jeweils zweiten noch mindestens 250 Personen versichert wurden (§ 228).

Der Kreis der Versicherungspflichtigen ist mit der Reichsversicherungsordnung geringfügig erweitert worden

(§ 165). Versicherungsfrei blieben im wesentlichen diejenigen, die Anspruch auf „Krankenhilfe in Höhe und Dauer der Regelleistungen der Krankenkassen" oder „Bezüge in anderthalben Beträgen des Krankengeldes" hatten (§169).

Wie bisher galt das Prinzip, dass die (allgemeinen) Orts- und Landkrankenkassen erst für diejenigen eintraten, die keiner (speziellen) Orts-, Betriebs-, Innungs- oder Knappschaftskrankenkasse angehörten (§ 234). Auch an der Anmeldungspflicht der Arbeitgeber änderte sich nichts (§ 317). Die Beiträge orientierten sich nun jedoch an den tatsächlichen Einkünften der Versicherten, so dass die Arbeitgeber hierüber entsprechende Angaben machen mussten (§ 318). Die Beitragshöhe sollte in der Regel viereinhalb Prozent des Grundlohns betragen (§ 386), konnte aber zur Deckung der Regelleistungen erhöht werden (§ 388 f.). Sollten dennoch Defizite auftreten, hatte wie zuvor „der Gemeindeverband die erforderliche Beihilfe aus eigenen Mitteln zu leisten" (§ 389).

Mit der Reichsversicherungsordnung und der flächendeckenden Einführung von (allgemeinen) Orts- und Landkrankenkassen beschränkte sich die Zuständigkeit der Gemeinden auf die Einrichtung und ggf. die Sicherung einer allgemeinen (örtlichen) Krankenkasse. Kommunen und Behörden hatten seitdem nur noch mit der Aufsicht der Krankenkassen zu tun; auf unterster Ebene mit den Versicherungsämtern der Landkreise und der k
freien Städte.

Fazit

Mit der Einführung der allgemei
Krankenversicherungspflicht un
allem mit den Gemeinde-Kranke
sicherungen ist in den Gemeinde
waltungen Schriftgut entstanden,
repräsentative wirtschafts- und s
politische Informationen des jew
Gemeindebezirks für den Zeitrau
Quellen noch mit Beständen and
örtlicher Krankenversicherungen
gänzen, wie beispielsweise in Ba
hausen, wo erst vor wenigen Jah
einem Dachboden Schriftgut der
ren Innungskrankenkasse Barsin
sen entdeckt wurde, das Ende de
1890er Jahre einsetzt und bis An
der 1930er Jahre reicht.

Für viele Orte wird das aus de
lichen Krankenkassen stammend
Schriftgut als Quellenbasis für B
schreibungen wirtschafts- oder s
politischer Entwicklungen nicht
chend sein. Für regionale Forsch
bei denen eine größere Anzahl b
barter oder nahe gelegener Orte
sammen betrachtet werden, könn
anders aussehen. Dieses zu reche
ren und die Quellenlage zu ermit
erscheint mir eine lohnenswerte
gabe einzelner ANKA-Regional-
gruppen zu sein, auf deren Grun
Forschungsprojekte initiiert wer
könnten.

Eckard Steig

Die niedersächsischen Staatsarchive und das Internet - eine Begegnung der besonderen Art

Die niedersächsischen Staatsarchive sind nun auch im Internet vertreten. Ausgehend von einer Homepage, auf der sich die Archivverwaltung kurz vorstellt und Informationen über Aufgaben und Benutzungsmöglichkeiten der Staatsarchive bietet, kann man das Staatsarchiv seiner Wahl anklicken. Dort sieht man zunächst die Adresse mit Telefon- und Fax-Nummer sowie E-mail-Adresse und erfährt im weiteren etwas über Zuständigkeit und Archivgeschichte. Ein Bild des Staatsarchivs und eine Skizze der Anfahrtswege runden den Überblick ab.

Von der Seite des jeweiligen Staatsarchivs aus kann man auf eine Kurzübersicht über die Bestände übergehen. Nach und nach sollen hier die eigentlichen Beständeübersichten ihren Platz finden. Ebenfalls geplant ist die Einstellung von ausgewählten Findbüchern und sachthematischen Inventaren. Und beim Ausbildungsarchiv in Osnabrück findet man Informationen über die beiden Ausbildungsgänge im gehobenen und höheren Archivdienst.

Die Möglichkeiten, die das neue Medium Internet bietet, werden auf Seiten der niedersächsischen Archivverwaltung unter mehreren Aspekten gesehen. Zum einen sollten die Staatsarchive auf Homepages im World Wide Web zu finden sein, zum anderen sollten aus dem Datenpool des verzeichneten Schriftgutes Informationen zur schnellen Orientierung für die Benutzer zur Verfügung gestellt werden. Mittlerweile umfasst die auf dem Programm izn-AIDA basierende Datenbank der niedersächsischen Staatsarchive immerhin fast 2 Millionen Datensätze.

So war das Vorhaben nicht allein mit der Erstellung einer Web-Site in die Tat umgesetzt, vielmehr lag die besondere Bedeutung der Internetnutzung in der zu schaffenden Möglichkeit, von einer Internetseite mit Recherchefunktion aus Zugriff auf Teile der AIDA-Datenbank zu erhalten, nämlich auf frei zugängliche Datensätze bestimmter Bestände. Dieses Verbindungsstück zwischen den Textinformationen der Web-Site und Teilen der izn-AIDA-Datenbank lieferte das Informatikzentrum Niedersachsen im Rahmen der Modernisierung des Programms AIDA.

Zukünftig kann der Archivbenutzer auf verschiedenen Pfaden ad fontes gelangen. Nach wie vor stehen die Papier-Findbücher zur Einsicht zur Verfügung. Aber es soll in den Benutzersälen der Staatsarchive den Benutzerinnen und Benutzern ebenso die Möglichkeit gegeben werden, elektronische Findbücher einzusehen. Hierbei soll ihnen die vertraute Internetoberfläche – das kann man heute wohl bei vielen Benutzern und besonders bei den Familienforschern voraussetzen – den Umgang mit der Recherche in der Datenbank erleichtern. Es kann eine Suchabfrage nach einzelnen oder gekoppelten Begriffen gestartet werden,

aber auch in gewohnter Weise, nur eben elektronisch, im Findbuch geblättert werden. Auch die Orientierung in den Indices und Konkordanzen wird geboten. Der Doppelklick auf den Indexbegriff oder die Registratursignatur führt direkt zum Datensatz.

Die Nutzung der AIDA-Datenbank im Benutzerbereich des Archivs bedient sich der aus dem Internet bekannten Bildschirmoberfläche und der auch dort üblichen Suchstrategien, bleibt aber eine interne Nutzung. Ein Zugriff auf das WorldWideWeb aus dem Lesesaal ist nicht möglich.

Die andere Seite der Internetnutzung geht von der oben beschriebenen Web-Site der niedersächsischen Staatsarchive aus. Die Seiten der Staatsarchive sind auf Informationsvermittlung ausgerichtet und verzichten auf die Darbietung vieler Illustrationen und Animationen. Warum man dennoch auf dieser Web-Site eine Begegnung der besonderen Art erleben kann, ist in dem Hyperlink „Auswandererquellen" begründet, der links im Frame des Inhaltsverzeichnisses positioniert ist. Er führt nämlich geradewegs zu einem EXPO-Projekt.

Beteiligt sind die Staatsarchive in Osnabrück und Wolfenbüttel und das Hauptstaatsarchiv in Hannover. In den vergangenen Jahren wurden an diesen Archiven Quellen erschlossen, die Namen und Daten von im 18. und 19. Jahrhundert ausgewanderten Personen enthalten. Die Quellenerschließung hat sich hauptsächlich auf das Auswanderungsziel Amerika konzentriert.

Der Doppelklick auf den den H
link „Auswandererquellen" öffnet
Seite mit Erläuterungen zum Aufb
des Projektes und zur Suchstrategi
von der aus man auf die eigentlich
Rechercheseite gelangen kann. Di
Familienforscherin in den USA, d
nach den deutschen Vorfahren suc
gibt auf dieser Seite Namen, Orte
und/oder Daten ein, nach denen g
dert oder in Kombination in der D
tenbank gesucht wird. Ist die Schr
weise eines Namens nicht genau b
kannt, kann ein Platzhalter verwen
werden. Das Ergebnis ist eine List
Bestellsignaturen, die anzeigen, in
welchen Staatsarchiven Material z
den Gesuchten zu finden ist. So is
gezielte Anfrage – oder eine gezie
Anreise – möglich.

Für die Zukunft ist geplant, neb
diesem als sachthematisches Inver
anzusehenden Datenbestand auch
Findbücher im WorldWideWeb zu
gänglich zu machen. Dabei sind d
datenschutzrechtlichen Auflagen d
Niedersächsischen Archivgesetzes
wie die Gebührenfrage zu berücks
tigen. Die Entwicklung geht aber i
Richtung, den potentiellen Archiv
nutzern auf jeden Fall die erste Or
tierung, zunehmend jedoch auch v
tergehende Informationen zu dem
weiligen Forschungsanliegen von
nem an das Internet angeschlosser
Gerät aus zu ermöglichen, das sich
einem beliebigen Ort auf diesem E
neten befinden kann.
Die Adresse lautet: www.staatsarc
niedersachsen.de.

Umfrage zur Situation der Ehrenamtlichen in der ANKA

durchgeführt von Dagmar Müller-Staats

Da ich auf der Mitgliederversammlung während der ANKA-Tagung in Meppen als Vertreterin der Ehrenamtlichen in den Vorstand gewählt wurde, ist es mir ein Anliegen, mit den ehrenamtlichen Archivarinnen und Archivaren ins Gespräch zu kommen, zum einen, um die Besonderheiten und möglichen Probleme ehrenamtlicher Archivarbeit zu erfahren, zum anderen um in der ANKA und insbesondere auf den Tagungen ein Forum für Ehrenamtliche zu schaffen mit Themen- und Gesprächsangeboten für ehrenamtliche Archivare.

Um eine Grundlage für ein weiteres Vorgehen zu erhalten, habe ich zunächst die in der ANKA vertretenen 23 ehrenamtlichen Archivarinnen und Archivare angeschrieben, mit der Bitte, zu einigen Fragen Stellung zu nehmen, damit wir und die ANKA mehr voneinander wissen. Bisher sind zwar nur neun Antworten zurückgekommen, aber vielleicht erhalte ich bis zur nächsten Tagung noch weitere Antworten, so daß wir dann eine Basis für ein gemeinsames Gespräch haben. Einem Brief verdanke ich die Anregung, die Ergebnisse der Befragung in den A-N zu veröffentlichen zur Information aller, außerdem könnten Fragen und Antworten bei der nächsten Tagung bereits als Gesprächsgrundlage eines gemeinsamen Treffens dienen.

Zur besseren Einschätzung mancher Antworten wäre es dann zudem noch nötig zu klären, wie viele der ehrenamtlichen Archivarinnen und Archivare diese Aufgabe nach ihrer eigentlichen beruflichen Tätigkeit angenommen haben.

Folgende Fragen sollen zunächst dazu dienen, einen ersten Eindruck über Unterschiede und Gemeinsamkeiten ehrenamtlicher Archivare und ihrer Tätigkeiten zu ergeben:

1. Finanzielle Ausstattung des Archivs (Haushalt)
2. Höhe der Aufwandsentschädigung/geleistete Stunden pro Woche
3. Eingliederung innerhalb der Verwaltung, wem unterstellt, integriert oder „Sonderstellung“
4. Ausstattung des Archivs: Büro, Magazin, Bibliothek, Besucherraum, EDV etc.
5. Aus- und Fortbildung im Archivbereich, besteht Bedarf, in welchem Bereich
6. Sind Sie zufrieden mit dem Status des „ehrenamtlichen Archivars“?
7. Fühlen Sie sich als (in der Regel) nicht ausgebildete/r Archivar(in) dem Aufgabenspektrum gewachsen?
8. Fühlen Sie sich durch die ANKA ausreichend vertreten?
9. Haben Sie Wünsche und Vorstellungen, insbesondere für Tagungen?
10. Sollte ein gemeinsames Treffen der Ehrenamtlichen während der Tagungen vorgesehen werden

zum internen Informationsaustausch („Arbeitsessen")?

11. Sollte es darüber hinaus regelmäßige Treffen geben?
12. Welches sind Ihre Anregungen und Vorstellungen für die Vertretung der Ehrenamtlichen im Vorstand der ANKA?

Die Umfrage hat folgende Antworten ergeben:

1. Finanzielle Ausstattung des Archivs:
- kein eigener Haushalt, Anschaffungen über das Hauptamt
- HH voll befriedigend, jegliche Hilfe von der Verwaltung
- 3000,-- DM
- 400,-- DM
- Archivausgaben über den HH des Hauptamtes
- Finanzielle Ausstattung ist ausreichend
- 15.200,-- DM (Personal-, Anschaffungen, Ausrüstung, Miete etc.)
- 3000,-- DM
- 6000,-- DM (Samtgemeinde), 2000,-- DM (Flecken)

2. Höhe der Aufwandsentschädigung/ Stundenzahl pro Woche:
- festes Std.-Honorar, 5 Std.
- keine Aufwandsentschädigung (Halbtagskraft mit Vergütung plus ABM-Kraft)
- 308,-- DM, 5 – 8 Std.
- 100,-- DM (plus Spesen)
- 630,-- DM, 12 – 18 Std.
- 250,-- DM, 7 –8 Std.
- 100,-- DM, 8 Std.
- 400,-- DM, 13 Std. und mehr (pl ABM-Kraft plus bezahlte Mitarbeiterin mit elf Std.)

3. Eingliederung innerhalb der Verwaltung:
- Hauptamt (5 Nennungen)
- Haupt- und Personalamt
- Schul- und Kulturamt
- Jugend-, Sport- und Kulturamt
- Fachbereich 1 – Zentrale Verwal tung

4. Ausstattung des Archivs:
- Büro, EDV, Magazinräume, Bibliothek, kein Benutzerraum
- Räume ausreichend im Keller, P Besucherraum
- Büro, Arbeitsraum für 14 Person Bibliothek, Magazin, keine EDV
- 48 qm Raum: Schreibtisch, Besu chertisch plus 5 Stühle, Schrankwand plus 25 lfd.m Regale, 2 m hoch
- Büro, Bibliothek, Besucherraum, keine EDV
- Gut ausgestattet und entsprechen untergebracht
- Büro, Magazin, EDV
- Büro, Magazin, Bibliothek
- 2 Büroräume, 2 Magazinräume, Abstellraum, 1 WC (gesamt 120 qm), weder Besucherraum noch Bibliothek, bei Bedarf wird in ei nem Büro für Besucher Platz gemacht, EDV vorhanden

5. Aus- und Fortbildungsbedarf:
- Bedarf EDV
- Kein Bedarf wegen Leitungswec sels

- Teilnahme an mehreren Veranstaltungen des NHStA Hannover
- Lesen alter Schriften
- Kein Bedarf
- Lesen alter Schriften, Verzeichnen und Ordnen von Schriftgut, Archivierungsmodelle
- Grundausbildung im NHStA Hannover, Weiterbildung durch die ANKA reicht aus
- Lesen alter Schriften, Umgang mit zerfallenem Material

6. Zufriedenheitsgrad mit dem Status „ehrenamtlich":
- zufrieden, da z.Zt. Erziehungsurlaub
- zufrieden (3 Nennungen ohne weitere Zusätze)
- zufrieden, da hauptamtlicher Lehrer
- dito, Aufwandsentschädigung könnte höher sein
- voll zufrieden (Pensionär)
- zufrieden (Pensionär)
- zufrieden, aber höherer zeitlicher Aufwand wäre erforderlich, um Rückstände aufzuarbeiten

7. Fühlen Sie sich dem Aufgabenspektrum gewachsen (als nicht eigentlich ausgebildet)?
- Ja (3 Nennungen)
- inhaltlich ja, nicht aber zeitlich
- im allgemeinen ja, sonst Information durch hauptamtliche Kollegen
- voll gewachsen aufgrund von Bildung, Ausbildung und Berufspraxis
- ja, tätig seit 1982

8. Fühlen Sie sich durch die ANKA ausreichend vertreten?
- Ja (6 Nennungen)
- habe die Dienste der ANKA bisher erst einmal in Anspruch genommen, Kontakte sind nicht sehr intensiv
- ja, die ANKA sollte aber mehr Lobby-Arbeit machen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Die ANKA muß laut und deutlich Stellung beziehen, wenn ein Kreisarchiv unbesetzt bleibt, wie jetzt in Diepholz.

9. Haben Sie Wünsche und Vorstellungen, insbesondere für Tagungen?
- Wie geht man damit um , wenn die vorgegebene Zeit ein intensives Bearbeiten nicht zuläßt?
- Gemeinsame Treffen für Ehrenamtlich, die sich nicht mit anderen Veranstaltungen überschneiden
- Differenzieren der Tagesordnung nach haupt- und ehrenamtlichen Archivaren
- Bisher noch an keiner Tagung teilgenommen
- Informationen über die Einrichtung eines Fotoarchivs
- Wünschenswert wäre ein größerer Gedankenaustausch der Ehrenamtlichen
- Der Rahmen der ANKA-Tagungen muß nicht unbedingt geändert werden, es darf aber nicht vorkommen, daß eine Gruppe orientierungslos herumsitzt (Otterndorf), für solche Fälle muß man Ersatzlösungen vorbereitet haben.
- Veröffentlichung der Umfrageergebnisse in den A-N, dann hätten

wir für das nächste Treffen der Ehrenamtlichen schon Diskussionsstoff

10. Gemeinsame Treffen der Ehrenamtlichen erwünscht?
- Ja (3 Nennungen ohne weitere Zusätze)
- ja, Gespräche würden bestimmt manche Anregung geben
- wäre zu überlegen
- Ein Treffen der Ehrenamtlichen während der Tagungen macht durchaus Sinn, wenn es ein wenig vorbereitet wird. So sollte wenigstens ein Thema schon mit der Einladung bekannt gemacht werden.

11. Sollte es darüber hinaus regelmäßige Treffen geben?
- z.Zt. könnte ich daran nicht teilnehmen
- wegen meiner Berufstätigkeit ergibt sich nur eine eingeschränkte Möglichkeit dazu
- sollte bei der nächsten Tagung diskutiert werden
- nicht erforderlich
- nicht notwendig
- weitere landesweite Treffen halte ich nicht für erforderlich und bei den Entfernungen in unserem Lande auch nicht für wirtschaftlich vertretbar. Die regionalen Treffen sind aber noch zu verbessern.

12. Anregungen und Vorstellungen für die Vertretung der Ehrenamtlichen im Vorstand?
- keine
- kann ich nicht beantworten (2 Nennungen)
- ergeben sich evtl. erst nach einem gemeinsamen Treffen
- wurden bisher noch keine Vorstellungen angestellt
- daß man von den Hauptamtlichen nicht in den Schatten gestellt wird, daß die Kosten-Nutzen-Überlegung bei der Notwendigkeit sparsamer Haushaltsführung mehr zum Tragen kommt
- keine direkten Vorschläge – grundsätzlich sollte das Ziel der Vorstandsarbeit sein, kollegial zusammenzuarbeiten, egal ob ehren-, neben- oder hauptamtlich

Nachbemerkung der Vertreterin der Ehrenamtlichen im Vorstand der ANKA e.V.:

Sollten sich aus dieser Befragung noch Antworten oder Stellungnahmen ergeben, würde ich mich freuen, wenn sie an meine Büroadresse geschickt würden:

Dr. Dagmar Müller-Staats
Bahnhofstr. 39 – 21629 Neu Wulmstorf
✆ *040 / 70078-167 o. -152*
Fax *040 / 70078-189*

Tagungen und Termine

Programm des 1. Norddeutschen Archivtages

Dienstag, 20.Juni 2000

14.00 Uhr Begrüssung und Eröffnung
Prof.Dr. Hans-Dieter Loose,
Staatsarchiv Hamburg
Grussworte
Senator Dr. Willfried Maier
Dr. Norbert Reimann,
Verein deutscher Archivare

Eröffnungsvortrag
Tradition, Innovation und Perspektiven.
Die norddeutsche Archivlandschaft in einer sich wandelnden Welt
Prof. Dr. Reimer Witt
Landesarchiv Schleswig-Holstein

15.30 Uhr Pause

16.00 Uhr **1. Arbeitssitzung**

Archivgut als „Ware" – Verwertung von Bild- und Archivdokumenten
Moderation: Dr. Günther Rohdenburg,
Staatsarchiv Bremen

Rechte am Archivgut im Medienzeitalter
Gerhard Pfennig,
Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst,
Bonn
Archigut im Internet – Erste Erfahrungen über Nutzen und Nachteile
Dr. Hans-Heinrich Ebeling,
Stadtarchiv Duderstadt

Erfahrungen beim Aufbau einer Bild-Datenbank und bei der Vermarktung historischer Bilder via Internet
Ursula Wamser
Bildarchiv des Spiegel-Verlages,
Hamburg

Erfahrungen beim Umgang mit kommerziellen Bildverwertern
Beate Christians,
Landesmedienzentrum Hamburg

18.15 Uhr
Veranstaltung im Staatsarchiv

Zufriedene Kunden oder „zufriedene" Akten? Ein Archiv im Dienst von Bürgern, Stadt und Staat.
Dr. Hans Wilhelm Eckhardt,
Staatsarchiv Hamburg

Vorführung des Films „Stadtansichten. Hamburg in alten Bildern. Eine Zeitreise"
Von Theo Janssen, NDR.

(mit Möglichkeit der „Gruppenfindung" zum anschließenden abendlichen Besuch Wandsbeker bzw. Hamburger Gastronomie)

Mittwoch, 21. Juni 2000

9.00 Uhr **2. Arbeitssitzung**

Norddeutsche Projekte zur Erschließung archivischer Quellen.
Moderation:
Prof. Dr. Antjekathrin Grassmann,
Archiv der Hansestadt Lübeck

Sachthematische Inventarisierung archivalischer Quellen zum Seeverkehr und den damit zusammenhängenden Waren- und Kulturströmen in Norddeutschland vom 16. bis 19. Jahrhundert.
Dr. Bernd Kappelhoff,
Niedersächsische Archivverwaltung,
Hannover

Alte Hansestädte und ihre Überlieferung.
Der Versuch eines populären Inventars hansischer Quellen.
Dr. Jürgen Bohmbach,
Stadtarchiv Stade

Digitalisierte Erschließung der Listen in Hamburg eingeschiffter Auswanderer.
Dr. Peter Gabrielsson,
Staatsarchiv Hamburg

10.30 Uhr Pause

11.00 Uhr **3. Arbeitssitzung**:

Archivierungsmodelle
Moderation: Dr. Hans-Joachim Hacker,
Stadtarchiv Stralsund

Archivierungsmodelle als unverzichtbarer Ansatz archivischer Aufgabenbewältigung.
Dr. Birgit Kehne,
Niedersächsische Archivverwaltung,
Hannover

Archivierungsmodell für Schulüberlieferung
Dr. Rainer Hering,
Staatsarchiv Hamburg,
Kerstin Letz,
Archiv der Hansestadt Lübeck

Archivierungsmodell für Akten der Kriminalpolizei.
Dr. Jan Lokers,
Niedersächsisches Staatsarchiv Stade

Archivierungsmodell für Krankenakten.
Irmgard Mummenthey,
Staatsarchiv Hamburg

12.45 Uhr **Aktuelle Stunde**
Moderation: Dr. Andreas Röpcke,
Landeshauptarchiv Schwerin

13.15 Uhr **Ausklang**
Schlußwort mit Resümee des 1. Norddeutschen Archivtages und Ausblick.
Dr. Andreas Röpcke
Landeshauptarchiv Schwerin

Zusatzprogramm
Dienstag, 20. Juni 2000

10.00 Uhr Führung durch das Staatsarchiv (auf Anmeldung)

11.00 Uhr im Staatsarchiv, Lorichsaal
Mitgliederversammlung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern des V.d.A.

11.30 Uhr im Staatsarchiv, Lorichsaal
Archivierung der Unterlagen des Landesamtes/der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen.
Moderation: Sabine Eckardt,
Landesarchiv Greifswald

Mittwoch, 21. Juni 2000

14.30 Uhr im Staatsarchiv, Lorichsaal
Erfahrungsaustausch über Fragen der Archivtechnik (auf Anmeldung)
Gruppe 1: Restaurierung
Gruppe 2: Magazinierung

14.30 Uhr Führung durch das Staatsarchiv (auf Anmeldung)

15.30 Uhr Führung durch das Staatsarchiv (auf Anmeldung)

Junge Städte in ihrer Region: Tagung in Garbsen am 10./11. November 2000

Wie viele andere Städte in Niedersachsen ist Garbsen ein „Kind der Gebiets- und Verwaltungsreform". Anfang der sechziger Jahre noch eine Ansammlung von Dörfern, ist die 1968 zur Stadt erhobenene und 1974 erweiterte Kommune mit 63.000 Einwohnern inzwischen die größte Stadt im Landkreis Hannover. Sie liegt unmittelbar am Rand der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Wie Städte am Großstadtrand sich entwickeln, wie sie eine eigene Stadtidentität und urbane Strukturen ausbilden und auf welche Traditionen sie sich berufen, das sind Themen, um die es am 10./11. November 2000 in Garbsen gehen wird. „Junge Städte in ihrer Region" lautet der Arbeitstitel einer interdisziplinären Tagung, die die Stadt mit Unterstützung des Kommunalverbands Großraum Hannover veranstaltet und deren wissenschaftliche Leitung bei Prof. Dr. Adelheid von Saldern, Universität Hannover und Prof. Dr. Axel Priebs, Universität Kiel und Kommunalverband Großraum Hannover liegt.

Im zweitägigen Programm ist ein Städtevergleich mit Norderstedt (am Rande Hamburgs) und Meerbusch (am Rande Düsseldorfs) geplant, bei dem u.a. Konzepte der Gebietsreform anderer Bundesländer aufgegriffen und unterschiedliche Formen der Zentrumsbildung beleuchtet werden sollen. Ferner wird der Doktorand Christian Heppner sein Forschungsprojekt vorstellen, das von der Stadt durch ein Doktorandenstipendium gefördert wird. „Eine neue Stadt entsteht. Urbanisierung und städtisches Leben in Garbsen 1945-1975" lautet das Thema seiner Dissertation. Weitere Referate werden die historische Dimension der Urbanisierung im suburbanen Raum und der Gebietsreformen behandeln. Auch ein Film aus Garbsens „Kindertagen" gehört zum Programm – er hat Unterhaltungswert und zugleich dokumentarische Aussagekraft.

Gegenwärtig steht wieder eine Verwaltungsreform bevor: die Neugestaltung der „Region Hannover", die bei manchen Betroffenen (ungute) Erinnerungen an die Reform vor 26 Jahren hervorruft. Die Stadt in der Region, die Zukunft der neuen Städte soll am Samstagnachmittag im Mittelpunkt stehen. Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ist das Leben in jungen Städten lebenswert?" wird die Tagung abschließen.

Die Tagung wendet sich Wissenschaftler/innen und interessiertes Publikum – und natürlich besonders an die Kolleginnen und Kollegen aus anderen „jungen" Städten. Das genaue Programm und die Anmeldeunterlagen können beim Stadtarchiv Garbsen, Tel. 05131/454425, email stadtarchiv@garbsen.de angefordert oder im Internet unter garbsen.de eingesehen werden. (rs)

Fortbildung in eigener Regie
Angebote Juni bis November 2000

Auch im Jahr 2000 bietet die ANKA e.V. in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen staatlicher und kirchlicher Archive acht eintägige Fortbildungskurse an. Die Teilnahmegebühr der selbstorganisierten Kurse beträgt einheitlich 15 DM.

Die beteiligten Archive stehen für Auskünfte über die Kursinhalte zur Verfügung und nehmen selbst die Anmeldungen entgegen. Ein Faltblatt mit den genauen Beschreibungen aller Kurse liegt in den entsprechenden Archiven aus oder kann beim ANKA-Vorstand in Stade angefordert werden. Die Anmeldefrist beträgt in der Regel vier Wochen. Wegen der teilweise geringen Teilnehmerhöchstgrenzen empfiehlt sich jedoch die rechtzeitigere Anmeldung (bitte Hinweis am Seitenende beachten!)

Wünsche und Anregungen zu weiteren Themen nimmt die AG Fortbildung in der ANKA e.V. (c/o Stadtarchiv Garbsen, Tel. 05131/ 454425) gern entgegen. (rs)

Die Fortbildungsangebote im Überblick

1. 22. Juni 2000: Lagerung, Restaurierung und Konservierung von Archivgut (Niedersächsisches Staatsarchiv in Bückeburg)
2. 28. Juni 2000: EDV-Programme fürs Archiv: Orientierung aus der Praxis (Stadtarchiv Garbsen)
3. 6. Juli 2000: Ordnen und Verzeichnen von Archivgut (Hauptstaatsarchiv Hannover)
4. 18. September 2000: Bewertung von Akten (Stadtarchiv Hildesheim)
5. 12. Oktober 2000: Urkunden- und Aktenlehre (mit paläographischer Übung) (Stadtarchiv Celle)
6. 18. Oktober 2000: Archivrecht im Überblick (Stadtarchiv Stade)
7. 9. November 2000: Verfilmung, Digitalisierung und Konservierung von Archivgut (Niedersächsisches Staatsarchiv in Bückeburg
8. 14. November 2000: Werbung fürs Archiv: Das Faltblatt (Stadtarchiv Hannover in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchl. Archiv Hannover)

*** Wegen des verspäteten Versands dieses Hefts gelten teilweise verlängerte Anmeldefristen. Im Zweifelsfall empfiehlt sich ein Anruf beim veranstaltenden Archiv!**

Berichte aus den Regionalgruppen

Regionalgruppe Weser-Hunte
Dr. Dietmar Kohlrausch berichtet:

Die Regionalgruppe Weser-Hunte besuchte am 17. März 1999 das Niedersächsische Institut für Sportgeschichte Hoya e.V. (NISH). Die Leiterin, Marianne Helms, erläuterte die Aufgaben des Instituts und führte die Gruppe durchs Haus.

Die Ursprünge des Instituts gehen auf die Gebietsreform zurück, durch welche Hoya Verwaltungen verlor. Die durch den Abzug entstandene Lücke sollte gefüllt werden, und es entstand vor Ort eine private Initiative zur Gründung eines sportgeschichtlichen Museums unter Federführung des Bremers Hans Fritsch; Fritsch selbst war ehemaliger Zehnkämpfer und Fahnenträger der deutschen Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1936. Das geplante regionale Sportmuseum ließ sich nicht realisieren, so dass die Konzeption hin zu einem Dokumentationszentrum niedersächsischer Sportgeschichte geändert wurde. Mit diesem Schwerpunkt ließ sich die Finanzierung durch das Land Niedersachsen, den Landessportbund, den Landkreis Nienburg sowie die Stadt Hoya sicherstellen, und schließlich wurde das NISH 1981 gegründet.

Die Dokumentation fand ihren Platz im Haus des ehemaligen Wasser- und Schifffahrtsamtes, das der Verein zwischenzeitlich vom Bund gekauft hat.

Am Beginn der Tätigkeit stand neben dem Sammeln von Dokumenten auch der Leitsatz „Learning by doing". Archivalien, die den Sport betreffen, finden sich selten als eigener Bestand, sondern sind unter anderen Titeln 'versteckt'.

Dem NISH stehen 500 m² zur Verfügung, davon werden ca. 400 m² für die Aufbewahrung der Archivalien und als Bürofläche genutzt.

Im Zentralregister werden alle extern gesammelten Informationen erfasst, das Altarchiv selbst umfasst „Aktenbestände und Nachlässe". Ein Bild- und Filmarchiv (15.000 Fotos) machen Sport sichtbar. In den unterschiedlichen Sammlungen wird alles das inventarisiert, „was sich nicht in die vorgenannten Abteilungen eingliedern lässt" – wie beispielsweise Pokale und Anstecknadeln. Vertieft werden die Kenntnisse in der 13.000 Bände umfassenden Bibliothek, und ein EDV-Zentralkatalog soll schnelles Finden jeglichen 'Materials' ermöglichen. Für Besucher steht ein Arbeitsraum zur Verfügung. Wissenschaftliche Beratung ist gewährleistet.

Die Teilnehmer der Zusammenkunft konnten sich von dem Erfolg des Instituts überzeugen. Eine umfassende Sammlung von Schriften, Bildern, Sportgeräten wurde zusammengetragen, private Sammlungen dem Institut übereignet oder aufgekauft, eine Bibliothek aufgekauft. Schon beim Betreten des Gebäudes wird der Besucher mit altem Sportgerät konfrontiert. Diese wird ebenso präsentiert, wie eine Galerie von gut 200 verdienten Sportlern, wie Welt-, Europa- oder fünfmalige deutsche Meister.

Das Institut richtet sich insbesondere an Sportvereine und -verbände, Schüler und Studenten sowie Hobbyhistoriker. Es veröffentlicht ein Jahrbuch und betreut eine Schriftenreihe. Alle zwei Jahre werden zwei Wettbewerbe veranstaltet, in denen Festschriften und wissenschaftliche Arbeiten prämiert werden.

Das NISH wird vom Landessportbund finanziert. Es stehen ca. 250.000 DM zur Abdeckung der Sach- und Personalkosten zur Verfügung.

Der Besuch in Hoya und die Vorstellung des Instituts hinterließen bei den Kommunalarchivaren einen nachhaltig positiven Eindruck. Die Mitglieder der Regionalgruppe sprechen sich dafür aus, dass die kommunalen Archive und die ANKA die Arbeit dieses Instituts fördern sollten.

Regionalgruppe Oldenburg
Claus Ahrens berichtet:

Am 10. Februar 1999 traf sich die Regionalgruppe in Nordenham. Eingeladen hatte der Rüstringer Heimatverein e.V. und das dortige Stadtarchiv. Thema war die Bewertung von Schriftgut der Zentralen Verwaltung (Hauptamt) mit besonderer Berücksichtigung der spezifischen Situation des Oldenburger Landes. Referent: Joachim Schrape, Gemeindearchiv Ganderkesee.

Das folgende Treffen der Gruppe fand am 23. Juni d. J. statt. Gastgeber war das Stadtarchiv Friesotyhe. Kollege Falk Liebezeit aus Diepholz berichtete über genealogische Quellen in Kommunalarchiven.

Die letzte Zusammenkunft in diesem Jahrtausend war am 13. Oktober 1999 in Harpstedt auf Einladung des Samtgemeindearchivs. Frau Dr. Uta Loeber-Pautsch berichtete über das Wolfgang Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung – Archiv für Erwachsenenbildung in Niedersachsen in Oldenburg und informierte u. a. über Ziele und Bestände der Einrichtung.

Für Mittwoch, den 16. Februar 2000, war eine Besichtigung des Redaktionsarchivs der Nordwest-Zeitung in Oldenburg vorgesehen.

Regionalgruppe Südniedersachsen
Dr. Ernst Böhme berichtet:

Die Regionalgruppe Südniedersachsen traf sich 1999 zweimal, wobei jeweils das gastgebende Archiv besichtigt wurde. Bei dem Treffen am 1. Februar im Kreisarchiv Göttingen waren erstmals Vertreter der Regionalgruppe der südniedersächsischen Bibliothekare anwesend. Mit ihnen wurde über die

Bedingungen und Möglichkeiten des neuen Ausbildungsganges „Fachangestellte in Bibliotheken und Archiven" gesprochen, der in den Bibliotheken (z.B. Stadtbibliothek Göttingen) bereits eingeführt worden ist. Die Archive erklärten sich bereit, Praktikumsplätze anzubieten. Archivfachlich kam nochmals das Schriftgut der AOK zur Sprache.

Das zweite Treffen fand am 7. Juni in Goslar statt. Kollege Just (Stadtarchiv Northeim) berichtete vom zweiten regionalen Kulturgespräch in Northeim und erläuterte die „Northeimer Erklärung", deren Ziel es ist, Heimatpflege, Heimatforschung und regionale Bildung zu fördern. Des weiteren standen die Konsequenzen der Verwaltungsreform für die Archive zur Diskussion, insbesondere die Frage der Definition von Produkten, Leistungen und relativen Kennzahlen. Dieses Thema soll auf dem ersten Treffen des Jahres 2000 ausführlicher erörtert werden.

Regionalgruppe Hannover:

Auf der letzten Herbsttagung der Regionalgruppe Raum Hannover bildete das örtliche Krankenkassenwesen und dessen Relevanz für die Kommunalarchive einen der beiden Tagungsschwerpunkte.

Es ging dabei nicht in erster Linie um das von der AOK Niedersachsen den öffentlichen Archiven angebotene Schriftgut, sondern um die in den Kommunalarchiven bereits existierenden, zumeist unscheinbaren, wenig beachteten Archivalienbestände des früheren örtlichen Krankenkassenwesens. (hierzu s. den Beitrag von Eckhard Steigerwald unter Aktuell und Interessant).

Der zweite Themenschwerpunkt behandelte Probleme der elektronischen Schriftgutverwaltung und der Übernahme digitalisierter Daten. Dr. Birgit Kehne und Dr. Karljosef Kreter stellten in Kurzreferaten ihre Ansätze dar. Generelle Problemlösungen konnten nicht angeboten werden. Verfahrensweisen zur Magazinierung und zur dauerhaften Nutzbarhaltung der Daten müssen zunächst auf den Prüfstand der Praxiserfahrung.

Das nächste Treffen der Gruppe soll im Mai/Juni 2000 stattfinden.

(zusammengestellt von Sabine Maehnert, Stadtarchiv Celle)

Es wird hiermit bekannt gemacht ...

Personalia

Wechsel in der Leitung der niedersächsischen Archivverwaltung

Ministerialrat Dr. Otto Merker ist, nachdem er die Geschicke der niedersächsischen Staatsarchive fast ein Vierteljahrhundert gelenkt hat, am 30.11.1999 in den Ruhestand getreten.

Neuer Referatsleiter für die zentralen Angelegenheiten der Staatsarchive in der niedersächischen Staatskanzlei ist seit dem 01.12.1999 Dr. Bernd Kappelhoff, bis zu diesem Zeitpunkt Archivdirektor am Staatsarchiv in Stade.

Personalveränderungen:

Staatsarchive

Die Leitung des Staatsarchivs in Stade ist seit Jahresbeginn 2000 Dr. Jan Lokers übertragen worden.

Zum gleichen Zeitpunkt ist Archivassessor Dr. Christian Hoffmann in den Dienst am Staatsarchiv Stade eingetreten.

Die Archivassessorinnen Dr. Claudia Becker und Dr. Kerstin Rahn sind seit dem 03.01.2000 am Hauptstaatsarchiv in Hannover tätig.

Dr. Gudrun Fiedler wurde zum 03.01.2000 vom Hauptstaatsarchiv Hannover an das Staatsarchiv in Wolfenbüttel versetzt.

Dr. Brage Bei der Wieden wurde zum 01.05.1999 vom Staatsarchiv in Stade an das Hauptstaatsarchiv Hannover versetzt.

Stadtarchive

Im Stadtarchiv Bassum ist seit Januar 2000 Frauke Gerdes auf einer befristeten Stelle beschäftigt.

Im Stadtarchiv Hannover ist seit dem vergangenen Jahr Frau Dr. Cornelia Regin tätig.

Kreisarchive

Seit dem 1. März 2000 hat Falk Liebezeit die ehrenamtliche Leitung des Kreisarchivs Diepholz übernommen. Herr Liebezeit ist außerdem hauptamtlicher Leiter des Stadtarchivs Diepholz.

Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen

Neuer Geschäftsführer der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen ist Dr. Brage Bei der Wieden, Hauptstaatsarchiv Hannover.

Kommunikationswege

Das Hauptstaatsarchiv Hannover ist unter der neuen Rufnummer 0511/120-6601, Fax 0511/120-6699 zu erreichen.

Das Staatsarchiv Osnabrück ist unter der neuen Rufnummer 0541/33162-0, Fax 0541/33162-62 zu erreichen.

Die E-mail-Adressen der niedersächschen Staatsarchive lauten:

poststelle@staatsarchiv-aur.niedersachsen.de

poststelle@staatsarchiv-bu.niedersachsen.de

poststelle@staatsarchiv-h.niedersachsen.de

poststelle@staatsarchiv-ol.niedersachsen.de

poststelle@staatsarchiv-os.niedersachsen.de

poststelle@staatsarchiv-std.niedersachsen.de

poststelle@staatsarchiv-wf.niedersachsen.de

Das Letzte zum Schluss >

„Rostige Büroklammer" geht 1999 als Wanderpreis nach Neustadt a.Rbge.

Es gibt sie noch, die Kommunen, die es mit dem Niedersächsischen Archivgesetz nicht so genau nehmen. Es gibt auch BenutzerInnen, die sich das nicht bieten lassen wollen. Eine solche Benutzerin – oder besser „Möchte-Gern-Benutzerin" – ist es, die in diesem Jahr den Anstoß zur Vergabe der „Rostigen Büroklammer" gab: Heidi Dettinger. Sie kämpft seit Jahren an ihrem Wohnort Neustadt a. Rbge.um die Sicherung und Erschließung des jüngeren Archivguts.

Die Verleihung dieses begehrten Preises für die systematische Vernichtung von archivischer Überlieferung hat in den A-N Tradition und wird jährlich mit großer Spannung erwartet. Im Fall von Neustadt a. Rbge. hat sich die Jury jedoch äußerst schwer getan.

Nein, Neustadt habe den Preis nicht verdient, denn dort gebe es ein Archiv, und dort werde „gesichtet, bewertet und archiviert", wie es sich für ein ordentliches Archiv gehöre.

Doch schließlich konnten sich die Befürworter mit einem Kompromiss durchsetzen: Neustadt am Rübenberge erhält den Preis als Wanderpreis. Solange, bis das Stadtarchiv eine Adresse hat und einen Leiter, den man von archivischen Arbeitstagungen, Fortbildungsveranstaltungen und Regionaltreffen kennt, ist der Preis den Neustädtern sicher. Wenn es eines Tages auch Archivalien und Findbücher in Neustadt gibt und die Kommune womöglich in der ANKA e.V. vertreten ist, muss die „Rostige Büroklammer" wandern – von dem einen Archiv zum andern.... (rs)

13 Jahre Warten und kein Ende

Die unendliche Geschichte der Neustädter Archivalien

Als der Arbeitskreis Regionalgeschichte – damals noch ein Arbeits-

kreis der Kreisvolkshochschule Hannover – sich 1981 daran machte, die Zeit des Nationalsozialismus im Raum Neustadt a/Rbge zu untersuchen und zu dokumentieren, hatten wir schon mit allerhand Schwierigkeiten gerechnet. Die Größe der Steine aber, die uns in den Weg gelegt wurden, hat uns dennoch erstaunt. Damals jedenfalls...

Akteneinsicht? Ja, aber...

Alles begann mit unserem Antrag 1981, die Archive der Stadt Neustadt einsehen zu dürfen. Im Prinzip ja, wurde uns geantwortet, allerdings nur hauptamtliche MitarbeiterInnen der KVHS (also niemand vom Arbeitskreis), und es dürften keinerlei Namen veröffentlicht werden. Und keinerlei Daten, die Rückschlüsse auf konkrete Personen zuließen. Dass unsere Archivarbeit dann doch klappte, lag an der erfreulich kompetenten und aufgeschlossenen Archivarin, Frau Kattmann, im Archiv des Landkreises Hannover, wo die Neustädter Stadtakten bis 1945 deponiert sind.

Als wir 1986 die Nachkriegsgeschichte Neustadts bearbeiten wollten, stellten wir erneut einen Antrag an die Stadt und erhielten wieder eine erstaunliche Antwort: Die Akten liegen irgendwo, seien „ohne zeitgeschichtliche Charakteristika" und überhaupt sollten wir doch einfach das Archiv der Leine-Zeitung benutzen und ansonsten mit bereits veröffentlichten Publikationen arbeiten. So waren wir gezwungen, ausschließlich Dokumente des ehemaligen Landkreises Neustadt und einiger Kirchenarchive zu sichten. Akten der Stadt bekamen wir nicht.

Als wir Ende 1994 endlich das 199 neu erlassene Niedersächsische Archivgesetz in die Hände bekamen, stellen wir flugs den Antrag an die Stadt Neustadt, nunmehr ihrer Pflicht auf Abgabe des Archivgutes aus den Jahren 1945 – 1965 an das Archiv de Landkreises Hannover nachzukomme (§3, 1).

Über die Gültigkeit des Niedersächsischen Archivgesetzes in Neustadt a. Rbge.

Und es wurde uns zugesagt, dass die „Arbeiten in der zweiten Jahreshälfte 1995 begonnen" würden. Hoffnungsvoll sahen wir in die Zukunft.

Im August 1997 erklärte uns dann allerdings eine resignierte Archivarin dass die Stadt keinerlei Archivmateri angeboten und auf ihre wiederholten Anfragen nicht einmal reagiert habe. Ob wir als NutzerInnen es nicht noch einmal versuchen wollten?

Wollten wir! Wir schickten einen neuen Antrag los und informierten gleichzeitig die Kommunalaufsicht d Landkreises Hannover von der städtischen Weigerung, ihren Verpflichtun gen nachzukommen. Da die Presse v unserem „Kampf um die Archivalien" berichtete, hörten wir in den folgende Wochen einiges: Akten lägen auf Dachböden und in Kellern städtische Gebäude, schimmelten vor sich hin, seien von Mäusen zerfressen, würde containerweise zur Vernichtung verla den...

Im September 1997 trafen dann tatsächlich elf Bände mit Ratsprotokollen für die Zeit von 1946-1947 im Archiv des Landkreises ein, der Band für Ende 1945/Anfang 1946 fehlte allerdings. Außerdem wurden Finanzausschußprotokolle für die Jahre 1952-1955, zwei Aktenordner mit Protokollen von Ratsausschüssen für die Zeit von 1948-1960, ein Aktenordner zum ehemaligen „Reichsarbeitsdienst" und einer mit Abrechnungen der Vergnügungssteuer für das Stadttheater 1953-1957 abgeliefert.

Für das Kommunalaufsichtsamt war die Angelegenheit damit abgeschlossen und im Februar 1998 teilte das Amt uns mit, dass die Stadt ihrer „Verpflichtung zum Sichten, Bewerten und Archivieren des Schriftgutes (...) nachkommen wird" und auch bereits ein paar Sachen abgegeben habe.

Da unserer Meinung nach aber unvollständige Protokollbände und vier Aktenordner über 23 Jahre städtischer Nachkriegsgeschichte nicht allzu viel hergeben, wandten wir uns Anfang 1999 – wieder einmal – an die Stadt. In unserem Schreiben gingen wir davon aus, dass die Stadt Neustadt ein eigenes Archiv eingerichtet habe, da im Landkreisarchiv keine weiteren Akten deponiert worden seien und baten um Mitteilung, wann dieses Archiv der Öffentlichkeit zugänglich sei.

Auf dieses Schreiben hin hatten wir ein Gespräch mit einem städtischen Mitarbeiter, der allerdings auch nur über den Verbleib der Akten mutmaßen konnte: In Kellern, auf Dachböden vielleicht. Und demnächst solle sich jemand – nebenbei natürlich – mal kümmern...

Fazit: 1999, 54 Jahre nach Kriegsende und immerhin 18 Jahre nach unserer ersten Anfrage ist es in Neustadt am Rübenberge weiterhin unmöglich, die nicht verschimmelten, aufgefressenen, vernichteten – also die noch vorhandenen – Akten einzusehen!

Ein Stadtarchiv gibt es bis heute nicht.

(Heidi Dettinger, Mitarbeiterin des AK Regionalgeschichte e.V.)

Bezugsquelle dieses Hefts:

Geschäftsstelle der ANKA e.V.
c/o Stadtarchiv Stade
Johannisstraße 5
21687 Stade

Tel. 04141/401-460
Fax 04141/401–462

Verkaufspreis: 10 DM